

*BERNHARD ZIMNIOK*

**»Die Gläubigen sind unsere Soldaten«**



**Bernhard Zimniok** ist studierter Ingenieur für Nachrichtentechnik und Oberstleutnant a. D. der Bundeswehr. Er war viele Jahre als Legationsrat der deutschen Botschaften in Pakistan und Syrien tätig und kennt die Menschen und Mentalitäten der Region aus eigener Anschauung. Seit 2019 ist er Abgeordneter für die Alternative für Deutschland im EU-Parlament, wo er seine umfangreiche Erfahrung als Außen- und Entwicklungsexperte einbringt. Zimniok stammt aus München, ist verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn.

*BERNHARD ZIMNIOK*

**»Die Gläubigen  
sind unsere Soldaten«**

**Der türkische Griff nach Europa**



<b>Vorwort</b> . . . . .	<b>9</b>
--------------------------	----------

**1. Warum die türkische Geschichte heute noch relevant ist . . . . . 16**

Reiter aus dem Osten . . . . .	16
Großmacht auf drei Kontinenten . . . . .	20
Der Kranke Mann am Bosphorus . . . . .	26
Der Weg in den Ersten Weltkrieg . . . . .	28
Völkermord an den Armeniern und Ende des Osmanischen Reiches . . . . .	31
Atatürks Weg zu einem modernen Staat . . . . .	35
Islamische Kräfte erobern die Republik zurück . . . . .	38

**2. Erdoğan's Machtpolitik im Zeichen des Fundamentalismus . . . . . 40**

Mit Ehrgeiz zum politischen Aufstieg . . . . .	40
Die Türkei als Großmacht des 21. Jahrhunderts? . . . . .	45
Großmachtstreben an der Schwelle zum Krieg . . . . .	49
Säbelrasseln als Symptom der Krise? . . . . .	55

**3. Der Balkan: Schlachtfeld der Zukunft? . . . . . 63**

Migration als Waffe . . . . .	63
Albanien . . . . .	67
Nordmazedonien . . . . .	70
Bulgarien . . . . .	74
Rumänien . . . . .	76
Serbien . . . . .	79
Kosovo . . . . .	81
Montenegro . . . . .	85
Bosnien-Herzegowina . . . . .	86
Kroatien . . . . .	87
Slowenien . . . . .	89

<b>4. Vom Gast zum Siedler – türk. Einwanderung nach Deutschland .</b>	<b>.92</b>
Zunächst eine europäische Angelegenheit . . . . .	92
Die Türkei drängt auf ein Anwerbeabkommen . . . . .	94
Das Rotationsprinzip scheitert. . . . .	97
Die türkische Familie in der Fremde . . . . .	99
<b>5. Integration – Anspruch und Wirklichkeit . . . . .</b>	<b>106</b>
Wie misst man Integration? . . . . .	106
Sprache und Wohnsituation. . . . .	108
Erwerbsbeteiligung und Bildungsstand . . . . .	110
Wachsende Distanz zur deutschen Kultur . . . . .	112
Zunehmender Fundamentalismus . . . . .	114
Ist Rückkehr eine Lösung? . . . . .	116
<b>6. Ankaras langer Arm – türk. Organisationen in Deutschland . .</b>	<b>120</b>
Diyamet: Behörde für religiöse Angelegenheiten . . . . .	120
Ditib – der deutsche Ableger des Diyanet . . . . .	123
UID – harmloser Kulturverein oder Agitationsplattform? . . . . .	130
Osmanen Germania – organisierte Kriminalität fürs Grobe . . . . .	132
Graue Wölfe – zwischen Terror und großtürkischer Propaganda .	135
<b>7. Türken in Deutschland – von der Politik umworben . . . . .</b>	<b>140</b>
Der zunehmende Einfluss türkischer Aktivisten . . . . .	141
Die deutsche Politik erkennt das Wählerpotenzial . . . . .	144
Wie das Scheitern der Integration vertuscht wird. . . . .	150

<b>8. Erdoğan's Machtinstrument – türkische Wähler in Deutschland</b>	<b>153</b>
Wachsendes Wählerpotenzial . . . . .	153
Droht eine Fragmentierung wie im Libanon? . . . . .	155
Die Türkei demütigt Europa . . . . .	161
<b>9. Europa am Scheideweg . . . . .</b>	<b>165</b>
1. Geschichtliches Wissen wahrheitsgetreu vermitteln . . . . .	172
2. Keine freie Hand für Politiker wie Erdoğan . . . . .	173
3. Verbindliches Migrationsabkommen im Interesse Europas . . . . .	174
4. Kein EU–Beitritt der Türkei . . . . .	175
5. Einwanderung strengstens begrenzen . . . . .	176
6. Null Toleranz gegen Islamismus und Terror . . . . .	177
7. Anpassung fordern, Rückkehr erleichtern, Einbürgerung erschweren . . . . .	178
8. Kein ausländischer Wahlkampf auf deutschem Boden . . . . .	180
9. Privates und Politisches trennen . . . . .	180
<b>Quellennachweise . . . . .</b>	<b>184</b>
<b>Bildnachweise. . . . .</b>	<b>217</b>





## Vorwort

Aus siebzehn europäischen Ländern sind sie gekommen, Männer jeden Alters, in dunklen Anzügen, die vom Erfolg in der Fremde zeugen. Die meisten Damen streng in einen Hidschab gehüllt, wenige jüngere mit offenem Haar. Der Empfangssaal des Präsidentenpalastes ist hell erleuchtet für den Auftritt ihres Gastgebers. Mächtige runde Deckenleuchten, mit Holz und Kunststoff vertäfelte Wände und schwere messingbeschlagene Türen sollen die Symbiose aus ruhmreicher Tradition und Fortschritt der Moderne ausstrahlen: Sinnbild einer kühnen Vision, die da vor den Zuhörern ausgebreitet wird.

„Erinnert euch an unser Motto: Eine Nation, eine Flagge, ein Vaterland und ein Staat.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten schwört sie Erdoğan an diesem Tag zur Einheit ein und fordert sie auf, sich für seine Sache zu engagieren. Keine Frage, hier spricht ihr Präsident. Die Beteiligten leben vielleicht schon seit Generationen in Europa und haben die Staatsbürgerschaft ihrer neuen Heimatländer angenommen. Doch spielt all das jetzt keine Rolle. Nicht als Deutsche, Niederländer oder Franzosen besuchen sie Ankara. Sie verstehen sich ganz selbstverständlich als Türken. Und als solche adressierte sie Erdoğan.

Die Rede des türkischen Staatsoberhauptes fand am 24.02.2022 vor Vertretern der Union Internationaler Demokraten (UID) statt – eine der wichtigen Stützen der türkischen Regierungspartei AKP im Ausland<sup>2</sup> (Näheres dazu in Kapitel 6). Inhalt, Rhetorik und Inszenierung zeigen gleichsam in einem Brennglas, wie Erdoğan versucht, die türkische Diaspora für seine Ziele einzuspannen: „Der nächste Pfeiler der Brücke, die wir von der Ver-

gangenheit in die Zukunft errichten, werden die Orte in Europa sein, wo wir leben.“ Die Türken müssten eine globale Gemeinschaft werden, kein Hindernis könne ihnen den Weg versperren. So könnten sie die Machenschaften derjenigen hintertreiben, die auf die Spaltung des türkischen Volkes aus seien. Experten bewerten dies als mehr oder weniger offene Drohung an die Europäer<sup>3</sup> – Erdogans Ton gegenüber uns wird immer aggressiver. Doch das politische Europa schaut weg.

In den großen deutschen Medien hat die Ansprache praktisch keinerlei Beachtung gefunden. Und diese Ignoranz ist das Symptom eines größeren Versagens: Der Westen ist zu bequem, der Bedrohung ins Auge zu sehen. Die türkischen Ambitionen richten sich explizit gegen Europa, erst recht seit der Ukrainekrieg ein Machtvakuum in der Region entstehen lässt, das die Türkei nun bereitwillig ausfüllt. Denn während sich Erdoğan auf diplomatischem Weg internationales Ansehen verdient, weil er als einer der wenigen Staatsmänner zwischen Russland und der Ukraine vermitteln kann,<sup>4</sup> schlägt er gegenüber den EU-Staaten ein ums andere Mal eine härtere Gangart ein.

Bei kaum einem Land hat sich das in den vergangenen anderthalb Jahren so klar gezeigt wie im Falle Schwedens: Nach dem Beginn der Kriegshandlungen in der Ukraine entschied die Regierung des nordischen Landes im Mai 2022, mit ihrer lange praktizierten Neutralität zu brechen und einen Mitgliedsantrag für die NATO zu stellen. Zu bedrohlich erschien die Lage, auf sich allein gestellt an der Nordostflanke Europas, während wenige hundert Kilometer entfernt eine unberechenbare Großmacht lauert. Der einstimmige Beschluss aller NATO-Staaten, der zur Aufnahme eines neuen Kandidaten nötig ist, kam jedoch

bis heute nicht zustande, was in erster Linie am Veto der Türkei liegt. Denn Erdoğan macht seine Zustimmung davon abhängig, dass Schweden Waffen an die Türkei liefert<sup>5</sup> und ihr außerdem mehr als 70 Aufständische der kurdischen Arbeiterpartei PKK ausliefert.<sup>6</sup> Auch nachdem die neue schwedische Regierung in der zweiten Jahreshälfte 2022 häppchenweise Zugeständnisse machte, gab der türkische Präsident nicht nach und blieb bei seinen Maximalforderungen.<sup>7</sup> Vieles spricht dafür, dass es Erdoğan in Wirklichkeit gar nicht um diese zwei Punkte geht. Stattdessen scheint er Schweden bewusst hinhalten zu wollen, um einerseits den Konflikt am Köcheln zu halten und so seine Muskeln für die Wahrnehmung der eigenen Wähler spielen zu lassen, andererseits die Position der Türkei als Macht zwischen den Mächten, als Bindeglied zwischen Ost und West zu stärken.

Im Januar 2023 nahm der Schlagabtausch nun deutlich Tempo auf: Gut sichtbar vor der türkischen Botschaft in Stockholm verbrannte ein schwedischer Aktivist eine Ausgabe des Korans, worauf das politische Ankara heftig austeilte: Der schwedische Außenminister, der auf Vermittlungsreise in die Türkei war, wurde abgewiesen, und Erdoğan machte deutlich, dass Schweden fortan definitiv keine Unterstützung mehr für seinen geplanten NATO-Beitritt erhalten werde. Die Verbrennung ihres heiligen Buches sei ein Affront gegen alle Muslime, den die Türkei nicht zulassen könne.<sup>8</sup> Dies sei hier noch einmal klargestellt: Eine Koran-Verbrennung ist definitiv nicht die Art seriöser Islam- und Migrationskritik, die ich selbst vertrete und für die ich bei meinen Unterstützern werbe. Insofern kann man eine solche Aktion dumm und verantwortungslos nennen, doch dabei darf der entscheidende Skandal nicht unter den Tisch fallen: Die Türkei nutzt ihr Erpressungspotential skrupellos aus, um in die Innenpolitik eines

europäischen Landes einzugreifen. Nach schwedischem Recht fällt das beschriebene Schauspiel unter die Meinungsfreiheit – nichts, wozu Ankara überhaupt eine Haltung zusteht. Doch die Macht der Türkei ist mittlerweile groß genug, um nicht nur die Souveränität ihrer Nachbarn in Frage zu stellen, sondern auch europäische Nationen an ihrer Leine zappeln zu lassen. Das ist genau die Strategie, vor der ich in der ersten Auflage dieses Buches gewarnt habe!

Seitdem hat Erdoğan seinen Ton also deutlich verschärft. Ich habe die Entwicklung in der Türkei genau verfolgt und konnte in Echtzeit beobachten, wie sich seine Worte und Handlungen am Vorabend des Wahlkampfes 2023 immer mehr radikalisierten. Viele meiner Prognosen sind bestätigt worden: Es mehren sich die Anzeichen, dass Erdoğan einen eigenen Machtblock unter Führung der Türkei errichtet, was auch bedeutet, dass er sich zunehmend von der NATO distanziert. Er eskaliert den Konflikt mit Griechenland weiter (siehe Kapitel 2) und droht nun ganz offen mit einem Angriff. Und er hat in Syrien und im Irak erst kürzlich direkt eingegriffen: Zuletzt im November 2022, als die türkische Luftwaffe Bodenziele in beiden Staaten bombardierte und so die Souveränität ihrer Nachbarn verletzte.<sup>9</sup> Sogar eine Bodenoffensive türkischer Truppen steht im Raum.<sup>10</sup> Dies kann die ganze Region weiter destabilisieren und auch auf uns dramatische Auswirkungen haben. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Türkei eines der Haupttransitländer für Migranten auf ihrem illegalen Weg nach Europa ist.



Die türkische Regierung hält seit 2019 Gebiete im Norden Syriens besetzt, um die Etablierung eines unabhängigen Kurdenstaates zu verhindern. Neue Drohungen aus Ankara könnten den Konflikt weiter eskalieren lassen und eine neue Migrationswelle nach Europa auslösen.

Die immer selbstbewusster auftretende Macht zwischen Bosphorus und Ararat ist und bleibt ein Schlüsselland für Europa – und die drohende neue Migrationskrise spielt hier wiederum eine zentrale Rolle. Die illegalen Grenzübertritte haben – weitgehend ignoriert von der deutschen und europäischen Medienlandschaft – im Jahr 2022 einen neuen Rekord erreicht und bewegen sich auf dem höchsten Niveau seit der Katastrophe von 2015/2016. Die ukrainischen Flüchtlinge sind hier wohlgermerkt noch nicht mitgezählt. Auf der östlichen Mittelmeerroute, die von der Türkei über Griechenland mitten ins Herz Europas führt, haben sich die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr sogar mehr als verdoppelt.<sup>11</sup>

Die Risikoanalyse der EU-Grenzschutzagentur Frontex für 2022 und 2023 lässt noch Schlimmeres erwarten: Eine „zunehmend turbulente, unberechenbare und feindselige internationale Umgebung“, die neue Migrationsströme nach Europa begünstige, insbesondere weil sich in der Sahelzone neue Krisen und Konflikte andeuten.<sup>12</sup> Und die Türkei wird hierbei eines der entscheidenden Durchgangsländer bleiben. Angela Merkels Flüchtlingsdeal – von Anfang an ein stümperhaftes und wackeliges Instrument – wurde mittlerweile längst von der Realität überholt. Der türkische Präsident sitzt eindeutig am längeren Hebel. Auf seinen Wink werden die Schleusen für eine neue Völkerwanderung geöffnet oder geschlossen.

Wie können wir uns in Deutschland und Europa für diese wiederkehrenden Migrationsströme rüsten? Die Frage ist heute aktueller denn je, weshalb ich mich entschieden habe, eine umfangreich verbesserte Neuauflage meines Buches herauszugeben. Nicht nur habe ich die aktuellsten Entwicklungen analysiert, sondern auch weitere Anregungen von zahlreichen Experten aufgenommen. Die Kapitel 4 bis 8 wurden neu strukturiert und leserfreundlicher gestaltet, die Einschätzung zur Balkanpolitik aktualisiert und insbesondere das Kapitel zu den türkischen Organisationen in Deutschland und Europa umfassend erweitert. Mein Dank gilt hier allen aufmerksamen Lesern für die fast ausschließlich positiven Rückmeldungen wie auch für Kritik und Anmerkungen zur Verbesserung. Zum Zeitpunkt der Abfassung sind die Folgen des verheerenden Erdbebens im türkisch-syrischen Grenzgebiet<sup>13</sup> noch nicht absehbar: Es könnte Erdogans Position bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen schwächen oder ihn zu neuen waghalsigen Unternehmungen drängen, um seiner Popularität einen neuen Schub zu verpassen. Sicher ist

nur eines: Wer immer ab Mitte 2023 das Präsidentenamt ausübt, kann sich auf ein erfolgreich etabliertes Netzwerk stützen, dessen Zweige von Ankara über den Balkan bis hin nach Köln und Berlin reichen. Seit der Jahrtausendwende wurde die Türkei im Inneren wie im Äußeren deutlich gestärkt. Erdoğan ebenso wie ein möglicher Nachfolger können sich auf dieses Machtsystem stützen, es zu ihrem Vorteil nutzen und Deutschland sowie Europa damit unter Druck setzen.

Ganz gleich, ob Sie die erste Auflage schon kennen oder das Buch zum ersten Mal in der Hand halten – Sie werden hier nicht nur einen ausführlichen und aktuellen Einblick in die Materie finden, sondern im neunten Kapitel auch ein sorgfältig erstelltes Programm, wie wir den Herausforderungen im Südosten der Europäischen Union begegnen. Denn eines muss uns klar sein: Wer sich nicht vorbereitet, den werden die Ereignisse sehr bald schon überrollen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine aufrüttelnde Lektüre!

*Bernhard Zimniok,  
Brüssel, im März 2023*

# 1.

## **Warum die türkische Geschichte heute noch relevant ist**

### **Reiter aus dem Osten**

Turkstämme in den Steppen Zentralasiens werden erstmals in chinesischen Quellen aus dem 6. Jahrhundert n. Chr. genannt. Sie siedelten im heutigen Turkestan, dem Gebiet zwischen dem Kaspischen Meer und der Wüste Gobi. Auch die westtürkischen Stämme der Oghusen sind ihnen zuzurechnen. Bereits im 8. Jahrhundert kamen sie mit dem Islam in Kontakt, der sich damals aus dem persisch-arabischen Raum nach Osten ausbreitete. Ende des 10. Jahrhunderts übernahmen viele der Turkstämme die islamische Religion, so auch die Seldschuken, ein Teilstamm der Oghusen,<sup>1</sup> die den Ursprung der heutigen Türken bilden.

Der Name des Stammes geht auf dessen Häuptling Seldschuk zurück, der um etwa 1000 n. Chr. herrschte. In den Folgejahren eroberte das Reitervolk große Teile des heutigen Irans, unterwarf Bagdad, das Zentrum der damaligen islamischen Welt, und breitete sich immer weiter Richtung Westen aus. Bald siedelten die Seldschuken in Syrien, Palästina und Anatolien. Daher dauerte es nicht lange, bis es zu Konflikten mit dem mächtigen Byzantinischen Reich kam, das aus dem antiken Oströmischen Reich hervorgegangen war und dessen Kaiser über große Teile Südosteuropas, Anatoliens und Syriens herrschte. In der Folgezeit wurden die Byzantiner zu den wichtigsten christlichen Gegenspielern der seldschukischen Türken. Die Entscheidung fiel im Jahr 1071 bei



Manzikert und ging überraschend aus: Die byzantinischen Truppen wurden regelrecht überrannt. Byzanz verlor den größten Teil seiner asiatischen Gebiete und hatte in der Folge hohe finanzielle Lasten wegen der Tributforderungen der Seldschuken zu tragen. Während es zum wirtschaftlichen Niedergang von Byzanz kam, wurden die Seldschuken in Anatolien sesshaft.<sup>2</sup> Noch heute bildet diese Landschaft den Kern des türkischen Staates. Die heutige Türkei sieht den Sieg über das griechisch geprägte Byzanz bei Manzikert als Beginn ihrer staatlichen Existenz. Eine Silbermünze zum 900. Jahrestag erinnert an diese siegreiche Schlacht.<sup>3</sup>



Eine mittelalterliche griechische Buchmalerei zeigt, wie seldschukische Reiter die Truppen des byzantinischen Kaisers in die Flucht schlagen. Trotz ihrer nur leichten Rüstung gelang es den Kriegern aus der Steppe, der schwer gepanzerten byzantinischen Armee verheerende Niederlagen beizubringen.

Im 13. Jahrhundert geriet das Seldschukenreich unter den Angriffen der Mongolen in eine Krise und verschwand von der Landkarte. Auf seinen Trümmern kam es zur Errichtung mehrerer kleiner Herrschaftsgebiete, die durch lokale türkische Fürsten, die sogenannten Beys, regiert wurden. Im Nordwesten Anatoliens herrschte der Bey Osman I. über einen Teil der türkischen Stämme. Es gibt wenig fundierte Quellen über diese Zeit, da die Stämme erst später in den Fokus der geschichtlichen Aufzeichnungen rückten. Fest steht, dass Osman I. in der Schlacht von Bapheus etwa 1301 oder 1302 einen Sieg über die benachbarten Byzantiner erringen konnte, was ihm wohl die Unterstützung anderer türkischer Stämme einbrachte. Er und seine Nachfolger konnten so ihren Herrschaftsbereich allmählich ausdehnen und schufen damit die Grundlage für das Osmanische Reich.<sup>4</sup> Osman I. hat in den besiegten Gebieten Anfänge einer Bevölkerungspolitik betrieben, die noch während der gesamten osmanischen Zeit Bestand hatte: Diese Politik setzte auf freiwillige Umsiedlungen und auf Deportationen – eine politische Konstante für Jahrhunderte.<sup>5</sup>

Ihre Herrschaft sicherten die Osmanen, wie sie nun immer öfter bezeichnet wurden, durch eine Art Lehenssystem: Krieger bekamen vom Sultan ein Stück Land zugewiesen, das sie als Gegenleistung für ihre militärischen Dienste bewirtschaften durften. Anders als im europäischen Lehenswesen waren diese Ländereien jedoch nicht erblich. Unter Osmans Nachfolger Murad wurde zudem die Einheit der Janitscharen geschaffen: Söhne der unterworfenen christlichen Bevölkerung wurden ihren Eltern geraubt – die sogenannte Knabenlese. Anschließend wurden sie zum Islam gezwungen, militärisch ausgebildet und zu bedingungsloser Treue gegenüber dem Sultan eingeschworen. Sie waren einer

strengen militärischen Zucht unterworfen und durften nicht heiraten. In späteren Jahrhunderten bildeten die Janitscharen die militärische Elite des Reiches.<sup>6</sup>

Im 14. Jahrhundert verdrängten die Osmanen das Byzantinische Reich endgültig aus Kleinasien. Um 1350 drangen die türkischen Verbände dann zum ersten Mal auch auf europäisches Gebiet vor und errichteten einen Brückenkopf. Dies war der Ursprung der türkischen Expansion auf dem Balkan. In rascher Folge unterwarfen sie Gebiete im heutigen Nordmazedonien und Bulgarien. Nach der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 fiel auch Serbien in osmanische Hände.<sup>7</sup>

Mehmed II. bestieg 1451 den Thron des Osmanischen Reiches und widmete sich umgehend der Eroberung Konstantinopels. Die mehr als tausend Jahre alte Hauptstadt war das letzte Gebiet, das den christlichen Byzantinern angesichts der türkischen Eroberungspolitik geblieben war. Sie lag nun wie eine Insel mitten im Reich der Osmanen und hatte gegen die anstürmenden Truppen des Sultans keine Chance. Am 29. Mai 1453 zog Mehmed als Sieger in die Stadt ein. Konstantinopel, nun oft mit dem türkischen Namen Istanbul bezeichnet, war fortan die Hauptstadt der osmanischen Sultane, die sich damit als Erben des von ihnen zerstörten Byzantinischen Reiches betrachteten. Reformen zur Zentralisierung und zum Ausbau der Macht der Sultane stärkten das Osmanische Reich zusätzlich.<sup>8</sup>

## Großmacht auf drei Kontinenten

Von den Historikern wird der Fall Konstantinopels als „weltgeschichtliche Zäsur“ und als Teil der Epochenwende vom Mittelalter hin zur Frühen Neuzeit bewertet.<sup>9</sup> Die Osmanen waren nun eine Großmacht und bestimmten die Geschehnisse Europas und Asiens in erheblichem Maße. Dies war nicht nur ein Sieg über irgendein Reich. Nein – es ist bis heute für viele Türken und Muslime das Symbol des Sieges über das Christentum und ein Zeichen für die Überlegenheit des Islam. Hohe symbolische Bedeutung hatte auch die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee. Etwa 1000 Jahre nach ihrer Errichtung wurde die gewaltige Kirche – einst Zentrum des griechisch-orthodoxen Christentums – mit Minaretten umgeben und Allah geweiht. Darauf ist man in der Türkei heute noch stolz. So gibt es in den Souvenirläden eine reichliche Auswahl an T-Shirts mit dem Aufdruck „1453“. Können wir uns Ähnliches in Deutschland vorstellen?

In den folgenden Jahrzehnten wurden die Eroberungszüge in alle Himmelsrichtungen fortgesetzt: Nach der Eroberung Syriens folgte die Zerschlagung des Mameluckenreichs in Ägypten, womit den Osmanen auch das Protektorat über die heiligen Stätten in Mekka und Medina zufiel – ihre Vormachtstellung im islamischen Kulturkreis war damit endgültig gefestigt: Durch die Kontrolle der wichtigsten islamischen Heiligtümer konnte der Sultan jetzt nicht nur seine weltliche Macht untermauern, sondern beanspruchte als Kalif gleichzeitig auch die geistliche Führung über die Muslime weltweit.<sup>10</sup> In europäischen Maßstäben gesprochen war er Kaiser und Papst in einer Person. Diese enge Verbindung zwischen Staatsmacht und Religion zeigt auch heute noch ihre Spuren: Der institutionalisierte Islam ist auch in unserer Zeit

weiterhin eine der wichtigsten Stützen des Machtapparats von Präsident Erdoğan.

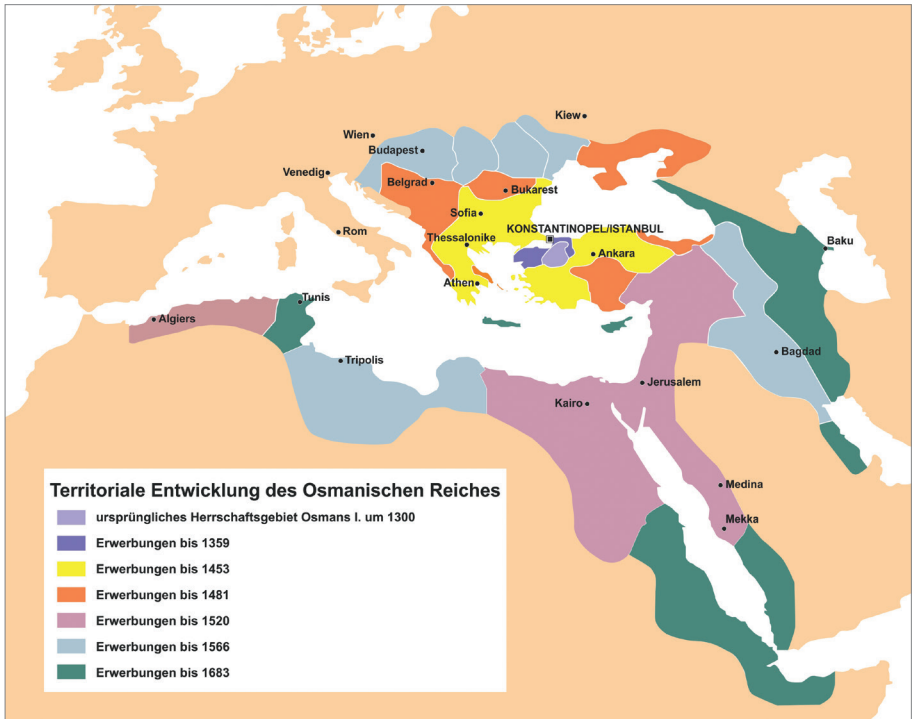
Unter Süleyman I. (1520-1566), dem zehnten Sultan des osmanischen Reiches, sprengte der Eroberungsdrang alle bisherigen Maßstäbe. Die westliche Geschichtsschreibung hat sich mehr auf seine Eigenschaft als Förderer der Kunst fokussiert und ihm wegen seiner aufwändigen Hofhaltung den Beinamen „der Prachtige“ verliehen. Türkische Chronisten nennen ihn dagegen den „Gesetzgeber“, da er ein reichsweit gültiges Gesetzbuch auf Grundlage der Scharia schuf.<sup>11</sup> Unter seiner Herrschaft dehnte sich auch die territoriale Macht des Osmanischen Reiches weiter aus: im Osten bis nach Mesopotamien und das heutige Aserbaidschan, im Westen eroberte er weitere Gebiete des Balkans, darunter Belgrad (1521) und große Teile Ungarns (1526). So kamen die Osmanen dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, das damals den größten Teil Mitteleuropas umfasste, bedrohlich nahe. Drei Jahre später war es dann so weit: 1529 drang die osmanische Armee unter dem Oberkommando des Sultans nach Wien vor und belagerte die Residenzstadt der römisch-deutschen Kaiser.<sup>12</sup>

In ganz Europa wurde die Nachricht schockiert aufgenommen. Traurige Berühmtheit erlangten die „Türkengräuel“ – Morde und Vergewaltigungen, die die osmanische Armee bei ihrem Vormarsch an der christlichen Zivilbevölkerung verübte.<sup>13</sup> Trotz überlegener Kräfte gelang es dem Sultan jedoch auch nach mehreren Sturmangriffen nicht, die symbolisch, wirtschaftlich und strategisch enorm wichtige Stadt einzunehmen. Ein früher Winterereinbruch zwang ihn schließlich, die Belagerung abubrechen. Trotz dieses Rückschlags war es Süleyman gelungen, die osmani-

sche Macht über die bisherigen Dimensionen hinaus noch weiter auszudehnen und als ernsthafte Bedrohung für Zentraleuropa zu etablieren. Unter dem charismatischen Admiral Khair ad-Din Barbarossa konnte sich außerdem die Flotte des Sultans die Seeherrschaft über das östliche Mittelmeer für Jahrzehnte sichern.<sup>14</sup>

Im Inneren gelang es, die Reichsverwaltung zu konsolidieren und mit der militärischen ging auch eine wirtschaftliche Expansion einher. Ein Großteil der Bevölkerung des osmanischen Reiches lebte als abgabepflichtige Bauern in einer Art Feudalsystem, ähnlich wie im mittelalterlichen Europa. Nichtmuslimischen Untertanen des Sultans wurde zwar ein gewisses Maß an Selbstverwaltung zuerkannt, sie waren jedoch als sogenannte Dhimmi gesellschaftlich diskriminiert, indem sie u. a. eine Sondersteuer zahlen mussten.<sup>15</sup> Wirtschaftlich spielte außerdem die Sklaverei eine große Rolle: Wie überall in der islamischen Welt war sie auch im Osmanischen Reich weit verbreitet. Wer als Hausdiener seine Arbeit verrichten konnte, hatte immerhin Glück im Unglück. Noch beklemmender ist das Schicksal der Galeerensklaven, die ihre Gesundheit und ihr Leben für die Flotte des Sultans hingeben mussten. Federführend in dem grausamen Geschäft waren die Barbaresken. Diese Seeräuber von der nordafrikanischen Küste standen ab Anfang des 16. Jahrhunderts unter der Oberherrschaft der osmanischen Sultane. Sie überfielen bei ihren Menschenjagden vor allem die Küstenstädte des Mittelmeeres, etwa in Spanien und Italien, um christliche Bewohner zu erbeuten. Manche Raubzüge führten sie sogar bis nach Irland. Historiker schätzen, dass zwischen 1530 und 1780 mehr als eine Million Europäer in die Fänge dieser muslimischen Sklavenhändler gerieten.<sup>16</sup> So beruhte der Glanz der osmanischen Herrschaft nicht zuletzt auch auf der hunderttausendfachen

Versklavung und Ausbeutung europäischer Frauen, Kinder und Männer. Unter Süleyman „dem Prächtigen“ stand das Osmanische Reich auf dem Zenit seiner Macht. Es erstreckte sich nun mit Europa, Asien und Afrika über drei Kontinente und versetzte die christlichen Europäer immer wieder in Angst und Schrecken.



Unter Süleyman I. „dem Prächtigen“ dehnte sich das Osmanische Reich weit nach Europa aus und beherrschte den gesamten Balkan, Griechenland, Ungarn, Rumänien und Teile der heutigen Ukraine. Auch in Nordafrika und an der Grenze zu Persien erweiterte Süleyman die Grenzen seines Reiches.

Gigantische Moscheen, die auf den Trümmern der byzantinischen Bauwerke errichtet wurden, zeugen noch heute davon. Der Herrscher war sich seiner Macht durchaus bewusst und ließ

das auch über den Haupteingang der von ihm erbauten Süleymaniye-Moschee in den Stein meißeln. Die Inschrift zeugt vom universalen Herrschaftsanspruch der osmanischen Sultane: „Eroberer der Länder des Ostens und des Westens mit Hilfe des Allmächtigen und seiner siegreichen Armeen, Herrscher über die Reiche der Welt.“<sup>17</sup> Zugleich knüpfte er zahlreiche diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit den Staaten Europas. So war insbesondere Frankreich an einem guten Verhältnis mit den Osmanen interessiert, um den gemeinsamen Feind, die Habsburger, zu schwächen.<sup>18</sup> Die Uneinigkeit Europas kam den Osmanen daher entgegen.

Doch nach dem Tod Süleymans trat das Reich in eine Phase der Stagnation ein. Mehrere unfähige Herrscher, wie etwa Ibrahim „der Verrückte“, gelangten auf den Thron und oft waren es die Mütter der Sultane oder aber die Großwesire, die die Geschehnisse im Hintergrund lenkten und dem Reich so eine gewisse Beständigkeit verliehen.<sup>19</sup> Allmählich kamen jedoch wirtschaftliche Schwierigkeiten zum Vorschein. Der Niedergang des osmanischen Lehenssystems führte zur Verarmung großer Teile der Landbevölkerung. Die Administration der weitläufigen Gebiete, die verschwenderische Hofhaltung und die Ausgaben für das nun fest besoldete stehende Heer verschlangen immer größere Summen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zunehmend überstiegen.<sup>20</sup> Silber als Zahlungsmittel im Osmanischen Reich verlor aufgrund der massiven spanischen Silberimporte aus der Neuen Welt massiv an Wert.<sup>21</sup> Im 17. Jahrhundert kam es schließlich auch zu einem militärischen Niedergang, zahlreiche Armeeangehörige desertierten oder schlossen sich plündernden Banditen an. Selbst bei den Janitscharen ließ der Drill früherer Jahre nach, während ihr politischer Einfluss wuchs: Sie wurden zu einem



Staat im Staate und griffen immer öfter in das zunehmend korrupte Herrschaftssystem ein. Sogar Sultane wurden bisweilen von den Janitscharen ein- und abgesetzt.<sup>22</sup>

Mit der Seeschlacht von Lepanto 1571 hatten die Osmanen bereits eine herbe Niederlage gegen eine christliche Flotte einstecken müssen und verloren so ihre Vorherrschaft im Mittelmeer. Dennoch setzten sie noch einmal alles auf eine Karte: Unter Aufbietung aller Kräfte stieß ein türkisches Heer 1683 erneut Richtung Mitteleuropa vor und suchte den Entscheidungskampf gegen die Habsburger. Wieder war es die kaiserliche Residenzstadt Wien, die im Fokus der osmanischen Herrscher stand.

Jedoch wurde auch diese Invasion zurückgeschlagen. Mit ausschlaggebend für den Sieg über die Osmanen war die Hilfe des polnischen Königs Jan III. Sobieski. Damit zeigte ein europäisches Bündnis gegen die islamischen Aggressoren seine ganze Schlagkraft. Im Gegensatz dazu wurde die militärische Schwäche des Osmanen nun offensichtlich. Die österreichischen Habsburger – unter ihrem Feldherrn Prinz Eugen von Savoyen – nutzten die Gunst der Stunde und vertrieben die Osmanen in wenigen Jahren aus Ungarn, Kroatien und Siebenbürgen. Russische und venezianische Angriffe setzten den Türken zusätzlich zu, so dass die Osmanen im Frieden von Karlowitz (1699) erstmals ihre klare Niederlage gegenüber europäischen Mächten einräumen mussten.<sup>23</sup>

## Der Kranke Mann am Bosphorus

Im 18. und 19. Jahrhundert beschleunigte sich der Niedergang rapide. In mehreren russisch-türkischen Kriegen gelang es v. a. dem aufstrebenden Zarenreich, die Osmanen immer weiter aus Osteuropa und dem Kaukasus zu verdrängen. Bedeutend war die Eroberung der Halbinsel Krim im Jahr 1774, die den Russen einen Zugang zum Schwarzen Meer ermöglichte und den Status der Osmanen als ernstzunehmende Großmacht beendete.<sup>24</sup> Das osmanische Reich taumelte in eine Reihe von jahrzehntelangen Unruhen und Aufständen. Um 1800 befand es sich schließlich in einer handfesten Staatskrise und musste hinnehmen, dass Engländer und Franzosen für einige Jahre das reiche Ägypten besetzten.<sup>25</sup> Die vorsichtigen Reformversuche unter Sultan Selim III. und seinem Nachfolger Mahmud II. in der sogenannten Tanzimat-Epoche ab 1839 brachten nicht den gewünschten Erfolg, um das Reich langfristig zu stabilisieren.<sup>26</sup>

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts zeigten sich im Gegenteil sogar regelrechte Auflösungserscheinungen: Die christlichen Serben bildeten bereits 1813 ein eigenes Fürstentum,<sup>27</sup> die Griechen befreiten sich in einem langjährigen Unabhängigkeitskrieg bis 1830 vom osmanischen Joch,<sup>28</sup> in Ägypten probte ein Gouverneur den Aufstand gegen den Sultan<sup>29</sup> und schließlich kam es zu einer folgenreichen Rebellion arabischer Beduinen unter Führung der Saud-Dynastie – heute die Beherrscher Saudi-Arabiens. Der saudische Aufstand konnte zunächst noch zurückgeschlagen werden. Doch der Angriff auf die heiligen Stätten Mekka und Medina von arabischen Stammeskriegern, die mit dem Wahhabismus eine besonders radikale Lesart des Islam propagierten, war ein deutliches Zeichen, dass die Oberhoheit des

Sultans über alle Muslime nicht mehr überall anerkannt wurde.<sup>30</sup> Das einst stolze Reich war zum „Kranken Mann am Bosphorus“ geworden, wie es der russische Zar im Jahr 1852 ausdrückte.<sup>31</sup> Sein völliger Zusammenbruch war aber gar nicht im Interesse der westlichen Großmächte. Sie befürchteten eher, dass gerade Russland die Schwäche der Osmanen für eigene Gebietsgewinne ausnutzen würde – sah sich doch der Zar als Schutzherr der orthodoxen Christen auf dem Balkan. Im Krimkrieg zwischen 1853 und 1856 intervenierten daher Großbritannien und Frankreich aufseiten der Osmanen gegen das russische Zarenreich und konnten so noch einmal den Untergang des Osmanischen Reiches abwenden.<sup>32</sup>

Doch die Probleme blieben unbewältigt: Wirtschaftlicher Niedergang – der Staatsbankrott war 1875 erklärt worden<sup>33</sup> – und das Zerbröckeln des Reiches auf dem Balkan machten den Sultanen weiterhin zu schaffen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begehrte nun auch die christliche Bevölkerung in Rumänien und Bulgarien gegen die osmanischen Fremdherrscher auf und schuf sich, teils mit russischer Unterstützung, eigene Staaten. Der Russisch-Osmanische Krieg (1877-1878) gehört in diesen Zusammenhang und führte das Reich an die Schwelle des Untergangs, als Russland bis an den Rand der Hauptstadt Istanbul vordringen konnte. Um einen völligen Zusammenbruch zu verhindern, musste der Sultan demütigende Friedensbedingungen akzeptieren. Auf dem Berliner Kongress 1878 wurde schließlich die Abtretung Bulgariens, Rumäniens, Serbiens und Montenegros international bestätigt. Bosnien fiel unter österreichische Herrschaft.<sup>34</sup> Damit hatten die Osmanen den größten Teil ihrer Besitzungen auf dem Balkan verloren.

## Der Weg in den Ersten Weltkrieg

Ab 1890 versuchte nun auch das aufstrebende Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II., Einfluss im Nahen Osten zu gewinnen. Mit Prestigeprojekten wie der Bagdad- bzw. Hedschasbahn, einer über 1000 km langen Eisenbahnstrecke, wollte man das demonstrieren und gleichzeitig durch die Investitionen wirtschaftlich profitieren. Die immer engeren Beziehungen zum Deutschen Reich verschafften dem Sultan so zwar eine Verschnaufpause, doch in diesem Zuge stieg die Auslandsverschuldung des Osmanischen Reiches rapide an – und damit auch die Abhängigkeit von ausländischen Mächten.<sup>35</sup> Die Gebietsverluste gingen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zudem weiter. Im Jahr 1912 mussten die Osmanen Libyen an die Italiener abtreten und im ersten Balkankrieg verloren sie ihre letzten noch verbliebenen europäischen Besitzungen. Nur die Hauptstadt und ihr Umland verblieben westlich des Bosphorus noch in osmanischer Hand.<sup>36</sup> Dies war nicht nur eine große wirtschaftliche Belastung – mit Einnahmeverlusten, Kriegskosten und tausenden zu versorgenden Flüchtlingen – sondern auch ein immenser Gesichtsverlust vor der Weltöffentlichkeit: Fortan stand, neben der Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen, auch Rache für die erlittene Schmach im Zentrum der osmanischen Außenpolitik.<sup>37</sup>

Das zusammengeschmolzene Reich wurde jedoch nicht nur von außen bedrängt, auch die Ansprüche neuer politischer und gesellschaftlicher Kräfte im Inneren setzten ihm zu. Ab 1894 kam es – vom Staat geduldet und unterstützt – zu mehreren muslimischen Massakern an christlichen Armeniern, unter denen der Widerstand gegen die osmanische Fremdherrschaft zugenommen hatte.<sup>38</sup> Gegen Ende der Regierungszeit von Sultan Abdül-

hamid verschärfte sich bis 1908 die wirtschaftliche und politische Krise so sehr, dass der Sultan schließlich durch die nationalistische Bewegung der Jungtürken abgesetzt wurde. Fortan regierte sein Bruder Mehmed V. als deren Marionette und spätestens ab 1913 war das Osmanische Reich faktisch eine Militärdiktatur<sup>39</sup> unter dem Kriegsminister Enver Pascha, dem Marineminister Ahmed Cemal und dem Innenminister Mehmed Talaat, die zusammen als „Jungtürkische Triumvirat“ bezeichnet werden.<sup>40</sup> Eine bisher nicht gekannte Aufrüstungspolitik wurde unter den Jungtürken betrieben, so dass im Jahr 1911 die Militärausgaben bei einem Drittel des Staatshaushalts lagen.<sup>41</sup> Der immer stärkere Einfluss des Deutschen Reiches zeigte sich auch darin, dass deutsche Banken die Aufrüstung finanzierten und deutsche Offiziere das osmanische Militär ausbildeten.<sup>42</sup>

Obwohl die türkische Regierung zu Beginn des 1. Weltkrieges versucht hatte, sich aus Kampfhandlungen herauszuhalten, näherte sich das Osmanische Reich in den ersten Kriegsmonaten den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn immer mehr an, indem es deutschen Kriegsschiffen Schutz vor britischen Verfolgern bot. Zum offiziellen Kriegseintritt kam es am 2. November 1914, nachdem die Osmanen den Bosphorus gesperrt und die russische Schwarzmeerflotte angegriffen hatten. Von ihrer Kriegsbeteiligung versprachen sie sich u. a. die Rückeroberung verlorengegangener Gebiete auf dem Balkan und einiger griechischer Inseln.<sup>43</sup> Auch die Deutschen hatten ein Interesse an dem Bündnis, da die Osmanen den russischen Handel über eine Blockade des Bosphorus empfindlich stören<sup>44</sup> und das britische Kolonialreich in Indien und Ägypten bedrohen konnten.<sup>45</sup> Die osmanische Beteiligung am Ersten Weltkrieg wurde propagandistisch enorm aufgeladen: Sultan Mehmed V. selbst sprach

von einem Dschihad gegen die christlichen Mächte der Russen, Franzosen und Briten, die angeblich überall auf der Welt Unheil und Unterdrückung über die Muslime gebracht hätten. Der Anspruch, als islamische Führungsmacht in einem weltweiten Glaubenskrieg zu kämpfen, wurde außerdem von Hayri Efendi – Mufti von Istanbul und damit höchste religiöse Autorität des Reiches – in einer Fatwa legitimiert. Darüber hinaus rechtfertigte der Sultan den Kriegseintritt öffentlich, indem er Jahrhunderte alte Gebietsverluste an das Russische Reich beklagte.<sup>46</sup>

Hier kamen also mehrere Motive zusammen:

- das Gefühl religiöser Überlegenheit des Islam, als dessen Anführer und Beschützer sich die osmanischen Türken sahen,
- die Vorstellung, als Muslime einer weltweit unterdrückten Glaubensrichtung anzugehören, die sich endlich verteidigen müsste,
- die Schmach vergangener Niederlagen und Demütigungen, die auch nach Jahrhunderten noch im kollektiven Gedächtnis der Osmanen präsent war.

Eng verquickt war diese Mischung aus auftrumpfender Aggressivität und historisch bedingtem Minderwertigkeitsgefühl mit oben aufgeführten handfesten politischen und ökonomischen Interessen.

## Völkermord an den Armeniern und Ende des Osmanischen Reiches



Opfer eines Todesmarsches im Rahmen des türkischen Völkermords an den Armeniern. Dieses Foto wurde im Jahr 1915 bei Aleppo geschossen. Mehreren hunderttausend Müttern und Kindern erging es so wie den hier Abgebildeten: Völlig erschöpft durch Durst, Hunger und die Gewalt ihrer Peiniger, wurden sie in der sengenden Hitze der Syrischen Wüste zum Sterben liegengelassen.

Der Aufruf zum Dschihad zeigte allerdings außerhalb der Reichsgrenzen nur geringe Wirkung<sup>47</sup> und auch sonst stellte sich die Bilanz der osmanischen Armee als wenig ruhmreich heraus: Ein britisches Expeditionskorps drang erfolgreich nach Mesopotamien vor und eine Invasion der Halbinsel Gallipoli in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt konnte nur mit Mühe und unter großen Verlusten zurückgeschlagen werden. Der geplante Vorstoß gegen die Russen im Kaukasus endete gar in einer Katastrophe: Bis zu 75.000 osmanische Soldaten fanden bis zum Januar 1915 den

Tod durch Kälte, Erschöpfung und russische Granaten.<sup>48</sup> Daher suchte die osmanische Führung nach einem Sündenbock und fand ihn in ihren christlichen Untertanen: Zunächst wurde die armenische Gemeinde Istanbuls in Konzentrationslager gesperrt. Ab Mai 1915 wurden hunderttausende christliche Armenier, Griechen und Syrer aus ihren Heimatorten vertrieben, enteignet und – zu Fuß oder in Viehwagen gepfercht – auf Todesmärsche in lebensfeindliche Wüsten gezwungen. Männer im wehrfähigen Alter wurden oft gleich an Ort und Stelle massakriert.<sup>49</sup> Bis zu 1,5 Millionen Armenier sowie mehrere hunderttausend Griechen und Syrer – Männer, Frauen und Kinder – fielen den von der osmanischen Führung angeordneten Maßnahmen zum Opfer.

Ein Großteil der armenischen Bevölkerung in Anatolien, dem asiatischen Teil der heutigen Türkei, wurde in wenigen Jahren ausgelöscht.<sup>50</sup> Doch erst viele Jahrzehnte später wurden diese Massaker offiziell als Völkermord anerkannt, so beispielsweise vom EU-Parlament,<sup>51</sup> der UN-Menschenrechtskommission<sup>52</sup> und der internationalen Vereinigung der Völkermordforscher.<sup>53</sup> Die Türkei hingegen bestreitet auch heute noch diese Tatsache. Bis vor kurzem beschränkte sich die Staatsführung noch darauf, die türkischen Gräueltaten zu verharmlosen und zu leugnen<sup>54</sup> – so wurde z. B. ein Denkmal, das an das Schicksal der Armenier erinnerte, im Jahr 2011 auf Befehl von oben niedergedrückt.<sup>55</sup> Zuletzt ging Erdoğan sogar noch weiter: Nachdem er 2020 zusammen mit dem benachbarten Aserbaidschan einen Krieg gegen Armenien vom Zaun gebrochen hatte, rühmte er Enver Pascha, den Hauptverantwortlichen für den Völkermord.<sup>56</sup>

Nach der Niederlage im Jahr 1918 stürzte das Osmanische Reich ins Chaos: Weite Teile des Staatsgebietes wurden von alliierten



Truppen besetzt. Die jungtürkische Führung floh und entzog sich so einem Kriegsverbrechertribunal. Viele erlagen jedoch bald der Rache armenischer Geheimkommandos. Der schwache Sultan Mehmed VI. konnte den verbliebenen Rumpfstaat kaum noch zusammenhalten. Mit dem Vertrag von Sèvres (1920) verlor er die arabischen Regionen in Syrien und Mesopotamien, und musste weitere Gebiete im Westen an Griechenland und im Osten an den neugeschaffenen armenischen Staat abtreten.<sup>57</sup> Doch nachdem die Delegation des Sultans den Vertrag unterzeichnet hatte, verweigerte das Parlament, das wegen der Besetzung der Hauptstadt ins anatolische Ankara umgezogen war, seine Ratifizierung. Unter der Führung des Kriegshelden Mustafa Kemal und dessen nationalistischer Bewegung stellten die Parlamentarier die angeschlagene Autorität des Sultans nun immer offener in Frage. Kemal stieg dabei zum Oberbefehlshaber und zur Symbolfigur des Widerstands gegen den demütigenden Friedensvertrag auf.

Seiner türkischen „Befreiungsarmee“ gelang es, sowohl den Armeniern als auch den Griechen empfindliche Niederlagen beizubringen. Die Eroberung der griechischen Metropole Smyrna – heute das türkische Izmir – im Jahr 1922 markierte dabei einen Höhepunkt dieses sogenannten Türkischen Befreiungskrieges. Die Schattenseiten dieser Kriegszüge sollen hier jedoch nicht unerwähnt bleiben: Für die unterworfenen Bevölkerungen bedeutete der türkische Triumph, dass sie aus ihrer angestammten Heimat gewaltsam vertrieben wurden. Die durch den Völkermord bereits stark dezimierten Armenier mussten hinnehmen, dass ihr Siedlungsgebiet noch weiter schrumpfte. Damit war die Existenz ihrer Nation durch die türkische Übermacht erneut bedroht. Und die kleinasiatische Küste um Smyrna, seit der Antike unun-

terbrochen eines der Kerngebiete der griechischen Sprache und Kultur, war nun das erste Mal in der Geschichte „griechenfrei“. Den Platz der ursprünglichen Einwohner nahmen nun türkische Siedler ein, die ihrerseits zuvor auf griechischem Staatsgebiet gelebt hatten. Innerhalb kürzester Zeit änderten sich Charakter und Identität jener Landschaft komplett. Dieser sogenannte Bevölkerungsaustausch, der zwischen der Türkei und Griechenland förmlich besiegelt wurde, ist eine der Hauptursachen für die heute noch enorme Homogenität der türkischen Bevölkerung in dieser Region. Der Preis dafür: 1,2 Millionen christliche Griechen verloren ihre angestammte Heimat.<sup>58</sup>

Der Jahrestag der Eroberung Smyrnas wird durch die Türken noch heute als „Siegstag“ gefeiert.<sup>59</sup> Mustafa Kemal nutzte das gewonnene Ansehen, um seinen innenpolitischen Vorstellungen zum Durchbruch zu verhelfen, die in starkem Widerspruch zur osmanischen Tradition standen: Eine von ihm eingesetzte Nationalversammlung schwor er auf das Ziel der Volkssouveränität ein; der Sultan wurde im Jahr 1922 offiziell abgesetzt. Der Vertrag von Lausanne (1923) ersetzte schließlich den niemals in Kraft getretenen Vertrag von Sèvres und schuf für die Türkei wesentlich günstigere Friedensbedingungen. Durch die neu gewonnenen griechischen und armenischen Gebiete wuchs das Staatsgebiet auf etwa die heutige Größe heran. Anatolien, Ostthrakien und Istanbul waren komplett in türkischer Hand und die alliierten Besatzungstruppen mussten das Land verlassen. Mit diesem Erfolg im Rücken wurde Mustafa Kemal schließlich zum Präsidenten der am 23.10.1923 ausgerufenen Türkischen Republik ernannt.<sup>60</sup> Die 600-jährige Geschichte des Osmanischen Reiches war damit endgültig vorbei.

## **Atatürks Weg zu einem modernen Staat**

Die inneren Verhältnisse dieser jungen Republik, die nun ihre Hauptstadt im anatolischen Ankara hatte, unterzog der neue Staatschef mithilfe der ihm treu ergebenen „Kemalisten“ einer radikalen Erneuerungskur. Geprägt durch westlich-aufklärerisches Denken, sah Kemal besonders im bestimmenden Einfluss des Islam auf das öffentliche Leben den größten Hemmschuh auf dem Weg hin zu einem modernen Staat. Viele seiner Maßnahmen zielten deswegen darauf ab, diese von ihm so empfundene Rückständigkeit zu überwinden und den Islam zurückzudrängen: Zunächst wurden die Ministerien für geistliche Angelegenheiten abgeschafft, dann der Schulunterricht den Imamen entzogen und eine unentgeltliche allgemeine Schulpflicht unter staatlicher Kontrolle eingeführt. Frauen erhielten weitgehend gleiche Rechte: Sie durften nun ihren Beruf frei wählen sowie höhere Schulen und Universitäten besuchen. Ein modernes Rechtssystem nach italienischem und Schweizer Vorbild verbot zudem die Vielehe. Diese revolutionären neuen Verhältnisse und die Hinwendung zum Westen waren besonders im Straßenbild deutlich erkennbar: Der Fes, die traditionelle Kopfbedeckung für Männer, wurde abgeschafft und europäische Kleidung vorgeschrieben. Anstelle der bisherigen islamischen Zeitrechnung galt nun der Gregorianische Kalender wie in Europa.<sup>61</sup> Schließlich wurde auch das arabische Alphabet durch lateinische Buchstaben, mit einigen zusätzlichen Sonderzeichen für die türkische Sprache, ersetzt.<sup>62</sup> Die Hagia Sophia, das einstige Juwel byzantinischer Baukunst und unter den Osmanen zur Moschee umgewandelt, ließ der Staatspräsident demonstrativ in ein Museum umwandeln.<sup>63</sup> Der Bruch mit der osmanischen Tradition hätte nicht größer sein können. Bei seinen Anhängern traf diese Reformpolitik auf solche Begeisterung,



Mustafa Kemal Pascha, genannt Atatürk, war 1923-38 Präsident der neu gegründeten türkischen Republik. Sein Kurs der Modernisierung und Europäisierung zeigt sich auch an seiner eigenen Kleidung, hier mit Frack und Zylinder.

dass sie Mustafa Kemal den Ehrentitel Atatürk – „Vater der Türken“ – verliehen. Republikanisch und modern gesinnte Türken verehren ihn oft bis heute in einem regelrechten Personenkult. In den nur 15 Jahren seiner Präsidentschaft, von 1923 bis 1938, hatte Atatürk das Leben seiner Bürger komplett umgekrempelt, die streng-islamischen Werte des osmanischen Reiches gehörten der Vergangenheit an. Außenpolitisch strebte Atatürk nach einem Ausgleich mit den einstigen Siegerstaaten sowie den führenden Mächten der Region: Abkommen und Freundschaftsverträge mit Frankreich, Persien (dem heutigen Iran), der Sowjetunion und sogar mit dem einst verhassten Griechenland wurden geschlossen.<sup>64</sup> Doch seine Politik war auch umstritten: Die Stützen des neuen Systems waren v. a. Offiziere, Intellektuelle und Angehörige der freien Berufe – eine Elite, die wie der Staatsgründer Atatürk selbst in den Genuss moderner westlicher Bildung gekommen war. Für weite Teile der ländlichen Bevölkerung Anatoliens und der übriggebliebenen osmanischen Führungsschicht waren weiterhin die Religion und traditionelle islamische Werte prägend.<sup>65</sup> Atatürk musste deswegen seine laizistischen Reformen, die Staat und Religion trennten, mit autoritären Maßnahmen gegen große Widerstände durchsetzen. Seine Anhänger und Verbündeten sammelte er in der Republikanischen Volkspartei (CHP),<sup>66</sup> die noch heute existiert und der wichtigste Gegenspieler Erdogans ist.

Nach Atatürks Tod wurde sein Weggefährte İsmet İnönü der Nachfolger im Präsidentenamt. Ihm gelang es, sich aus dem Zweiten Weltkrieg weitestgehend herauszuhalten – hier hatte man die Lektion aus den Fehlern der osmanischen Vergangenheit offenbar gelernt. Nach Kriegsende lehnte sich die Türkei eng an die Westmächte an und trat 1952 der NATO bei. Freie Wahlen

wurden zugelassen und die Wirtschaft liberalisiert, eine allmählich beginnende Industrialisierung und der Bildungsaufstieg größerer Teile der Bevölkerung waren Kennzeichen dieser Periode.<sup>67</sup>

## **Islamische Kräfte erobern die Republik zurück**

Seit den 60er Jahren jedoch nutzten extremistische Bewegungen die demokratische Öffnung des Landes immer erfolgreicher aus: Mit dem Aufstieg ultranationalistischer und radikal-islamischer Bewegungen<sup>68</sup> zeigte sich, dass erhebliche Teile der türkischen Bevölkerung von den modernen Reformen Atatürks und seiner Nachfolger nichts hielten, sondern sich nach einem streng-islamischen System und der glanzvollen osmanischen Vergangenheit zurücksehnten. Das Militär, eine der Stützen der Republik, griff nun vermehrt in die Politik ein, um das Erbe des Staatsgründers Atatürk zu retten. Die immer schwächeren Präsidenten machten den radikalen Kräften Zugeständnisse, so etwa mit der Invasion Zyperns im Jahr 1974. Seitdem ist die nördliche Hälfte der Insel von türkischen Truppen besetzt, was bis heute die Beziehungen zur EU belastet. Doch die Radikalen fühlten sich durch die Nachgiebigkeit ihrer Gegner umso mehr ermuntert: Instabilität, häufige Regierungswechsel, Terroranschläge extremistischer Gruppen sowie wirtschaftliche Probleme prägten die folgenden Jahre. 1980 kam es zu einem Militärputsch und blutigen politischen Säuberungen unter General Kenan Evren.<sup>69</sup>

Seit den 1980er Jahren erschütterte außerdem der Konflikt mit den Kurden den türkischen Staat immer heftiger. Unter ihrem Anführer Abdullah Öcalan kämpfte die kurdische Arbeiterpartei PKK für einen unabhängigen Staat auf dem Gebiet der östlichen

Türkei. Das Militär reagierte auf die kurdischen Terrorakte mit äußerster Brutalität. 40.000 Tote und 3.000 zerstörte Dörfer sind das Ergebnis der jahrzehntelangen Anschläge und Massaker.<sup>70</sup> Bis in unsere Zeit fordern die Konflikte zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Minderheit im Osten des Landes weitere Tote.

Nachdem das Militär Teile der politischen Macht wieder abgegeben hatte, waren die 90er Jahre durch den weiteren Aufstieg radikal-islamischer Kräfte geprägt. Unter dem Präsidenten Necmettin Erbakan kam es ab 1996 zum Versuch, das Bildungswesen zu islamisieren, indem die streng-religiösen Imam-Hatip-Schulen dem staatlichen Bildungswesen gleichgestellt wurden. Seine Macht war zwar nicht von Dauer, doch aus demselben fundamentalistischen Milieu ging schließlich die heute regierende AKP des Präsidenten Erdoğan hervor.<sup>71</sup> Seit dem Erdrutschsieg der Partei im Jahr 2002 bestimmen damit seit fast zwei Jahrzehnten wieder streng-islamische Kräfte die Geschicke des Landes. Erdoğan, zunächst Ministerpräsident, heute Staatspräsident der Türkei, räumt seitdem das Erbe Atatürks beiseite. Sein Vorbild ist nicht die moderne, westlich orientierte Republik mit ihrer Trennung von Staat und Religion, sondern das vor einem Jahrhundert untergegangene Osmanische Reich.

## 2.

# Erdoğans Machtpolitik im Zeichen des Fundamentalismus

### Mit Ehrgeiz zum politischen Aufstieg

Recep Tayyip Erdoğan, geboren 1954, stammt – wie er selbst sagt – aus einfachen Verhältnissen. Seine Eltern waren aus dem rückständigen Osten der Türkei nach Istanbul zugewandert und schickten ihn auf eine İmam-Hatip-Schule. Diese Art von Oberschulen oder Gymnasien dienten ursprünglich der Ausbildung von Imamen und legen auch heute ihren Schwerpunkt auf religiöse Fächer. In der damals noch sehr weltlich geprägten Türkei fristeten solche Schulen eher ein Randdasein, doch der junge Recep fand dort ein streng-religiöses Milieu vor, in dem er sich offenbar zu Hause fühlte. So machte er sich bald einen Namen als strenggläubiger Muslim und bekam aufgrund seiner ausgiebigen Lektüre der heiligen Schrift den Spitznamen „Koran-Nachtigall“. Er schloss mit einem Fachabitur ab, das normalerweise die Laufbahn für Imame begründet.<sup>1</sup> Allerdings soll er sich letztlich für ein Studium der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften entschieden haben, so beschreibt er es selbst. In den letzten Jahren mehrten sich allerdings Zweifel an seinem akademischen Abschluss, u. a. weil das entsprechende Institut erst 1982 gegründet wurde, also ein Jahr nach Erdoğan's vermeintlichem Diplom.<sup>2</sup>



In den 70er bis 90er Jahren war er Mitglied mehrerer fundamentalistischer Parteien, u. a. der von Necmettin Erbakan gegründeten Nationalen Heilspartei (MSP) und später der sogenannten Wohlfahrtspartei. Das Milieu der streng-islamischen Binnenmigranten war es denn auch, das ihm 1994 den Überraschungserfolg bei der Wahl zum Oberbürgermeister Istanbuls, der größten türkischen Stadt, verschaffte: Die zuvor recht westlich ausgerichtete Metropole mit fast europäischem Flair nahm durch die vielen traditionell eingestellten Einwanderer aus dem Osten der Türkei eine zunehmend andere Gestalt an. Und Erdoğan gab dieser Veränderung nicht nur ein Gesicht, sondern beschleunigte sie noch: Der bekennende Scharia-Anhänger verbot den Alkoholausschank in städtischen Cafés, richtete gesonderte Schwimmbäder für Frauen und getrennte Schulbusse für Jungen und Mädchen ein. Doch man darf seinen Erfolg und seine Beliebtheit nicht allein auf solche Maßnahmen zurückführen. Erdoğan erwies sich auch als tüchtiger Verwalter und verbesserte die öffentlichen Dienste der schwer zu zähmenden Millionenstadt.<sup>3</sup>

Erdoğan und seine Unterstützer hatten einen rein funktionalen Begriff von Demokratie: Erdoğan selbst sprach in jenen Jahren mehrmals ganz offen darüber, dass für ihn die Demokratie nur Mittel zum Zweck sei. Besonders martialisch drückte er die Ziele seiner Bewegung 1997 aus:

*„Die Moscheen sind unsere Kasernen,  
die Minarette unsere Bajonette,  
die Kuppeln unsere Helme  
und die Gläubigen unsere Soldaten.“<sup>4</sup>*

Erdoğan zitierte mit diesen Worten aus einem Gedicht des gleichgesinnten Schriftstellers Ziya Gökalp und fügte in aller Deutlichkeit hinzu: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufspringen, bis wir am Ziel sind.“<sup>5</sup> Das ging der immer noch säkular eingestellten Elite des Landes dann doch zu weit. 1998 wurde die Wohlfahrtspartei wegen dschihadistischer Tendenzen verboten. Erdoğan sowie sein Mentor Erbakan erhielten politische Betätigungsverbote, Erdoğan selbst musste sogar eine Haftstrafe antreten.<sup>6</sup> Noch einmal hatten die säkularen, kemalistischen Kräfte sich gegen den Einfluss des Islamismus gestemmt und einen Erfolg gegen die immer stärkeren, immer dreister auftretenden Fundamentalisten errungen. Doch es sollte kein Sieg von Dauer sein.

Nach seiner Haftentlassung und einer gescheiterten Parteigründung gelang es dem ambitionierten Strategen schließlich doch, eine dauerhafte politische Plattform zu schaffen: In der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) sammelte er ab 2001 alles ein, was in der islamistischen Szene Rang und Namen hatte: Neben der alten Garde der aufgelösten Tugendpartei, darunter dem späteren Staatspräsidenten Abdullah Gül, gehörten dazu auch Anhänger des fundamentalistischen Predigers und Medienmoguls Fetullah Gülen, der ein Netzwerk tausender Privatschulen, Universitäten und Kindergärten im ganzen Land errichtet hatte. Dazu kamen noch einige wirtschaftsliberale und nationalistische Politiker, die eine breite Verankerung der AKP in der türkischen Mittelschicht garantieren sollten. Mit dieser Formation errang Erdoğan nur ein Jahr nach Gründung einen fulminanten Wahlsieg bei der türkischen Parlamentswahl. Erst nach einer Verfassungsänderung im Jahr 2003 konnte er selbst das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen, da für ihn weiterhin ein politisches Betätigungsverbot bestand.<sup>7</sup>

Schritt für Schritt drückte die AKP gegen den erbitterten Widerstand des Militärs und der kemalistischen Opposition dem Land ihren Stempel auf. Besonders das Bildungssystem mussten die Islamisten unter ihre Kontrolle bekommen, um die nachfolgenden Generationen für ihre Ziele zu gewinnen. Unermüdlich stritt man für die Abschaffung des Kopftuchverbots an Universitäten,<sup>8</sup> führte Arabisch, Koran und das Leben des Propheten Mohammed als neue Schulfächer ein und ermöglichte die Unterweisung im Koran sogar schon für Kleinkinder ab drei Jahren. Die Rolle der streng-religiösen Imam-Hatip-Schulen wurde erheblich ausgebaut und ihre Abschlüsse denjenigen der regulären Gymnasien gleichgesetzt.<sup>9</sup> Mehrere Reformen im Justizsystem stärkten die Rolle der Regierung, u. a. wurden Zensurbefugnisse für den Ministerpräsidenten geschaffen und ein Antiterrorgesetz verabschiedet, das seit 2013 die Verfolgung von Politikern und kritischen Journalisten erlaubt. Auch das immer noch säkular eingestellte Militär wurde in seinem Einfluss beschnitten, u. a. wurden ihm Sitze im Nationalen Sicherheitsrat entzogen.

Westliche Politiker und Journalisten sahen in dieser Entwicklung jedoch lange Zeit kein Problem. Im Gegenteil: Das Zurückdrängen des säkularen Militärs aus wichtigen staatlichen Positionen wurde sogar positiv gesehen.<sup>10</sup> Als vielleicht eindrucklichstes Beispiel für die Begeisterung, die Erdoğan's Politik damals in der EU und Deutschland entfachte, erhielt er im Jahr 2004 aus den Händen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder in Berlin den Preis als „Europäer des Jahres“. Schröder lobte den türkischen Islamisten als „großen Reformpolitiker“ und stellte ihm den EU-Beitritt in Aussicht.<sup>11</sup> Daher konnte die AKP den Ausbau ihrer Macht auch mit der Annäherung an die EU rechtfertigen. Die zeitweilige Abschaffung der Todesstrafe und die Grün-

derung eines Senders in kurdischer Sprache wurden ebenfalls als Entgegenkommen Erdoğan interpretiert. Dazu trugen auch eine zunächst auf Ausgleich bedachte Außenpolitik sowie wirtschaftsliberale Reformmaßnahmen bei. Als Belohnung wurden ab 2005 die EU-Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Auf warnende Stimmen hörte man nicht, so dass die AKP-Regierung nun in den Genuss mehrerer Milliarden Euro an „Heranführungshilfen“ aus den Händen der europäischen Steuerzahler kam, während sie Schritt für Schritt die Türkei weiter islamisierte.



Recep Tayyip Erdoğan wird im Jahr 2004 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder mit einer goldenen Quadriga geehrt. Viele europäische Politiker hofierten den Islamisten und priesen ihn als visionären Reformier.

Bis Ende der 2000er Jahre war es Erdoğan gelungen, mit der AKP eine funktionierende Machtmaschinerie zu errichten und in

mehreren Wahlsiegen auf allen Ebenen den Einfluss seiner islamistischen Bewegung auszubauen. Die säkularen Kräfte drängte er aus dem Bildungssystem heraus und machte dem weiterhin argwöhnischen Militär seine dominierende Stellung im Staat streitig. Die Beitrittsverhandlungen mit der EU führten zu einem erheblichen Gewinn an internationalem Ansehen und füllten nicht zuletzt die Kassen des neuen Regimes mit europäischen Geldern. Ein Wirtschaftsaufschwung ließ auch die anfängliche Skepsis der türkischen Mittelschicht schwinden, so dass Erdoğan im In- und Ausland als Hoffnungsträger einer neuen Zeit galt. Dies hat nicht zuletzt auch mit außenpolitischen Ambitionen zu tun.

## **Die Türkei als Großmacht des 21. Jahrhunderts?**

Schon seit den 1950er Jahren gilt die Türkei als wichtiger Außenposten der NATO, damals natürlich auch bedingt durch die geographische Nähe zur Sowjetunion. Und auch aktuell stellt die Türkei mit fast 600.000 aktiven Soldaten<sup>12</sup> das zweitstärkste Kontingent im westlichen Verteidigungsbündnis, nach den USA, aber deutlich vor Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich.<sup>13</sup> Mit dieser militärischen Stärke und dem zunehmenden Wirtschaftsaufschwung im Rücken konnte Erdoğan hochfliegende Pläne für eine Vormachtstellung der Türkei im Nahen Osten entwickeln. Sie ruhen auf zwei Pfeilern:

Der erste ist das Streben nach einer Einheit aller Turkvölker, das man auch als *Panturkismus* bezeichnet. Dieses pantürkische Konzept hat den Vorteil, dass es auch säkularen Kräften vermittelbar ist, da seine Gemeinsamkeit nicht auf Religion, sondern auf

der ähnlichen Sprache, Kultur und Ethnie beruht. Neben den Türken würde das zunächst die eng verwandten Aserbajdschaner mit einschließen, dazu die zentralasiatischen Nationen der Kasachen, Usbeken, Turkmenen, Kirgisen und Uiguren. Wir erinnern uns: Die Türken stammten ursprünglich aus Zentralasien, bevor sie ihren Eroberungszug nach Westen antraten und ihr heutiges Siedlungsgebiet einnahmen. Außer im Falle der Aserbajdschaner krankt das Konzept allerdings daran, dass alle anderen Turkvölker verhältnismäßig weit entfernt leben und der mächtige Iran wie ein Riegel zwischen ihnen und der Türkei liegt. Die islamischen Uiguren leben sogar in China und sind damit unerreichbar für Erdoğan's Ambitionen, obwohl er sich regelmäßig als deren Schutzherr präsentiert.<sup>14</sup> Daher kam es nur im Falle des kleinen Aserbajdschan zu einer wirklich tiefgreifenden Annäherung.<sup>15</sup> Die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken haben hingegen in Russland ihren traditionellen Partner.<sup>16</sup>

Wichtiger für die türkischen Pläne – und auch eher eine Herzensangelegenheit Erdoğan's – ist der zweite Pfeiler, der sogenannte *Neo-Osmanismus*. Wie der Name vermuten lässt, beruht er auf einer Anknüpfung an die Größe des Osmanischen Weltreiches, das sich über drei Kontinente erstreckte, und auf der Erinnerung an den Glanz der Sultane als Oberhäupter der Muslime. Auch wenn Erdoğan mit Sätzen wie „Wir werden nicht Gefangene auf 780.000 Quadratkilometern sein“, eine etwas martialische Sprache anklängen lässt,<sup>17</sup> so ist er doch Realist genug, um nicht den Fehler zu begehen, einen großangelegten Rückeroberungskrieg vom Zaun zu brechen. Vielmehr versucht er ein Geflecht aus wirtschaftlichen, diplomatischen, kulturellen und militärischen Abhängigkeiten zu errichten, das den Einfluss der Türkei auf ihre Nachbarn und einstigen Untertanen schrittweise erhöht. Allmählich soll die Tür-

kei so als Vormacht im Nahen Osten und auf dem Balkan etabliert werden<sup>18</sup> – und wer weiß, ob sich in diesem Zuge nicht doch auch günstige Gelegenheiten für Gebietsgewinne ergeben? Um die Sympathien islamistisch gesinnter Araber zu gewinnen, setzt Erdoğan verstärkt auf die ihm ideologisch nahestehende Muslimbruderschaft. Deren Ursprünge liegen im Ägypten der 1920er Jahre, wo sie auch heute noch besonders stark ist. Mittlerweile ist die islamistische Bewegung aber auf der ganzen Welt als Betreiber von Moscheen, Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten tätig und auch in Deutschland aktiv.<sup>19</sup> Ihr Ziel ist die Errichtung einer islamischen Ordnung auf Grundlage der Scharia. Sie bevorzugt eine langsame Unterwanderung der Gesellschaft, aber bestimmte Zweige sind durchaus auch zu gewalttätigen und terroristischen Handlungen bereit: So gab es mehrere Attentate auf ägyptische Staatsführer, weshalb die Bruderschaft jahrzehntelang verboten war und nur im Untergrund wirken konnte.<sup>20</sup> Auch die palästinensische Terrororganisation Hamas gilt als Ableger der Muslimbrüder und Erdoğan verheimlicht seine Sympathie ihr gegenüber kaum.<sup>21</sup> Es gibt sogar Berichte über eine verdeckte Finanzierung der Hamas aus türkischen Quellen.<sup>22</sup>

Die eigentliche Stunde der Muslimbruderschaft schlug jedoch mit dem sogenannten Arabischen Frühling: Von westlichen Medien und Organisationen als angebliche Demokratiebewegung gepriesen,<sup>23</sup> zeigte sich bald schon das wahre Gesicht der Aufstände, die ab 2010 die arabische Welt erschütterten. Die jahrzehntelange Aufbauarbeit der Muslimbrüder trug nun ihre Früchte: In Ägypten triumphierten sie mit ihrem Kandidaten Mohammed Mursi in den ersten freien Wahlen der Geschichte,<sup>24</sup> in Tunesien setzte sich der örtliche Ableger der Muslimbrüder, die sogenannte Ennahda-Partei durch.<sup>25</sup> In Libyen<sup>26</sup> und auch in

Jordanien<sup>27</sup> wurde die Aufstandsbewegung von der Muslimbruderschaft angeführt. Insbesondere in Ägypten und Libyen konnte bzw. kann sich die Bewegung auf Erdoğan's Rückendeckung verlassen: Die Türkei zählte zu den Hauptunterstützern der islamistischen Regierung Libyens unter Fajis al-Sarradsch,<sup>28</sup> auch pflegte Erdoğan zu Mohammed Mursis Ägypten ausgezeichnete Beziehungen, ja sogar im weit entfernten Marokko sehen die dortigen Muslimbrüder die türkische AKP als Vorbild an.<sup>29</sup>



Erdoğan zeigt den sogenannten Rabia-Gruß, ein Erkennungszeichen der Muslimbruderschaft, um seine Solidarität mit der radikal-islamischen Bewegung auszudrücken.

Der Arabische Frühling war für Erdoğan's neo-osmanisches Projekt also eine gewaltige Chance – und er ließ sie sich nicht entgehen, wie seine zunehmend aggressive Einflussnahme im östlichen Mittelmeerraum zeigt. Neben der ideologischen Nähe zu den Muslimbrüdern sind es allerdings auch ganz handfeste



wirtschaftliche Interessen, die das Engagement der Türkei dort begründen. Die reichen Gas- und Ölvorkommen des Landes locken Ankara mindestens ebenso sehr wie die Aussicht auf einen islamistischen Außenposten. Die Türken geraten dabei regelmäßig mit saudischen, israelischen und griechischen Interessen aneinander.<sup>30</sup>

## **Großmachtstreben an der Schwelle zum Krieg**

Der Höhepunkt in Ankaras Interventionspolitik zeigte sich allerdings erst in Syrien. Anders als in Ägypten, Libyen und Tunesien gelang es der sunnitisch-islamistischen Widerstandsbewegung dort nicht, den Machthaber Assad zu stürzen und die Scharia an die Stelle seiner säkularen Diktatur zu setzen. Stattdessen versank das Land in einem jahrelangen blutigen Bürgerkrieg, der sich zugleich zu einem regionalen Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien (aufseiten der Aufständischen) und dem Iran (aufseiten Assads) auswuchs. Schließlich wurde durch amerikanische und russische Interventionen aus dem Bürgerkrieg ein globaler Konflikt. Der ständige Zustrom an ausländischen Kämpfern und Kapital lässt diesen Konflikt bis heute nicht zur Ruhe kommen. Beide Seiten nutzen sich seitdem in einem zähen Erschöpfungskrieg ab. Die Türkei konnte den dramatischen Entwicklungen in ihrem südlichen Nachbarland dabei nicht tatenlos zusehen. Obwohl Erdoğan zuvor recht gute Beziehungen zum Assad-Regime gepflegt hatte, schlug er sich ab 2012 voll und ganz auf die Seite der sunnitisch-islamistischen Aufständischen: Nicht nur wurden Kämpfer der sogenannten Freien Syrischen Armee ganz offiziell von der Türkei ausgebildet,<sup>31</sup> sogar islamistische Terroristen wie der Islamische Staat (IS), die Al-Nusra-Front (die syrische Version

des internationalen Terrornetzwerks Al-Kaida) und Dschaisch-al-Fatah konnten offenbar jahrelang ungehindert über die türkische Grenze nach Syrien einsickern, erhielten türkische Waffen über inoffizielle Kanäle<sup>32</sup> und nutzten die Türkei als Rückzugsgebiet für ihren Kampf gegen Assad.<sup>33</sup>

Erdoğan verfolgte dabei zwei Interessen: Einerseits ging es um den Ausbau der türkischen Machtposition in der Levante, d. h. den Küstengebieten am östlichen Mittelmeer – und eine ideologisch verwandte, sunnitisch-islamistische Regierung in Damaskus würde dem sehr entgegenkommen. Andererseits sollte die kurdische Minderheit, die auf beiden Seiten der türkisch-syrischen Grenze lebt, niedergehalten werden. Die Kurden im Norden Syriens, mit besten Beziehungen zur Terrororganisation PKK in der Türkei, nutzten nämlich das Chaos des Bürgerkriegs aus, um sich selbst zu bewaffnen, und schienen lange als lachende Dritte aus dem Konflikt hervorzugehen. Erdoğan musste also befürchten, dass die kurdische Rebellion auf sein eigenes Land übergriff, in dem der Großteil der Kurden lebt. Ab 2015 verschlechterte sich die Situation aus türkischer Sicht, weil die Russen verstärkt auf Assads Seite eingriffen, die Islamisten zurückdrängten und sich die kurdischen PKK-nahen Kräfte in ihrem Windschatten immer mehr ausbreiteten. Um ein Haar wäre es sogar zu einem türkisch-russischen Krieg gekommen, nachdem die Türken einen russischen Kampfjet im syrischen Grenzgebiet abgeschossen hatten.<sup>34</sup> Doch es folgte nur eine diplomatische Eiszeit zwischen beiden Ländern. Allmählich musste der türkische Staatsführer einsehen, dass an den erstarkenden Russen kein Weg vorbeiführte und er bewegte sich notgedrungen auf seinen einstigen Gegner zu. Mit russischer Duldung ließ Erdoğan in bisher drei Offensiven türkische Bodentruppen nach Nordsyrien einmarschieren, um das

kurdische Staatsbildungsprojekt im Keim zu ersticken. Viele Beobachter bewerten diese Besetzung syrischen Staatsgebiets als völkerrechtswidrig,<sup>35</sup> doch noch Anfang 2023 standen die türkischen Truppen dort. Seit dem Ukrainekrieg sinkt die Präsenz russischer Truppen in Syrien, die nun weiter nördlich dringender gebraucht werden – damit steigt das Risiko einer erneuten türkischen Bodenoffensive mit unabsehbaren Folgen für die Region.<sup>36</sup>

Seine Ziele in Syrien konnte der türkische Präsident nur zum Teil erreichen. Das Assad-Regime ist dank russischer und iranischer Unterstützung – und zum Ärger der türkischen Regierung – wieder weitestgehend stabilisiert, die islamistischen Rebellen halten nur noch einen schmalen Grenzstreifen um die Stadt Idlib. Dennoch gelang es Erdoğan immerhin, die Kurden im Norden Syriens daran zu hindern, einen eigenen Staat zu gründen, den die Türkei sonst als ernsthafte Bedrohung ihrer territorialen Integrität ansehen würde. Doch durch ihre Eingriffe zugunsten der syrischen Islamisten hat die Türkei erheblich an internationalem Ansehen eingebüßt. Die wankelmütige Politik gegenüber den Russen und Iranern, die bald als Gegner, bald als halbe Verbündete betrachtet wurden, nährt Zweifel an der Zuverlässigkeit Erdogāns.

Nicht zuletzt ist der Preis des Bürgerkriegs, der eben auch durch türkische Interventionen und Waffenlieferungen befeuert wurde, für die türkische Gesellschaft hoch: Zahllose syrische Flüchtlinge strömten seit 2012 in die Türkei, Ende 2021 waren es rund 3,6 Millionen.<sup>37</sup> Auch die hohe Geburtenrate trägt zum Anstieg der syrischen Minderheit bei. So sollen seit 2015 über 450.000 syrische Kinder in der Türkei geboren worden sein. Nur ein Teil lebt in den von den UN betriebenen Lagern. Der Rest verteilt

sich v. a. in der südöstlichen Türkei: So hat die Provinz Kilis in der Nähe zur Grenze bereits einen Flüchtlingsanteil von 75 Prozent.<sup>38</sup> Diese Syrer sorgen in der Regel für sich selbst und haben sich auf dem Arbeitsmarkt weitgehend integriert. Ihre Rückkehrbereitschaft sinkt allerdings stark mit zunehmender Aufenthaltsdauer.<sup>39</sup>

Lagerübergreifend zeigt sich eine stark steigende Unzufriedenheit mit den syrischen Gästen, v. a. in ökonomischer Hinsicht. Die kulturelle Nähe und der mehrheitlich islamische Glaube sorgen zwar dafür, dass sich Syrer in der Türkei weitaus leichter integrieren als beispielsweise in Europa, aber steigende Lebensmittelpreise, Schwarzarbeit und – damit verbunden – fallende Löhne gefährden zunehmend die wirtschaftliche Situation der Einheimischen.<sup>40</sup>

Obwohl Erdoğan als Schutzherr der syrischen Flüchtlinge gilt, gerät er deshalb durch die türkische Opposition zunehmend unter Druck.<sup>41</sup> Ein besonders bequemes Ventil bot sich in den Jahren 2015 und 2016, als immer mehr Flüchtlinge in Richtung Europa – vornehmlich nach Deutschland, Schweden und Österreich – weiterzogen, weil ihnen der Lebensstandard in der Türkei nicht ausreichte. Wohlgermerkt waren das nicht nur Syrer, sondern auch viele Afghanen, Iraner und Nordafrikaner, von denen sich viele als Syrer ausgaben, um ihre Asylchancen zu erhöhen. Die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel tat Erdoğan mit ihrer Aufnahmebereitschaft daher einen großen Gefallen. Die millionenfache Einreise nach Europa rettete zwar keinem einzigen Syrer das Leben – in der Türkei herrscht bekanntlich kein Krieg –, aber sie erleichterte den türkischen Präsidenten um eine unangenehme Last.

Und Merkel gab ihm eine mächtige Waffe in die Hand: Das Ausmaß an Planlosigkeit und Ignoranz, das sich hinter dem „Wir schaffen das“ und „Jetzt sind sie halt da“ der Bundeskanzlerin verbirgt, offenbarte ihre Schwäche gegenüber Erpressungsversuchen aus Ankara. Angesichts der Hunderttausenden, die ab Herbst 2015 Monat für Monat über die Grenze strömten, bröckelte der Rückhalt Merkels in der deutschen Bevölkerung und auch in der eigenen Partei. Der extreme Handlungsdruck führte dazu, dass die Bundeskanzlerin mit dem türkischen Präsidenten das sogenannte Türkei-Abkommen schloss. Da das politische Europa es versäumt hatte, für den Schutz der eigenen Außengrenzen aufzukommen, musste nun Erdoğan als Türwächter die Massen vom Grenzübertritt abhalten, was er sich gebührend bezahlen ließ: U. a. wurden ihm die Visafreiheit für türkische Staatsbürger und die Beschleunigung der EU-Beitrittsverhandlungen versprochen. Zudem wurden bis 2020 sechs Milliarden Euro Hilfsgelder an die Türkei für die sich dort aufhaltenden Flüchtlingen gezahlt.<sup>42</sup> Dabei ist der Grundgedanke des Abkommens nicht falsch: Dass illegale Migranten aus Griechenland in die Türkei zurückbefördert werden, ist zunächst sinnvoll und bedarf natürlich türkischer Zustimmung, die etwas kosten wird. Das Problem ist jedoch, dass es – erst zwei Jahrzehnte nach der Öffnung der europäischen Binnengrenzen mit dem Schengener Abkommen – in aller Eile zustande kam und im Detail entsprechend schlecht durchdacht war. So muss für jeden zurückbeförderten Migranten ein anderer Migrant aufgenommen werden, was natürlich das Ziel eines Grenzschutzes unterläuft. Zudem gibt es keinen völkerrechtlich bindenden, langfristig ausgelegten Vertrag mit klaren Regelungen. Damit sitzt Erdoğan praktisch am längeren Hebel, weil er den Preis beständig hochtreiben kann. Dementsprechend drohte er nach Abschluss des informellen Abkommens regelmäßig mit

dem Bruch, um sich jeweils neue Zugeständnisse zu erpressen.<sup>43</sup> Auf dieser wackeligen Basis kann der Schutz Europas vor einer neuen Einwanderungswelle nicht stehen. Denn unter den gegenwärtigen Umständen kann eine Laune des türkischen Staatspräsidenten eine neue Völkerwanderung nach Europa losstreiten.

Wie weit Erdoğan bereit ist zu gehen, zeigte sich im Februar und März 2020. Nachdem seine neuerlichen Forderungen an die EU unerhört blieben, öffnete er die Grenze zu Griechenland und schickte Migranten in Bussen an die Grenzübergänge. So baute er maximalen Druck auf. Bis zu 80.000 Migranten drängten innerhalb eines einzigen Wochenendes an die türkisch-griechische Landgrenze.<sup>44</sup> Die Bundesregierung unter Angela Merkel reagierte genauso, wie man es erwarten konnte: mit beschwichtigenden Worten und tatenlos.<sup>45</sup> Während sich spontane Zeltlager an der Grenze bildeten, Polizisten angegriffen und Grenzzäune demoliert wurden, war es in erster Linie dem hartnäckigen Einsatz der griechischen Sicherheitskräfte zu verdanken, dass ein neues „2015“ noch einmal abgewendet werden konnte.<sup>46</sup> Doch es bleibt dabei: Die Situation an der Grenze zur Türkei ist auch heute noch unvorhersehbar, der Schutz der Außengrenzen nicht gewährleistet. Erdoğan kann einen neuen Migrationsstrom wie eine Waffe gegen Europa einsetzen – und er wird es wieder tun, sobald es ihm günstig und nützlich erscheint. Das Reservoir an Migranten ist in der Türkei praktisch unerschöpflich und damit auch das Erpressungspotenzial.

## Säbelrasseln als Symptom der Krise?

Doch woran liegt es, dass Erdoğan die Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn mit derart feindseligen Handlungen aufs Spiel setzt? Zwar fallen die Reaktionen der Europäer regelmäßig hilflos und schwach aus, doch dies allein wäre nicht Grund genug. Vielmehr hat die Türkei nun schon seit Jahren mit gravierenden inneren und äußeren Problemen zu kämpfen. Auf den ersten Blick florierete das Land die letzten Jahre: Die Türkei wurde für Touristen immer beliebter,<sup>47</sup> das Pro-Kopf-Einkommen wuchs kontinuierlich,<sup>48</sup> die Armee gehört zu den stärksten der NATO und Erdoğans gigantischer neuer Präsidentenpalast<sup>49</sup> scheint ausdrücken zu wollen, dass der starke Mann am Bosphorus fester im Sattel sitzt denn je. Die inneren Konflikte sind aber nach wie vor immens: Ein Putschversuch des Militärs konnte 2016 zurückgeschlagen werden. Doch seitdem füllten sich die Gefängnisse mit tatsächlichen oder vermeintlichen Verschwörern.<sup>50</sup> Der einflussreiche fundamentalistische Prediger Gülen, einst Verbündeter der ersten Stunde, ist bei Erdoğan in Ungnade gefallen und muss im Exil in den USA leben, während seine Anhänger ebenfalls für den Putsch und allerlei Verschwörungen verantwortlich gemacht werden.<sup>51</sup> Korruptionsskandale um Erdoğans engste Vertraute schüren den Argwohn derer, die mit dem streng-islamischen Emporkömmling und seinen provinziellen Wurzeln ohnehin nie viel anfangen konnten.<sup>52</sup> Und auch der Kurdenkonflikt im Südosten der Türkei, der nicht nur das Land zu zerreißen droht, sondern auch viele Menschenleben kostet, flammt in regelmäßigen Abständen wieder auf.<sup>53</sup> Auf wirtschaftlicher Seite kommt die hohe Inflation hinzu, die das Vermögen der gerade erst angewachsenen Mittelschicht Jahr um Jahr entwertet.<sup>54</sup>

Auch außenpolitisch sind die hochfliegenden Pläne des türkischen Präsidenten zum größten Teil gescheitert: Im syrischen Debakel verprellte Erdoğan seine Verbündeten und konnte nur mit Mühe und russischer Unterstützung eine halbwegs gesichtswahrende Lösung finden – gewonnen hat er letztendlich kaum etwas und das Verhältnis zu Putin ist außerordentlich wechselhaft. Ägyptens Präsident Mursi, strenggläubiger Muslimbruder und einer der wichtigsten Pfeiler in Erdoğan's neo-osmanischer Strategie, wurde schon 2013 wieder vom Militär abgesetzt.<sup>55</sup> Die ebenfalls den Muslimbrüdern nahestehende, von der Türkei gedeckte libysche Regierung muss sich jahrelang mit einer militärisch gestützten Gegenregierung herumschlagen – wobei keine Seite stark genug war, das Patt zu beenden. Anfang 2021 wurde zwar eine Übergangsregierung gebildet, doch ihre Legitimation ist unklar und ihr Schicksal steht in Frage.<sup>56</sup> Die Ernennung einer Parallelregierung ein Jahr später im März 2022 verdeutlicht die instabile politische Lage.<sup>57</sup> Auch zu Israel und zum mächtigen Saudi-Arabien herrscht ein eher kühles Verhältnis.<sup>58</sup> Kurzum: Erdoğan hat außenpolitisch zu hoch gepokert, sein unberechenbarer Kurs seit dem „Arabischen Frühling“ hat jede Menge Porzellan zerschlagen. Von der einst angestrebten Vormachtstellung im östlichen Mittelmeerraum ist nur der kühne Traum geblieben.

Der Präsident reagiert auf die schwelende Krise mit zwei Rezepten. Zum einen, indem er seine persönliche Macht gezielt ausbaut, um es der Opposition so schwer wie möglich zu machen, ihn zu verdrängen: Das Verfassungsreferendum im Jahr 2017, das viele Kompetenzen in den Händen des Präsidenten bündelt, mobilisierte seine Anhänger im In- und Ausland.<sup>59</sup> Doch der knappe Ausgang<sup>60</sup> und die Verluste bei der Parlamentswahl 2018<sup>61</sup> zeigen, dass Erdoğan nicht mehr unumstritten ist. Politische Säü-



berungen unzuverlässiger Beamter<sup>62</sup> sollen Abhilfe schaffen. Aber auch der Justiz kann sich Erdogan offenbar ungeniert bedienen. Im Dezember 2022 wurde gegen den amtierenden Bürgermeister von Istanbul ein Politikverbot verhängt. Imamoglu galt spätestens seit 2019 als aussichtsreicher Herausforderer Erdogans. Damals gewann der zur Mitte-Links-Partei CHP gehörende und noch relativ unbekanntere Politiker in Istanbul die Wahl gegen Erdogans AKP und galt seitdem als möglicher Präsidentschaftskandidat für die Wahl in 2023. Die Begründung für das Verbot samt einer drohenden Haftstrafe – Beamtenbeleidigung – mutet unverhältnismäßig an. Kritiker sehen darin ein „politisch motiviertes Verfahren“ und einen „Rückschlag für die Demokratie.“<sup>63</sup>

Als zweites Mittel, um neue Popularität zu gewinnen, verstärkt der immer noch mächtige, wenn nun auch angeschlagene Mann am Bosphorus seine Aktivitäten an anderen Fronten, nachdem die Expansionspläne im Südosten gescheitert sind. Wenn das syrische Abenteuer und die Einmischung in Ägyptens und Libyens innere Angelegenheiten nicht das gewünschte Ergebnis liefern, dann wird vielleicht ein Konflikt mit Griechenland den lang ersehnten außenpolitischen Erfolg bringen.

Zwar ist man mit dem kleinen westlichen Nachbarn gemeinsam in der NATO organisiert, doch die Erinnerung an Jahrhunderte der Feindschaft und gegenseitigen Demütigungen haben ihre Spuren hinterlassen. Das Verhältnis war jedenfalls nie besonders herzlich und in der Erpressungsaktion aus dem Türkei-Abkommen im Jahr 2020 lag natürlich auch eine starke anti-griechische Komponente. Doch der Konflikt reicht, wie gesagt, tiefer und auch hier überlagern sich ideologische und wirtschaftliche Interessen. Entscheidend für die insbesondere seit 2018 zunehmende diploma-

tische Eiszeit zwischen Griechenland und der Türkei ist der Streit um einige ägäische Inseln, die von beiden Ländern beansprucht werden. Die Türkei fährt dabei eine Strategie der regelmäßigen Grenzverletzungen, um Griechenland zum Einlenken zu bewegen – und Erdoğan hat die ständigen Nadelstiche weiter verstärkt. Die Inseln sind auch deshalb wichtig, weil von ihnen die wirtschaftlichen Einflussgebiete im Mittelmeer abhängen. Die weltweit wachsende Nachfrage nach Erdgas macht es besonders lukrativ, den Konflikt um diese Inseln zu suchen, denn die Gasvorkommen, die in den letzten zehn Jahren im östlichen Mittelmeer entdeckt wurden, haben ein Volumen von mehreren Billionen Kubikmetern.<sup>64</sup> 2019 gründeten die Anrainerstaaten Griechenland, Zypern, Ägypten, Italien, Jordanien und Israel ein Forum zur Erkundung und Ausbeutung der Gasreserven. Die Türkei war aufgrund ihres spannungsgeladenen Verhältnisses zu einigen der Mitglieder nicht beteiligt.<sup>65</sup> Stattdessen versucht Erdoğan nun auf eigene Faust und mit brachialen Mitteln, an den Schatz im Meeresgrund heranzukommen. Während die Türken also griechische Patrouillenboote rammen, Grenzsoldaten festnehmen und Erkundungsschiffe blockieren,<sup>66</sup> reagiert das griechische Parlament mit einer einseitigen Ausweitung der eigenen Hoheitsgebiete.<sup>67</sup> Seit 2018 ist aus dem schwelenden ein offener Konflikt geworden, Kriegsdrohungen von türkischer Seite inklusive.<sup>68</sup> Die haben sich Ende 2022 konkretisiert, als Erdogan sich immer radikaler äußerte und in Richtung Athen indirekt mit dem Einsatz der Rakete „Tayfun“ drohte, sollte Griechenland „keine Ruhe geben“ und weiter versuchen, der Türkei „etwas wegzunehmen.“<sup>69</sup>

Da die Türkei an Bevölkerungszahl und militärischer Stärke überlegen ist und Erdoğan zudem immer die Migration als



Die türkischen Ansprüche im östlichen Mittelmeer überschneiden sich mit den „Ausschließlichen Wirtschaftszonen“ (AWZ) Griechenlands und Zyperns – ein Grund für die regelmäßigen türkischen Grenzverletzungen gegenüber dem westlichen Nachbarn.

Waffe gegen den westlichen Nachbarn einsetzen kann, ist Griechenland durch die türkischen Erpressungsversuche akut gefährdet. Der Mann am Bosphorus sitzt am längeren Hebel und wird diesen auch einsetzen, wenn er sich einen Erfolg davon verspricht. Der nächste Konflikt, der Erdoğan zumindest einen innenpolitischen Prestigegewinn verschaffen konnte, spielte sich zwischen den beiden östlichen Nachbarn Armenien und Aserbaidschan ab. Während das Verhältnis der Türken zu ihrem kleinen aserbaidischen Brudervolk sehr eng ist, sind die Armenier nach wie vor in

der Türkei nicht wohlgefallen: Der Völkermord an der christlichen Bevölkerung wird in der Türkei bis heute und bis in die höchsten Kreise offiziell geleugnet;<sup>70</sup> die verbliebene, mittlerweile winzige armenische Minderheit ist zahlreichen Schikanen ausgesetzt.<sup>71</sup> Als im Juli 2020 der lange eingefrorene Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um das Bergkarabach-Gebiet wieder aufflammte, war aus Sicht des türkischen Präsidenten klar, auf welcher Seite er sich positionieren würde: Nicht nur jubelte Erdoğan der aserbaidchanischen Aggression dankbar zu, er entsandte ab November auch türkische Truppen zur Überwachung des anschließenden Waffenstillstands, der sehr zugunsten der Aserbaidschaner ausfiel: Die armenischen Stellungen in Bergkarabach waren regelrecht überrannt worden, der größte Teil der traditionell christlichen Region musste an die Angreifer übergeben werden. Die gemeinsame Siegesparade in Baku feierte Erdoğan denn auch Seite an Seite mit seinem aserbaidchanischen Amtskollegen Alijew, wobei er sich zu einem besonders gehässigen Satz hinreißen ließ: Dies sei der Tag, an dem Enver Paschas Seele Frieden gefunden habe.<sup>72</sup> Wir erinnern uns: Enver Pascha war der Hauptverantwortliche für den Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich.

Was bleibt nun von Erdoğan's neo-osmanischen Plänen? Die Bilanz ist bisher ziemlich durchwachsen. In der arabischen Welt waren seine Versuche eine türkische Vormachtstellung aufzubauen, nicht erfolgreich: In Ägypten konnten sich die von ihm protegierten Muslimbrüder nur wenige Jahre halten, in Libyen bestehen nach wie vor unklare Verhältnisse und in Syrien herrscht weiterhin der vom Iran und Russland unterstützte Assad. Durch den Krieg zwischen der Ukraine und Russland hat Erdoğan Ende 2022 allerdings die Chance ergriffen, als Vermittler aufzutreten und so die Rolle der Türkei zu stärken. Er und Putin verkündeten, die Türkei

zum Drehkreuz für russische Öl- und Gaslieferungen zu machen, was wichtige Handelswege in den Nahen und Mittleren Osten sowie nach Afrika öffnet. Erdoğan kann sich so als wichtiger diplomatischer Akteur auf der weltpolitischen Bühne positionieren, der die Kriegsparteien zur Verhandlung bringen und die Region stabilisieren könnte.<sup>73</sup>

Der Vorstoß des aserbaidchanischen Verbündeten gegen Armenien war aus türkischer Sicht zwar erfolgreich, aber eher von symbolischem Wert. Nachdem der Großteil der christlichen Armenier bereits im letzten Jahrhundert von Türken ausgerottet oder vertrieben wurde, gibt es in dem schmalen Bergland, ohne Zugang zum Meer oder mächtige Verbündete, heute nicht mehr viel zu holen. Da die türkische Expansion nach Osten also an ihre Grenzen stößt, ist zu vermuten, dass sich Erdoğan wieder verstärkt dem Westen zuwenden wird.

Eine symbolträchtige Handlung des türkischen Präsidenten weist sehr wahrscheinlich in diese Richtung: Die Hagia Sophia, Meisterwerk der byzantinischen Baukunst und Perle des alten Konstantinopel, wurde am 24. Juli 2020 in einem bombastischen Staatsakt wieder in eine Moschee umgewandelt. Atatürk hatte in dem mächtigen Bauwerk mit wechselvoller Vergangenheit – als Kirche erbaut, dann von den Osmanen zur Reichsmoschee umgewandelt – einst ein Museum eröffnet. So wurde auch seine jahrtausendealte christliche Geschichte wieder sichtbar. Nun drehte Erdoğan das Ganze wieder um: Weltberühmte Mosaik, die Jesus und Maria darstellen, wurden abgedeckt, blaue Gebetsteppiche auf dem geschichtsträchtigen Boden ausgelegt und weiß gekleidete Imame rezitierten die Verse des Koran.<sup>74</sup> Dieser Akt war nicht nur eine Provokation gegenüber dem christlich geprägten Europa im All-

gemeinen, sondern wandte sich ganz speziell an den westlichen Nachbarn Griechenland. Denn für die Griechisch-Orthodoxe Kirche ist die Hagia Sophia so etwas wie der Petersdom für die Katholiken. Man muss davon ausgehen, dass der türkische Präsident dies bewusst als Teil einer Kampagne zur Einschüchterung Griechenlands angesetzt hat. Denn die Hagia Sophia ist kein Einzelfall: Nur wenige Wochen später folgte die Islamisierung der Istanbuler Chora-Kirche, ebenfalls ein berühmtes byzantinisches Bauwerk.<sup>75</sup> Man kann Erdoğan nicht vorwerfen, dass er mit seinen Absichten hinter dem Berg hält. Man muss aber der EU-Führung vorwerfen, dass sie sich nach wie vor weigert, diesen Wink mit dem Zaunpfahl auch nur zu registrieren!

Die steigenden Gaspreise werden den ohnehin bestehenden Streit der Türkei mit Griechenland umso mehr anheizen und haben sogar das Potenzial, die NATO zu zerreißen. Ob es zu einem Bedeutungsverlust oder mittelfristig zum Austritt eines der beiden Mitglieder kommen wird, lässt sich heute noch nicht sagen. In jedem Fall wird das Militärbündnis auch in Zukunft durch den türkisch-griechischen Konflikt auf die Probe gestellt. Die wirtschaftliche Lage der Türkei ist zudem durch den Corona-Ausbruch nicht besser geworden. Einen außenpolitischen Konflikt mit hohem Symbolwert vom Zaun zu brechen, um einen innenpolitischen Erfolg zu erringen – der türkische Präsident wäre nicht der erste, der dies auf einem solchen Weg verfolgen würde und es wäre auch nicht das erste Mal, dass Erdoğan einen solchen Weg wählt. Eine Region dürfte dabei ins Zentrum seiner Aufmerksamkeit geraten: Der Balkan – jahrhundertlang osmanisch beherrscht, heute politisch gespalten und das Einfallstor nach Europa. Wir werden uns im folgenden Kapitel genauer mit den Balkanländern auseinandersetzen und uns ansehen, welche Folgen eine türkische Einflussnahme dort hätte.

### 3.

## Der Balkan: Schlachtfeld der Zukunft?

### Migration als Waffe

Erdoğan träumt also nicht nur von einer neo-osmanischen Vormachtstellung,<sup>1</sup> er beginnt seine Expansionspläne nun auch schrittweise zu realisieren. An der Südgrenze besetzte er syrisches Staatsgebiet. Mit seiner militärischen Operation „Frühlingschild“ will er die türkischen Grenzen nach Süden ausweiten. Der angestrebte Sicherheitsstreifen mit einer Breite von 50 km und einer Länge von 300 km würde die Türkei praktisch um 1.500 Quadratkilometer erweitern. „Wir haben unsere Grenzen nicht freiwillig akzeptiert. Wir müssen wieder überall sein, wo unsere Ahnen waren“, erklärt Erdoğan schon seit Jahren ganz unverhohlen.<sup>3</sup>

Im Westen bereitet er den Vorstoß ins Herz Europas vor. In diese Richtung geht er nicht militärisch vor, sondern nutzt die Migration, um seine Ziele zu erreichen. Innerhalb weniger Tage hat er im März 2020 den Druck mithilfe von sogenannten Flüchtlingen an der griechischen Grenze massiv verstärkt, begleitet von kämpferischen Parolen Richtung Westen: „Es werden noch mehr werden! Bald wird man von Millionen sprechen!“,<sup>4</sup> so Erdoğan. Die Reaktion Europas: Wortreich, aber ratlos.

Für Bundeskanzlerin Merkel eine „inakzeptable Machtdemonstration“ auf dem Rücken von Flüchtlingen,<sup>5</sup> der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz warnt vor einer Wiederholung der Situation von 2015<sup>6</sup> und der niederländische Premier Rutte wollte nicht „mit dem Messer an der Kehle“ verhandeln.<sup>7</sup> Doch es folgten keinerlei Taten, niemand wies Erdoğan in seine Schranken. Auch die EU-Kommission schwieg. Erdoğan kennt die Schwächen der EU sehr genau. Er weiß auch, dass es Profiteure der illegalen Migration gibt,<sup>8</sup> die auf Nachschub angewiesen sind zum Erhalt ihrer Pfründe. Ob sie es wollen oder nicht – mit ihrem Einsatz für offene Grenzen und immer noch mehr Einwanderung spielen die abertausenden Aktivisten, „Flüchtlingshelfer“ und Stiftungsfunktionäre das Spiel des türkischen Präsidenten.



Illegale Einwanderer erstürmen einen provisorischen Grenzzaun an der griechisch-türkischen Grenze. Photo aus dem März 2020. Erdoğan setzt die Migration bewusst als Waffe gegen Europa ein, um Zugeständnisse von der EU-Politik zu erpressen.



Denn Erdoğan selbst kann mit dieser Erpressung gleich drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Er entlastet die Türkei, die durch fast vier Millionen syrische Flüchtlinge in den letzten Jahren wirtschaftlich unter Druck gekommen ist.<sup>9</sup> Wenn die eine oder andere Million davon weiter nach Europa zieht, würde es dieses Problem abmildern. Zweitens weiß die türkische Staatsführung, dass die EU selbst nicht in der Lage und vor allem nicht willens ist, sich die unerwünschten Einwanderer vom Leib zu halten.

Drittens hat er den Balkan, einst Teil des Osmanischen Reichs, fest im Blick. Erdogans Vorlieben, die Bezüge in seinen Reden, seine ständige Erinnerung an die vergangene Größe, an die osmanischen und türkischen Siege, sind hinlänglich bekannt.<sup>10</sup> Da muss ihm die einstige Niederlage vor Wien heute noch als Schmach vorkommen, die unbedingt, wenn auch sehr verspätet, gerächt werden muss. Er weiß, dass das militärisch nicht möglich ist. Sein Ziel ist es, Stützpunkte zu schaffen, um seinen Traum vom neo-osmanisches Reich zu verwirklichen. Ein Blick auf die Landkarte lässt erkennen, dass er im wesentlichen drei Handlungsoptionen hat:

1. die Aufwiegelung türkischstämmiger Bevölkerungsteile
2. religiöse Indoktrination und Vereinnahmung
3. wirtschaftliche und kulturelle Einflussnahme

Eine große türkische Minderheit oder generell ein erheblicher muslimischer Bevölkerungsanteil können – mit den richtigen Methoden bespielt – auf diese Art als Brückenkopf für die türkische Außenpolitik genutzt werden, so die Strategie in Ankara. Nicht umsonst drohte Erdoğan mit einer neuen Masseneinwanderung islamischer Migranten nach Europa.<sup>11</sup> Diese Flüchtlinge

und die Landsleute in der Diaspora könnten über den verbindenden Glauben von Ankara aus indoktriniert und gesteuert werden. Dazu hat die Türkei über ihre Religionsbehörde, über die wir noch näher sprechen werden, Europa und insbesondere Deutschland mit einem Netz an Moscheen überzogen. Den Diasporatürken und den geflüchteten Gläubigen will der türkische Präsident damit in der Fremde „eine Heimat schenken“. Auf dem Balkan will er „die Tore bis Wien öffnen für unsere Leute.“<sup>12</sup> In muslimisch dominierten Balkanstaaten wie Albanien, Bosnien und dem Kosovo betreibt Erdoğan eine strategisch angelegte, neo-osmanische Imperialpolitik: Ankara lässt in der gesamten Region gezielt Denkmäler und Moscheen restaurieren und neu erbauen, dazu muslimische Schulen, Universitäten und Studentenheime.<sup>13</sup> Nicht zufällig erinnert diese Situation an den früheren Konflikt zwischen dem Osmanischen Reich und seinen europäischen Gegnern. „Erdoğan betreibt eine brutale Machtpolitik mit der Migrationswaffe. Und wir in Brüssel haben dem wenig zu entgegen außer deutschem Geld“, räumt ein hochrangiger EU-Diplomat ein.<sup>14</sup> Geld, mit dem der frisch auftretende Sultan vom Bosphorus wieder eine Weile besänftigt wird. Die EU leidet an Ideenlosigkeit, ist sich ihrer eigenen außenpolitischen Ohnmacht voll bewusst und verdrängt deshalb die offensichtlichen Erkenntnisse. Man will die mittel- und langfristigen Ziele der Türkei nicht sehen, klammert sich stattdessen an Floskeln. Die rat- und hilflose EU lässt sich immer neue Milliarden abpressen und hofft auf deren politisches Wohlergehen. Werfen wir einen Blick auf die Balkanregion und schauen, wie weit Erdoğan seinen Weg nach Mitteleuropa bereits vorbereitet und welche Handlungsoptionen er dabei hat. Arbeiten wir uns von Süden nach Norden an die Pforten Wiens heran:



Gebiete mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung auf dem Balkan. Es wird ersichtlich, wo ein besonders großes Potenzial für eine türkische Beeinflussung der örtlichen Bewohner besteht. In Bulgarien sind zudem die meisten Muslime ethnische Türken.

## Albanien

Im Land der Skipetaren, wie sie sich selbst nennen, leben rund 3,1 Mio. Menschen von denen nur eine sehr kleine Minderheit türkischsprachig ist. Dennoch gehören fast 60 Prozent dem islamischen und nur 10 Prozent dem katholischen bzw. 7 Prozent dem orthodoxen Glauben an.<sup>15</sup>

Das Verhältnis zwischen beiden Ländern gilt als freundschaftlich. Seit dem Jahr 2000 unterhalten sie gute wirtschaftliche und militärische Beziehungen. Einig sind sie sich auch über die Rolle des Kosovo und unterstützten gemeinsam die Kosovo-Albaner bei ihrem Streben nach einem unabhängigen Staat. Seit den 90er Jahren wollen beide Länder der EU beitreten, daher überrascht es

nicht, dass die Türkei auch Albanien Beitritts-gesuch zur NATO befürwortete. Nach Aufnahme Albanien verbesserte sich ihr militärisches Verhältnis noch weiter.

Die Islamisierung Albanien ist ein wichtiger Pfeiler für die türkische Außenpolitik. Es werden gezielt islamische Institutionen gesponsert, Moscheen gebaut, u. a. 2018 die „Erdoğan-Moschee“ für 3.000 Gläubige in der Hauptstadt Tirana.<sup>16</sup> Das riesenhafte Bauwerk wurde über die türkische Religionsbehörde Diyanet finanziert.<sup>17</sup>

Da niemand diese religiösen Einrichtungen kontrolliert, können sich auch radikale Formen des Islam etablieren. Dazu der albanische Politikwissenschaftler Enri Hide: „Wir haben einige Moscheen, etwa in manchen Außenbezirken von Tirana, die klar unter dem Einfluss von radikalen Leuten stehen. Als einer der größten Brennpunkte gilt der Ort Cërrik, mit einer der am schnellsten wachsenden radikalen Entwicklung in Albanien. Oder das Dorf Rëmenj zum Beispiel, aus dem gleich neun Kämpfer zum IS gegangen sind. Die jungen Leute wurden aber nicht nur in Moscheen radikalisiert, sondern auch in anderen Einrichtungen, die nicht für religiöse Zwecke genutzt werden.“<sup>18</sup>

Geld fließt über die „Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Koordinierung“ (TIKA) nach Albanien, um dort ganz unterschiedliche Projekte zu finanzieren: an herausgehobener Stelle die Wiederherstellung osmanischer Moscheen, aber auch Infrastrukturprojekte.<sup>19</sup>

Trotz all dieser Wohltaten sehen viele Albaner Erdoğan's Aktivitäten mit gemischten Gefühlen: Nur etwa 40 Prozent betrachten

die Türkei als freundlich gesinnten Staat.<sup>20</sup> Selbst manche gläubigen Muslime kommen sich oft als Bauern auf dem türkischen Schachbrett vor. Seit Einführung der Visumfreiheit zwischen beiden Ländern<sup>21</sup> können ab Februar 2010 die Bürger beider Staaten das andere Land bis zu 90 Tage frei besuchen. Aus meiner Sicht eine gefährliche Situation für die EU. Sobald Albanien EU-Mitglied ist, wird sich dies als Einfallstor für die illegale Migration nach Europa erweisen.

Albanien ist seit 2014 Beitrittskandidat der EU. Trotz allgemein bekannter Probleme mit Korruption und organisierter Kriminalität forciert die EU-Kommission seine Aufnahme.

Am 12. Februar 2020 rückten Albanien und die Türkei noch einmal zusammen und unterzeichneten drei Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Führerscheinen, einen Studentenaustausch und die engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus.<sup>22</sup> Konflikte in den Beziehungen beider Länder gibt es nur wenige. So hat die Türkei darauf gedrängt, dass Tirana der Anerkennung Palästinas bei der UN-Versammlung zustimmt. Wichtiger für Erdoğan's Regierung war es aber, den Einfluss der türkischen Gülen-Bewegung, die sie als terroristische Organisation einstuft, in Albanien zu beenden und z. B. von Gülen betriebene Schulen zu schließen. Wobei die Albaner wenig tun, um dieser Bitte nachzukommen.<sup>23</sup>

Innerhalb der albanischen Gesellschaft gab es auch eine Debatte über Schulbücher: Einige pro-türkische Historiker forderten mit Nachdruck, Geschichtsbücher umzuschreiben, um ein besseres Bild von der osmanischen Vergangenheit entstehen zu lassen. Dagegen protestierten v. a. christlich orientierte Historiker und

forderten eine Entschuldigung für die einstige Unterwerfung Albaniens unter türkisch-islamische Fremdherrschaft.<sup>24</sup> Diese Thematik ist auch uns durchaus nicht unbekannt: Auch hier werden historische Fakten oft so verzerrt, dass die islamische Geschichte im politisch korrekten Sinne geschönt wird.

### **Fazit:**

Der hohe islamische Bevölkerungsanteil Albaniens kommt den türkischen Plänen sehr entgegen, deshalb betreibt Erdogan eine besonders aktive Kulturpolitik in dem Land. Ob er damit auch die Skeptiker unter den Albanern für sich gewinnen kann, muss die Zukunft zeigen. Außenpolitisch lehnt sich das Land bereits eng an die Türkei an und es spricht alles dafür, dass die Zusammenarbeit noch ausgebaut werden wird.

#### **Albanien in Kürze**

Einwohner:	ca. 3,1 Millionen
Muslime:	ca. 60%
Christen:	ca. 17%
NATO:	Mitglied seit 2009
EU:	Beitrittskandidat seit 2014

## **Nordmazedonien**

Bis 2019 hieß das Land nur „Mazedonien“. Von den 2,1 Mio. Einwohnern sind nur ca. 80.000 türkischer Abstammung. Allerdings ist der Anteil der Muslime mit etwa 33 Prozent ziemlich hoch<sup>25</sup> und liegt an vierter Stelle in Europa nach dem Ko-



Albanien ist mit seiner muslimischen Mehrheit und den traditionell guten Beziehungen ein geeigneter Außenposten für die türkische Balkanpolitik. Zu sehen ist eine Szene in der Hauptstadt Tirana mit osmanischer Moschee. Doch das Verhältnis ist vielschichtig, wie das Reiterstandbild zeigt: Es ehrt den Nationalhelden Skanderbeg, der auch gegen die Osmanen kämpfte

sovo, Albanien und Bosnien-Herzegowina. Erdoğan kann über die ethnische Zugehörigkeit also nur wenig erreichen. Deshalb versucht er die größte muslimische Gruppe, die zu Dreivierteln aus Albanern und etwa 13 Prozent Türken besteht, für sich zu gewinnen. Seit mehr als einem Jahrzehnt investiert Erdoğan in religiöse<sup>26</sup> und wirtschaftliche<sup>27</sup> Projekte. Erdoğan's langer Arm scheint auch bis weit in das politische System hineinzureichen: Vorwürfe, türkische Agenten würden albanische Minderheitsparteien unterwandern, werden wohl nicht ohne Grund regelmäßig erhoben.<sup>28</sup> Wer es in Mazedonien wagt, den türkischen Staatspräsidenten oder seine persönlichen Ambitionen zu kritisieren, wird oft von organisiert wirkenden Meuten im Internet als „islamophob“ und „Verräter“ angegriffen. Bisweilen führt der türkische Präsident sogar selbst Klagen gegen Kritiker im Internet.<sup>29</sup>

Die Türkei verfolgt eine kohärente Politik, die hauptsächlich auf zwei Säulen beruht: den muslimischen Gemeinschaften und den wirtschaftlichen Beziehungen. Im Land sind zwei Agenturen aktiv: die „Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Koordinierung“ (TIKA) und das „Yunus Emre-Institut“,<sup>30</sup> das Äquivalent zum deutschen Goethe-Institut. Das „TIKA-Institut“ rühmt sich – neben wirtschaftlichen Investitionen und kulturellen Projekten – für seine Krisenhilfe, so etwa bei der Corona-Bekämpfung.<sup>31</sup> Es unterhält ein Büro in Skopje und hat bis Ende 2017 fast 600 Projekte in Mazedonien abgeschlossen.<sup>32</sup> Türkische Unternehmer haben landesweit eigene Marken und Unternehmen gegründet. Nach Angaben der Weltbank beliefen sich die Exporte nach Mazedonien im Jahr 2016 auf 378 Millionen US-Dollar und die Importe auf 82,6 Millionen US-Dollar.<sup>33</sup> Bis 2014 hatte Mazedonien 1.952 Kirchen und



580 Moscheen.<sup>34</sup> Alleine im Zeitraum 2004 bis 2014 wurden 350 neue Moscheen gebaut.<sup>35</sup> Die islamische Gemeinschaft ist jedoch überzeugt, dass die Menge noch nicht ausreicht. Koranschulen sind in allen Regionen sehr aktiv. Auch wahhabistische Radikale verstärken ihren Einfluss. Kontinuierliche Wechsel bei den Imamen ermöglichen es radikalen Nachfolgern, die Macht zu übernehmen. Dass der Islamismus in Nordmazedonien offenbar auf dem Vormarsch ist, zeigte sich nicht zuletzt bei dem Terroranschlag in Wien am 2. November 2020, der von einem Angehörigen der albanischen Minderheit Nordmazedoniens ausgeübt wurde.<sup>36</sup>

Erdoğan geht aber noch weiter, um die islamischen Gebiete Mazedoniens für seine Sache zu gewinnen. Seine AKP unterstützt massiv die „BESA-Bewegung“,<sup>37</sup> eine politische Partei, die sich den Interessen der muslimischen Albaner verschrieben hat.

### **Fazit:**

In Nordmazedonien baut Erdoğan auf bestehende Strukturen auf und startet eigene neue Initiativen, um v. a. über die islamischen Minderheiten den Staat zu infiltrieren. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mit der Türkei könnte das kleine, innerlich zerrissene Land in starke Abhängigkeit bringen.

#### **Nordmazedonien in Kürze**

Einwohner:	ca. 2,1 Millionen
Muslime:	ca. 33%
Christen:	ca. 60%
NATO:	Mitglied seit 2020
EU:	Beitrittskandidat seit 2005

## Bulgarien

In Bulgarien leben nach der kontinuierlichen Auswanderung der letzten Jahre noch knapp 6,8 Millionen Einwohner – Stand 2021.<sup>38</sup>

Mit knapp über 11 Prozent weist das Land einen im europäischen Vergleich eher hohen islamischen Bevölkerungsanteil auf.<sup>39</sup> Die muslimische Gemeinschaft besteht aus Türken, muslimischen Roma und bulgarischen Muslimen, den sogenannten Pomaken. Aktuelle Daten zur Zahl türkischer Einwohner legen einen beachtlichen Anteil von 8 Prozent nahe.<sup>40</sup>

Bulgarien verfügt mit insgesamt 1.200 auch über die höchste Zahl an Moscheen in Europa und liegt damit dicht an den arabischen Ländern.<sup>41</sup> Und die Türkei unterstützte das lange Zeit aktiv: Beide Länder unterzeichneten 1998 ein Protokoll, nachdem die Türkei für die Löhne von Imamen und teilweise auch für die Unterhaltung von Moscheen und anderen religiösen Institutionen aufkommt.<sup>42</sup> 2012 hatte die Türkei alleine 12 Millionen US-Dollar für den Bau einer Moschee in der südbulgarischen Provinz Kardschali bereitgestellt, das teuerste regionale Bauprojekt.<sup>43</sup> Zunächst waren Pläne zur Finanzierung religiöser Institute und Restaurierung historischer Gebäude höchst willkommen, dann gab es aber Bedenken wegen des Einflusses auf soziale und politische Angelegenheiten Bulgariens, den die Türkei durchaus beansprucht.

Bei ihrem Versuch der stärkeren Einflussnahme stößt die Türkei also durchaus auch an ihre Grenzen, trotz der an sich förderlichen Rahmenbedingungen. Die Beziehungen zwischen der bul-

garischen Mehrheit und der türkischen Minderheit sind in der postkommunistischen Ära trotz erheblichen Konfliktpotenzials friedlich geblieben.

Dies war allerdings nicht immer der Fall: In den 80er Jahren versuchte die bulgarische kommunistische Führung, die Türken im Land zunächst gewaltsam zu assimilieren, dann zu vertreiben, was durch eine türkische Grenzschießung weitestgehend verhindert wurde. Erst seit den 90er Jahren sucht die bulgarische Führung demonstrativ die Nähe zur türkischen Minderheit, die nun aktiv in die Politik eingebunden wird.<sup>44</sup>

Ein wesentlicher Bestandteil dieses „bulgarisch-ethnischen Modells“ ist die friedliche politische Integration der türkischen Minderheit Bulgariens. Die gemäßigte Partei „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (im Bulgarischen DPS, im Englischen MRF abgekürzt) fungiert de facto als alleinige politische Interessenvertretung der türkischen Minderheit. Sie wird bei parlamentarischen Koalitionen regelmäßig einbezogen. Allerdings hat sich die DPS mit der Zeit verändert und wurde von Manipulations- und Korruptionsfällen erschüttert. So versuchte die Türkei, ethnisch-religiöse Konflikte zu schüren und dafür den Parteivorsitzenden Lyutvi Mestan unter ihre Kontrolle zu bekommen. Das Ergebnis war katastrophal: Schon nach kurzer Amtszeit wurde er aus der Partei ausgeschlossen, weil er offen seine Unterstützung für die Türkei erklärt hatte.<sup>45</sup>

Mestan gründete eine neue pro-türkischen Partei DOST, die nun ganz offen von Ankara unterstützt wurde und über die sich die Türkei mit Wahlpropaganda auch in den bulgarischen Wahlkampf einmischte.<sup>46</sup> Die Parteinahme führte zu massiver Kritik

unter bulgarischen Politikern. Die DOST-Partei erreichte bei der Wahl 2017 etwa drei Prozent und konnte nicht ins Parlament einziehen.<sup>47</sup>

### **Fazit:**

Bulgarien scheint mit seiner relativ großen türkischstämmigen Minderheit eines der Hauptaktionsfelder Ankaras zu sein. Allerdings ist es den militanten islamistischen Bewegungen bisher nicht gelungen, das Land ernsthaft zu destabilisieren. Die Hegemonie der türkischen DPS-Partei ist dafür zu groß und die bulgarische Regierung wehrte sich bisher vehement gegen die versuchte Einflussnahme der Türkei. Doch wenn sich die politische Großwetterlage ändert, kann niemand dafür garantieren, dass dies auch so bleibt.

#### **Bulgarien in Kürze**

Einwohner:	ca. 6,8 Millionen
Muslime:	ca. 11%
Christen:	ca. 60%
NATO:	Mitglied seit 2004
EU:	Beitrittskandidat seit 2004

## **Rumänien**

Mit seinen ca. 18,5 Millionen Einwohnern<sup>48</sup> ist Rumänien das bevölkerungsreichste Land in Südosteuropa. Die Republik Rumänien ist mehrheitlich christlich-orthodox geprägt. Mit knapp einem Prozent ist die Zahl der Muslime überschaubar.<sup>49</sup> Die meisten von ihnen sind etwa 28.000 ethnischen Türken – was nur 0,15 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht<sup>50</sup> – sowie

die sprachlich verwandten Tataren. Beide Gemeinden konzentrieren sich hauptsächlich auf die Region Nord-Dobrukscha im Südosten, nahe dem Schwarzen Meer. Etwa 10.000 bis 20.000 von ihnen sind späte Einwanderer. In der Hauptstadt Bukarest leben ungefähr 10.000 Muslime.

Dennoch gibt es eine politische Partei, die die Minderheit der rumänischen Türken parlamentarisch vertritt. Mit nur einem Sitz ist sie aber als politisches Einflussinstrument für Erdoğan nicht nutzbar. Die Partei wurde 1990 als Teil der türkisch-muslimisch-demokratischen Union Rumäniens (später ausschließlich für rumänische Tataren) gegründet und ursprünglich als ethnisch-türkische Minderheitenunion Rumäniens (UMETR) bezeichnet.

Bei den allgemeinen Wahlen 1992 erhielt die Partei mit 2.572 Stimmen nur 0,02 % Prozent. Weil das Wahlgesetz es ermöglicht, dass Parteien, die ethnische Minderheiten vertreten, von der Wahlhürde ausgenommen werden, bekamen sie dennoch einen Sitz in der Abgeordnetenkammer. Seit Dezember 1993 hat die Partei bei jeder Wahl einen Sitz gewonnen.

Im Juni 2015 unterzeichneten die Rumänen unter der Führung des damaligen Premierministers Victor Ponta mit der türkischen Regierung ein Abkommen über den Bau der größten Moschee Südosteuropas. Die Ausmaße von 13.000 Quadratmeter in einem der zentralen Bezirke Bukarests waren enorm. Ähnlich wie in anderen Ländern wollte Erdoğan mit dem Bau der Prunkmoschee seinen Machtanspruch demonstrieren, die muslimischen Minderheiten beeindrucken und sie für seine Pläne einnehmen. In der Stadt gab es zu der Zeit zehn muslimische Kultstätten, alle in gewöhnlichen Gebäuden. Während die rumänische Regierung

nie eine Moschee gebaut hat, verwalten mehrere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) islamische Kulturzentren, die auch von verschiedenen muslimischen Gemeinschaften als Moscheen genutzt werden.

Es war geplant, in der neuen Großmoschee auch eine Bibliothek, eine Koranschule und Freizeiteinrichtungen unterzubringen, finanziert vom türkischen Diyanet. Doch das ehrgeizige Projekt scheiterte: Die Kosten fielen deutlich höher aus als vorgesehen und die Planungen wurden im Jahr 2018 offiziell eingestellt.<sup>52</sup>

Ausschlaggebend für die Zustimmung der Rumänen zu dem Bau dürften die hervorragenden rumänisch-türkischen Handelsbeziehungen gewesen sein. Daher ist sie als politisches Zugeständnis zu interpretieren.

2011 wurde eine Erklärung zur strategischen Partnerschaft unterzeichnet.<sup>53</sup> Die Türkei gehört zu den größten Investoren in Rumänien. Derzeit sind rund 7.000 türkische Unternehmen in verschiedenen Bereichen, wie Banken, Maschinenbau, Tourismus, Gesundheit und Baugewerbe aktiv.<sup>54</sup> Der Gesamtwert der direkten und indirekten Investitionen türkischer Unternehmen hat sieben Milliarden US-Dollar überschritten. Türkische Unternehmer interessieren sich zunehmend für Ausschreibungen der rumänischen Regierung und Behörden. Die Türkei ist größter Handelspartner Rumäniens außerhalb der Europäischen Union und sie sind es untereinander auf dem Balkan. Das Handelsvolumen verdreifachte sich seit den frühen 2000er Jahren und stieg bis 2017 auf über sechs Milliarden US-Dollar.<sup>55</sup> Daher standen die Beziehungen der Türkei zur EU auch weit oben auf der Tagesordnung der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft, und Ru-

mänien unternahm dort alle Anstrengungen, die Beziehungen zwischen Ankara und dem 28-Länder-Block zu stärken.

### **Fazit:**

Wegen des unbedeutenden türkischen und muslimischen Bevölkerungsanteils setzt Erdoğan in Rumänien v. a. auf wirtschaftliche Beziehungen und Investitionen. Die türkische Einflussnahme zeigt erste Erfolge, kommt aber eher langsam voran.

#### **Rumänien in Kürze**

Einwohner: ca. 218,5 Millionen

Muslime: ca. 0,15%

Christen: ca. 93%

NATO: Mitglied seit 2004

EU: Beitrittskandidat seit 2007

## **Serbien**

Etwa 6,7 Millionen Menschen leben in Serbien – die Bewohner des Kosovo, dessen Status bis heute umstritten ist, nicht mitgezählt. Rund drei Prozent sind Muslime, darunter hauptsächlich Albaner. Die Zahl der Türken ist vernachlässigbar.<sup>56</sup>

Historisch gesehen steht das serbische Volk seit jeher in einem Konflikt mit den Türken. Während der langen Besetzung durch das osmanische Reich konnten sich die Serben mit diesem Regime nie anfreunden. Die Unterdrückung wirkt bis heute im serbischen Bewusstsein nach. Hinzu kommt, dass die Türkei das Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt hat, was bei vielen Serben nicht gut ankommt. Die historische Kluft zwischen

Serbisch-Orthodoxen und Muslimen hat sich dadurch noch vergrößert.

Dennoch lässt sich eine gewisse Annäherung zwischen der Türkei und Serbien beobachten: 2019 kündigten sie engere militärische Beziehungen an und unterzeichneten Abkommen über die Zusammenarbeit bei Verteidigung, sozialer Sicherheit, Industrie und Technologie. Dabei sollte Serbien auch Waffen von der Türkei beziehen, was sowohl eine stärkere Anbindung bedeutet als auch vor dem Hintergrund der laufenden EU-Beitrittsgespräche pikant erscheint.<sup>57</sup>



Das christlich-orthodoxe Serbien steht den türkischen Ambitionen reserviert gegenüber, da es lange unter osmanischer Fremdherrschaft litt. Im Bild zu sehen ist der Dom des heiligen Sava in Belgrad, fertiggestellt erst im Jahr 2018



**Fazit:**

Trotz des historisch gewachsenen Misstrauens der orthodoxen Bevölkerung baut die Türkei ihren Einfluss in Serbien vorsichtig aus. Erdogan dürfte hier jedoch an enge Grenzen stoßen. Als Hauptstützpunkt der türkischen Balkanpolitik eignet sich das Land deshalb kaum.

**Serbien in Kürze**

Einwohner:	ca. 6,7 Millionen
Muslime:	ca. 3 %
Christen:	ca. 90 %
NATO:	Mitglied seit 2012
EU:	Beitrittskandidat seit 2014

**Kosovo**

Von den insgesamt ca. 1,9 Millionen Kosovaren stellt die türkischstämmige Bevölkerung mit etwa 19.000 Menschen nur eine verschwindende Minderheit. 93 Prozent sind Kosovo-Albaner, die wie die Türken Muslime sind.<sup>58</sup> Die ersten wirklichen Beziehungen zwischen Albanern und Türken begannen mit der Ankunft der Osmanen in der Region im 15. Jahrhundert. Albanern wurden einige Anreize geboten, sich zum Islam bekehren zu lassen. Unter anderem konnten sie sich frei im Osmanischen Reich bewegen und sich dort auch niederlassen. Seit den Balkankriegen gab es mehrere teils große Migrationswellen von Albanern in die Türkei. Je nach Schätzung leben in der heutigen Türkei 1,3 bis sechs Millionen Menschen mit albanischen Wurzeln und starker Bindung zu ihrem Herkunftsland.<sup>59</sup>

In den letzten Phasen des kosovo-albanischen Aufstands gegen die Kosovo-Serben und Belgrad unterstützte die Türkei in den neunziger Jahren die kosovo-albanischen Rebellen. Der türkische Geheimdienst MIT bildete Mitglieder der Rebellengruppe aus, die als „Kosovo Liberation Army“ (KLA) bekannt ist.<sup>60</sup> Nachdem der Aufstand aufgrund der NATO-Intervention erfolgreich war, installierte die NATO zusammen mit der OSZE und den Vereinten Nationen einen erheblichen zivilen und militärischen Apparat, um das Gebiet in einer Übergangszeit zu verwalten, bis die Kosovo-Albaner in der Lage waren, die Führung zu übernehmen.

Als der Kosovo 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärte, war die Türkei einer der ersten Staaten, die ihn als unabhängige Republik anerkannten. In einer Gallup-Umfrage wurde die Türkei von 85 Prozent der Kosovaren als das ihnen „am freundlichsten gesinnte Land“ angesehen.<sup>61</sup> Das lag nicht nur an der politischen Unterstützung. Man war auch der Ansicht, dass die Kosovo-Albaner als Muslime den Türken näher stünden als andere Völker auf dem westlichen Balkan. Kosovo-Albaner hatten das Privileg, ohne Visum in die Türkei reisen zu dürfen.

Natürlich hat die Türkei auch hier den Bau und die Renovierung von Moscheen sowie historischen Gebäuden aus osmanischer Zeit unterstützt. In der Hauptstadt Pristina wurde 2019 der Bau einer Moschee für 5.000 Besucher angekündigt – angesichts der geringen Größe des Landes eine beachtliche Dimension.<sup>62</sup> Als Erdogan den Kosovo anlässlich der Eröffnung des Flughafens von Pristina im Jahr 2013 besuchte, bekräftigte er die herausragende Rolle, die das Land in der türkischen Balkanpolitik spielen soll, mit den folgenden Worten: „Wir alle gehören einer gemeinsamen Geschichte, einer gemeinsamen Kultur und einer gemeinsamen

Zivilisation an. Wir sind die Menschen, die Brüder dieser Struktur. Vergessen Sie nicht, die Türkei ist das Kosovo, das Kosovo ist die Türkei!“<sup>63</sup>

Trotz der offensichtlich engen Beziehung entstehen gelegentlich aber auch politische Dissonanzen. Türkische Versuche, das kosoalbanische Regime davon zu überzeugen, bestimmte Inhalte in Bezug auf die osmanische Zeit aus den Schulbüchern zu streichen, waren nur teilweise erfolgreich.<sup>64</sup> Über das im Kosovo sehr beliebte türkische Fernsehprogramm werden Seifenopern, Familiendramen oder Filme über den Glanz der osmanischen Zeit ausgestrahlt. Diese Sendungen tragen zweifelsfrei dazu bei, ein positives Image der Türkei zu erzeugen. Die albanische Führung kam der Türkei entgegen, indem sie die Aktivitäten kurdischer Separatisten im Land verbot.<sup>65</sup>

Seit der Übernahme des Landes durch die Kosovo-Albaner im Jahr 1999 wurde die Türkei zu einem wichtigen Handelspartner, was sich in massivem Warenimport, darunter Bekleidung, Elektrowerkzeuge und auch allerlei gefälschten Waren, widerspiegelt. Die Türken investierten auch in die Infrastruktur des Landes. Schätzungen zufolge wurden 2010 türkische Bauaufträge im Gesamtwert von fünf Milliarden US-Dollar vergeben. Der Fokus lag auf dem Bau von Hauptstraßen, zwei- bis dreispurigen Autobahnen sowie der Übernahme des einzigen funktionierenden Flughafens bei Pristina.<sup>66</sup> Die Autobahn zwischen dem Kosovo und Albanien zum Preis von 700 Millionen Euro übernahm ein türkisch-amerikanisches Konsortium (Bechtel-Enka).<sup>67</sup> den Flughafen erwarb ein türkisch-französisches Unternehmen,<sup>68</sup> und das Kosovarische Elektrizitätswerk (KEK) wurde von einer türkischen Firma gekauft,<sup>69</sup> die interessanterweise von Erdoğan

Schwiegersohn betrieben wird.<sup>70</sup> Die Türkei hatte den Kosovo – wieder über die türkische „Agentur für Zusammenarbeit und Koordinierung“ (TIKA) – auch mit Projekten in den Bereichen Medizin, Schulbildung und Landwirtschaft unterstützt.<sup>71</sup>

Wie groß der türkische Einfluss ist, wurde 2018 besonders deutlich, als der damalige Präsident Hashim Thaci die Auslieferung von sechs türkischen Bürgern in die Türkei erlaubte. Erdoğan beschuldigte einen Arzt und fünf Lehrer, mit seinem Intimfeind Fetullah Gülen zusammengearbeitet zu haben oder mit ihm in Verbindung zu stehen.<sup>72</sup> Ankara betrachtet dessen Bewegung als eine terroristische Organisation und macht sie für den gescheiterten Staatsstreich im Jahr 2016 verantwortlich. Gülen hat dies jedoch immer bestritten und lebt derzeit in den USA im Exil.

### **Fazit:**

Albaner und Türken haben seit jeher eine enge Beziehung und sind sich freundschaftlich verbunden. Die Türkei gehörte zu den wichtigsten Unterstützern der kosovarischen Unabhängigkeit und übt einen großen Einfluss auf die dortige Politik aus, gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Kosovo könnte sich daher als Zentrum der türkischen Aktivitäten auf dem Balkan etablieren.

#### **Kosovo in Kürze**

Einwohner:	ca. 1,9 Millionen
Muslime:	ca. 96 %
Christen:	ca. 4 %
NATO:	Nicht-Mitglied
EU:	Beitrittsantrag gestellt 2022

## Montenegro

In dem kleinen Land an der Adria, das nur etwa 13.000 Quadratkilometer umfasst, leben gerade einmal 605.000 Einwohner. Mit rund 8.400 liegt der türkische Bevölkerungsanteil bei etwas über einem Prozent und ist als marginal zu bezeichnen.<sup>73</sup> Seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 2006 ist die Präsenz türkischer Unternehmen in Montenegro stetig gestiegen. Und die Türkei hat begonnen, ihren wirtschaftlichen Einfluss noch zu vergrößern. Auf einer Pressekonferenz im Jahr 2020 kündigten beide Länder an, ihr Handelsvolumen von damals 140 Millionen US-Dollar in den nächsten Jahren verdoppeln zu wollen.<sup>74</sup> Für die Jahre 2020 bis 2024 plant das türkische Verteidigungsministerium, das montenegrinische Militär mit finanziellen Hilfen für Ausrüstung und Modernisierung im Wert von über 15 Millionen Euro zu unterstützen.<sup>75</sup>

### **Fazit:**

Das kleine Land wurde von der Türkei im Jahr 2006 als unabhängig anerkannt. Ihre wirtschaftlichen Beziehungen werden stetig ausgebaut. Die Haltung der serbisch-orthodoxen Mehrheit in Montenegro gegenüber der Türkei ähnelt derjenigen in Serbien, die Politik scheint hier aber offener gegenüber türkischen Einflussversuchen zu sein.

### **Montenegro in Kürze**

Einwohner: ca. 605.000

Muslime: ca. 19 %

Christen: ca. 75 %

NATO: Mitglied seit 2017

EU: Beitrittskandidat seit 2010

## Bosnien-Herzegowina

In dem Land leben, nach dem Zensus von 2013, etwa 3,8 Millionen Menschen.<sup>76</sup> Nur etwa 1.100 von ihnen sind ethnische Türken – ein Überbleibsel der einstigen osmanischen Herrschaft. Die meisten Türken verließen Bosnien und Herzegowina erst, nachdem Österreich-Ungarn 1878 die Region besetzt hatte. Obwohl unter dem kommunistischen Regime im damaligen Jugoslawien viele Menschen religiöse Bräuche und Sitten ablehnten, überdauerten sie doch diese Zeit. Mit dem Fall Jugoslawiens spielte dieser Umstand skrupellosen Politikern in die Hände, die ethnisch-religiöse Konflikte zu eigenen Zwecken ausnutzten.

Heute besteht Bosnien-Herzegowina faktisch aus zwei Teilstaaten: Die Republika Srpska und die Föderation Bosnien und Herzegowina. In Bosnien-Herzegowina leben etwa zur Hälfte bosnische Muslime, 30 Prozent mehrheitlich christliche Serben und eine kroatische, meist katholische Minderheit von etwa 15 Prozent.<sup>77</sup> Die Türkei war sehr schnell, Bosnien und Herzegowina am 6. Februar 1992 als unabhängigen Staat anzuerkennen,<sup>78</sup> und das noch vor der offiziellen Verkündung im März 1993.

Es heißt, in den letzten Jahren nehme der türkische Einfluss unter den bosniakischen Politikern zu: So ist Erdoğan bekannt für seine Bemühungen, zwei große politische Parteien, die „Partei der demokratischen Aktion“ (SDA) und die sozialdemokratische Partei von Bosnien und Herzegowina (SDP), zu versöhnen. 2016 kündigte die türkische Regierung an, ab 2018 Bosnisch zusammen mit Albanisch als Wahlfach an Schulen aufzunehmen.<sup>79</sup> Und im Jahr 2018 wurde eine neue pro-türkische Lobbygruppe, die „UEBD“, gegründet. Sie zeigte in ihrem Eröffnungsvideo et-

liche Bosnier, die ganz offen ihre Unterstützung für die türkische Militäroperation in Syrien zeigten, was zu Spekulationen über die Funktion der Gruppe in und außerhalb Bosniens führte.<sup>80</sup>

### **Fazit:**

Das innerlich gesplattene, von zahlreichen ethnischen und religiösen Konflikten geprägte Land bietet günstige Voraussetzungen für eine türkische Einflussnahme. Erdoğan baut seine Position unter der muslimischen Bevölkerungsmehrheit hier schrittweise aus, ist aber noch nicht so weit vorangekommen wie etwa im Kosovo.

#### **Bosnien-Herzegowina in Kürze**

Einwohner:	ca. 3,8 Millionen
Muslime:	ca. 50 %
Christen:	ca. 46 %
NATO:	kein Mitglied
EU:	Beitrittsantrag gestellt 2016

## **Kroatien**

In Kroatien leben rund 4,2 Millionen Menschen,<sup>81</sup> davon nur wenige hundert Türken.<sup>82</sup> Die Republik hat damit den niedrigsten türkischen Bevölkerungsanteil unter allen Balkanländern. Insgesamt ist auch der Anteil der muslimischen Gemeinschaft, v. a. Sunniten, mit ca. 1,5 Prozent gering.<sup>83</sup> Der Einfluss der Türkei ist dementsprechend niedrig und konzentriert sich hauptsächlich auf Handelsbeziehungen. Das Handelsvolumen zwischen der Türkei und Kroatien hat sich jedoch kontinuierlich von rund 387 Millionen US-Dollar im Jahr 2015 auf 664 Millionen im

Jahr 2019 gesteigert.<sup>84</sup> Eine Moschee mit besonders moderner Architektur wurde 2013 in der kroatischen Stadt Rijeka eröffnet – von Katar mit 10 Millionen Euro finanziert. Übrigens erst die vierte Moschee, die seit dem Ende des Osmanischen Reiches in Kroatien erbaut wurde.<sup>85</sup> Zum Vergleich: In Deutschland wurden in den letzten Jahren mehr als 2.000 Moscheen eröffnet.<sup>86</sup>

Religiöse Konflikte sind aufgrund der geringen Zahl an Muslimen eher unwahrscheinlich. Kroatien wird deshalb oft als Beispiel für Toleranz zwischen den Religionsgemeinschaften angeführt. Im Februar 2020 zeigte sich Muhammad bin Abdul Karim Issa – Generalsekretär der muslimischen Weltliga – erfreut über die guten Beziehungen zwischen den Religionen und betonte, dies könne als Vorbild für andere europäische Länder dienen.<sup>87</sup>

### **Fazit:**

Kroatien mit seiner fast ausschließlich christlichen Bevölkerung bietet kaum Voraussetzungen für eine türkische Einflussnahme, daher beschränken sich die Beziehungen bisher weitestgehend auf wirtschaftliche Felder.

#### **Kroatien in Kürze**

Einwohner:	ca. 4,2 Millionen
Muslime:	ca. 1,5 %
Christen:	ca. 91 %
NATO:	Mitglied seit 2009
EU:	Mitglied seit 2013



## Slowenien

In der Republik Slowenien leben etwa 2,1 Millionen Menschen, davon nur wenige hundert Türken. Insgesamt ist auch der Anteil islamgläubiger Menschen, hauptsächlich bosnische Muslime, mit 2,4 Prozent sehr klein.<sup>88</sup> Auch dies hat wieder historische Gründe: Das Osmanische Reich hat es nie geschafft, das heutige Slowenien den Habsburgern zu entreißen. Häufige und längere Grenzüberfälle in die slowenischen Heimatländer gab es jedoch ab dem späten 15. Jahrhundert. Die osmanischen Streitkräfte plünderten die Gebiete und verschleppten die Bewohner als Sklaven in ihr Reich.

Nach ihrer Unabhängigkeitserklärung 1991 erkannte die Türkei die Republik Slowenien am 6. Februar 1992 an. Die beiden Nationen unterzeichneten im März 2011 ein Dokument der strategischen Partnerschaft. 2015 betrug das gesamte Handelsvolumen zwischen der Türkei und Slowenien 1,15 Milliarden US-Dollar. In Slowenien besitzen türkische Staatsbürger hauptsächlich kleine bis mittlere Unternehmen, die in den Sparten Lebensmittel, Textilien, Schmuck und Tourismus tätig sind.

Eine Ausnahme bildet das Unternehmen „Odelo“, das 2011 von der in Istanbul ansässigen Bayraktarlar Holding übernommen wurde und Signallampen und LED-Leuchten für Audi, BMW und Mercedes produziert.<sup>89</sup>

### **Fazit:**

Slowenien bildet gewissermaßen einen Sonderfall unter den Balkanländern. Der türkische Einfluss ist gering und Versuche, das Land mit pro-türkischen Kräften zu infiltrieren, sind nicht be-

kannt. Womöglich sieht Erdoğan aufgrund der kleinen islamischen Bevölkerungszahl wenig Angriffspunkte.

### **Slowenien in Kürze**

Einwohner:	ca. 2,1 Millionen
Muslime:	ca. 2,4 %
Christen:	ca. 60 %
NATO:	Mitglied seit 2004
EU:	Mitglied seit 2004

### **Ausblick:**

Die neo-osmanische Ambitionen der Türkei zeigen sich in zunehmender Einflussnahme auf die Staaten Südosteuropas, die einst unter osmanischer Kontrolle standen. Überall dort, wo es einen nennenswerten türkischen Bevölkerungsanteil gibt – wie etwa in Bulgarien – versucht Ankara, ethnische Konflikte auszunutzen, um die entsprechenden Staaten zu infiltrieren und in seinem Sinne zu lenken. Auch bei der islamischen Bevölkerung Albaniens, des Kosovo und Nordmazedoniens versucht Erdoğan, seinen Einfluss geltend zu machen: durch Wirtschafts- und Kulturprojekte, durch Einmischung in das Bildungssystem souveräner Staaten und nicht zuletzt durch den Bau repräsentativer Großmoscheen. Sie sind wohl das offensichtlichste Symbol für die Ansprüche, Teile Europas zur türkischen Einflusszone zu machen. Nicht überall sind diese Bemühungen von Erfolg gekrönt: Die Serben stehen der Türkei traditionell eher reserviert gegenüber und auch in Kroatien und Slowenien fehlen die Grundlagen für eine weitreichende türkische Einmischung.

Insgesamt ist der Balkan ein Gebiet Europas, das für die türkische Großmachtpolitik am stärksten gefährdet ist. Besonders die Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind nach wie vor durch eine hohe innere Instabilität gekennzeichnet, an der auch die Aussicht auf einen EU-Beitritt wenig ändern wird. Hinzu kommt die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung vieler Länder mit ihrem ungleich größeren Nachbarn: Hat doch die Türkei alleine fast doppelt so viele Einwohner wie die hier betrachteten Staaten zusammen. Die geographische Nähe ist ein weiterer Faktor, aber keine notwendige Bedingung: Wir werden im Folgenden sehen, wie der türkische Einfluss sich auch im bevölkerungsreichsten Land der EU etabliert. Denn nicht nur auf dem Balkan gibt es eine erhebliche türkische bzw. muslimische Minderheit, die für Erdogans Pläne instrumentalisiert werden kann.

## 4.

# Vom Gast zum Siedler – türkische Einwanderung nach Deutschland

## Zunächst eine europäische Angelegenheit

Bald nach dem 2. Weltkrieg wurde mit dem Wiederaufbau Deutschlands begonnen. In relativ kurzer Zeit begann sich das Land wirtschaftlich zu erholen. Und das trotz der massiven Zerstörung, der durch die Siegermächte abtransportierten und nun fehlenden Produktionsanlagen und dem Mangel an Arbeitskräften, da viele Männer aus dem verheerenden Krieg nicht zurückgekehrt waren.

1950 hatte Gesamtdeutschland eine Bevölkerung von rund 69,5 Millionen, davon 37,4 Millionen Frauen und 31,9 Millionen Männer. Und noch 1960 war ein Frauenüberschuss zu beobachten von 37,1 Millionen gegenüber 34,1 Millionen Männern.<sup>1</sup>

In Teilen der Wirtschaft herrschte also großer Arbeitskräftemangel, vor allem in der Landwirtschaft, im Bergbau und der Schwerindustrie. Die damalige Bundesregierung wollte dies durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte lösen und schloss Anwerbeabkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960). Der damalige Arbeitsminister Theodor Blank sah trotz der zunehmenden Rationalisierung und Mechanisierung keine andere vertretbare Lösung. Zudem wollte man dadurch die Reallohnsteigerung bremsen, die zwischen 1950 und 1960 durchschnittlich bei 67 Prozent lag. 1960 kamen auf jeden Arbeitssuchenden drei offene Stellen.

Deutsche Unternehmen standen unter einem erheblichen Druck und untereinander in Konkurrenz bei der Gewinnung neuer Arbeitskräfte. Für die Wirtschaft hieß es: keine Arbeitskräfte, kein Wachstum. Eine günstige Zeit für die Gewerkschaften, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen: So wurde die durchschnittliche Wochenarbeitszeit um einen Tag von 48 auf 40 Stunden gesenkt, außerdem ein niedrigeres Renteneintrittsalter eingeführt.<sup>2</sup>

Der wirtschaftliche Aufschwung vollzog sich nicht in allen Ländern Europas gleichermaßen: Südeuropa konnte sein Wachstum zwar auch steigern, jedoch von niedrigerem Niveau aus. Es entstand ein sogenannter Pull-Faktor, der Arbeitskräfte nach Deutschland zog. So schloss die Bundesregierung ab 1955 mehrere Gastarbeiterabkommen mit Ländern Süd- und Südosteuropas ab. Während dies den Arbeitsmarkt der Herkunftsländer entlastete, fanden die in der Regel weniger gut ausgebildeten Ausländer einen Arbeitsplatz, der in ihrer Heimat nicht angeboten wurde. Und viele Deutsche konnten durch die sie ersetzenden Gastarbeiter in das Angestelltenverhältnis aufsteigen.<sup>3</sup> Ein Beispiel für diese frühen Gastarbeiter waren die Süditaliener, die aus einer besonders strukturschwachen Region mit wenigen und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen kamen. In der Bundesrepublik gelang es ihnen nun oft, einen gewissen Wohlstand aufzubauen. Gleichzeitig kam es nur zu geringen Konflikten mit der Gesellschaft des Aufnahmelandes, denn es handelte sich eben überwiegend um „kulturnahe Fremde“, d. h. die kulturellen Unterschiede zwischen Süd- und Mitteleuropäern waren leichter zu überwinden als bei späteren Einwanderungswellen. Die vorerst nur für vorübergehende Zeit geplante Aufnahme ging deshalb fließend in eine Integration in die deutsche Gastgesellschaft über.

Während viele Historiker die oben genannten Vorteile des Anwerbeabkommens und seine Bedeutung für den deutschen Wirtschaftsaufschwung betonen, gibt es auch kritische Stimmen. Sie sehen eine ökonomische Fehlentwicklung, die durch die Zuwanderung von billigen Arbeitskräften veraltete Strukturen, wie den Bergbau, künstlich am Leben gehalten und wirtschaftliche Anpassungen verschleppt haben.<sup>4</sup>

## **Die Türkei drängt auf ein Anwerbeabkommen**

Zeitgleich mit der Anwerbung griechischer Arbeitnehmer meldete auch die Türkei Interesse an einem Gastarbeiterabkommen mit der Bundesrepublik an. Dies geschah mit ungewöhnlichem Nachdruck: Wenn die westdeutsche Regierung zwar den Südeuropäern, nicht jedoch den Türken die Einwanderung ermögliche, werde man dies als „Diskriminierung“ auffassen.<sup>5</sup>

Grund für das starke Interesse war ein enormer Arbeitskräfteüberschuss bzw. eine starke Unterbeschäftigung in der Türkei. Die zunehmende Mechanisierung in der Landwirtschaft setzte viele Arbeitskräfte frei. Vor allem in den ländlichen Regionen Anatoliens wurden die bewirtschaftbaren Flächen immer kleiner, ein Auskommen war oft nicht mehr möglich. Die Kaufkraft dieser Bevölkerungsschicht war gering. Zu diesem Zeitpunkt verteilten sich in der Türkei etwa 77 Prozent der Erwerbstätigen auf die Landwirtschaft und nur rund 10 Prozent auf die Industrie.

Die wachsende Industrialisierung zielte aber primär auf das Konsumverhalten einer kaufkräftigen gehobenen Stadtbevölkerung ab, zuungunsten der breiten Landbevölkerung, der Bauern,

Handwerker und Arbeiter. Die entstehende Nachfrageverzerrung verhinderte den Aufbau einer Industrie und die Türkei war zunehmend auf den Import von Investitionsgütern angewiesen. Mit dem Anstieg der Verschuldung engte sich der ökonomische Handlungsspielraum zunehmend ein. Der starke Bevölkerungsanstieg kam erschwerend hinzu.<sup>6</sup>

Die Türkei versprach sich neben der Entlastung des eigenen Arbeitsmarkts zugleich Deviseneinnahmen der später zurückkehrende Gastarbeiter und hoffte, das Außenhandelsdefizit damit zu reduzieren. Als Nebeneffekt sollte ein Modernisierungsschub durch die berufliche Qualifizierung der entsandten Staatsbürger die eigene Wirtschaft ankurbeln.<sup>7</sup>

Die Regierung der Bundesrepublik war von dem türkische Ansinnen zunächst nicht begeistert: Allzu groß schienen die kulturellen Unterschiede und darin liegende soziale Probleme für die deutsche Gesellschaft – gerade auch im Vergleich zu den europäischen Anwerbestaaten. So sah der spätere Kanzler Helmut Schmidt das Abkommen mit der Türkei bereits 1961 kritisch<sup>8</sup> und bekräftigte 2004 seine Position: „Es war ein Fehler, dass wir zu Beginn der sechziger Jahre Gastarbeiter aus fremden Kulturen ins Land holten.“<sup>9</sup> Trotz der damals schon aufkommenden Sorgen vor kulturellen und sozialen Verwerfungen ließ das Drängen jedoch nicht nach und das hatte wohl nicht nur mit ökonomischen Interessen zu tun: Die Türkei sicherte die Südostflanke der NATO und verwehrte der UdSSR den Zugang zum Mittelmeer. Auch war sie Frontstaat und Puffer zur arabischen Welt. Es erscheint daher plausibel, dass auch die USA diplomatischen Druck auf die Bundesregierung ausübten, um der verbündeten Türkei einen Gefallen zu tun – insgesamt dürfte es also eine Mi-

schung aus wirtschaftlichen und außenpolitischen Motiven gewesen sein, die die Bundesregierung schließlich zum Einlenken bewegt haben.

Im Juli 1961 wurde in Istanbul, noch vor der Unterzeichnung des Abkommens, ein Anwerbebüro eröffnet. Der Ansturm war enorm. Im Zeitraum 1961 bis 1973 ließen sich viermal so viele Ausreisewillige registrieren, wie dann schlussendlich aufgenommen wurden. Man musste ein Alterslimit setzen – Fachkräfte unter 45 Jahre, Hilfsarbeiter unter 35 – sonst wären womöglich drei Millionen Türken aufgebrochen.



Türkische Gastarbeiter bei der Ankunft am Münchner Hauptbahnhof 1964. Ursprünglich war geplant, dass die ausländischen Arbeitskräfte ihr Gastland nach wenigen Jahren wieder verlassen sollten, doch dieses sogenannte „Rotationsprinzip“ scheiterte am mangelnden politischen Willen.



Deutschland war für sie wie ein Magnet. So lebten 1977 von den rund 710.000 außerhalb der Türkei Beschäftigten allein 515.000 in der Bundesrepublik.

Dass die deutsche Regierung sehr zurückhaltend war, zeigt sich auch in manchen Klauseln des Abkommens. So sollte die Aufenthaltsgenehmigung auf maximal zwei Jahre beschränkt werden, Verweise auf einen Familiennachzug wurden gestrichen. Vorgeesehen war ein sogenanntes „Rotationsprinzip“, das die zurückehrenden „Gäste“ durch Neuankömmlinge ersetzt. In der Praxis erwies sich die Idee jedoch als schwer realisierbar.

## **Das Rotationsprinzip scheitert**

Hatte die deutsche Politik ursprünglich gehofft, Arbeitskräfte aus den industrialisierten Gebieten anzuwerben, so wurde sie schnell eines Besseren belehrt. Es kamen überdurchschnittlich viele Bewohner der rückständigen Regionen Anatoliens, meist mit geringem Bildungsstand, archaisch und tiefreligiös geprägt. Es stellt sich die Frage, warum bei der Anwerbung nicht wenigstens auf solche Punkte geachtet wurde: War es politischer Druck oder Bequemlichkeit der Behörden?

Als ich mit einem sehr guten türkischen Freund in den 1990er Jahren darüber diskutierte, äußerte er sich ganz unverblümt: „Ihr habt uns ungebildete Leute abgenommen, die wir nicht gebrauchen konnten. Sie werden sich bei euch nicht integrieren, eure Werte ablehnen und eine abgekapselte Gemeinschaft bilden. Und das wird nicht auf die erste und zweite Generation beschränkt bleiben. Ihr werdet noch viele Probleme bekommen.“ Er mag es

überspitzt ausgedrückt haben, doch wie wir im Zusammenhang mit dem Wahlverhalten der Türken in Deutschland noch sehen werden, hatte mein Freund ein gutes Gespür für die kommenden gesellschaftlichen Konflikte.

Die türkischen Gastarbeiter übernahmen meist gering qualifizierte Tätigkeiten. Geld verdienen und in die Heimat überweisen – das stand für sie im Mittelpunkt. Ausdrücklich lobte das Auswärtige Amt 1964 die türkische Arbeitsmoral: „Deutsche Betriebe weisen auf die ausgezeichnete Disziplin und Einordnungsfähigkeit der türkischen Arbeiter, ihre physische Leistungsfähigkeit bei großer Anspruchslosigkeit hin.“<sup>10</sup> Der gesellschaftlichen Integration und dem Spracherwerb waren allerdings wegen der enormen kulturellen Unterschiede Grenzen gesetzt. In den 1960er und 1970er Jahren war dies zudem gar nicht erwünscht, denn beide Seite rechneten ja fest mit einer baldigen Rückkehr der Gastarbeiter. Doch schon nach kurzer Zeit sollte sich zeigen, dass dieses angestrebte Rotationsprinzip mit den realen Bedingungen vor Ort nur schlecht vereinbar war. Ein hoher deutscher Wirtschaftsvertreter drückte es mir gegenüber später einmal so aus: „Die Türken waren viel schlechter ausgebildet, als wir uns das in der Firma vorgestellt haben. Sie waren fleißig, aber es hat im Vergleich zu den deutschen Kollegen sehr lange gedauert, bis sie die einfachsten Arbeitsprozesse zufriedenstellend ausführen konnten. Wir hatten in der Firma deshalb kein Interesse, die Leute nach einer relativ langen Anlernphase erneut durch Ungelernte zu ersetzen.“

Aus Kreisen der deutschen Wirtschaft gab es daher also den Wunsch, diese Arbeitskräfte länger als zwei Jahre zu behalten, nicht zuletzt wegen der langen und kostenintensiven Eingewöh-

nungszeit. Deshalb kam es schließlich zu einer Neufassung des Abkommens und das Rotationsprinzip wurde im Mai 1964 außer Kraft gesetzt. Auch wurde damit der Familiennachzug ermöglicht.

Erst als in Folge der Ölkrise 1973 die Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik dramatisch anstiegen, wurde ein genereller Anwerbestopp beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits über 600.000 Türken im Land.<sup>11</sup> Sie hatten die Wahl, zurückzukehren oder zu bleiben. Die allermeisten entschieden sich zu bleiben und ihre Familien nachzuholen. Das war der Beginn der nachhaltigen Einwanderung in die Bundesrepublik.<sup>12</sup> Dennoch gab es auch eine erhebliche Zahl an freiwilligen Rückkehrern. Einige von ihnen haben meine Frau und ich auf unseren Reisen durch die Türkei in Anatolien und in der Osttürkei in den 1970er Jahren kennengelernt. Sie waren sehr gastfreundlich und hatten eine wohlwollende Erinnerung an ihre Zeit in Deutschland. In der Regel waren sie nach einigen Jahren in ihre anatolischen Dörfer zurückgekehrt und haben es dort zu einem vergleichsweise großen Wohlstand gebracht. Allerdings konnte keiner von ihnen mehr als rudimentär Deutsch, so dass eine Verständigung schwerfiel.

## **Die türkische Familie in der Fremde**

Doch anders als bei anderen Nationalitäten war im Falle der türkischen Gastarbeiter eine Rückkehr die Ausnahme: Von 1973 bis 1980 brachen nur etwa 25.000 wieder in die alte Heimat auf. Die Zahl der Türken insgesamt schnellte sogar erst in dieser Zeit richtig nach oben: Vor allem Frauen und Kinder wurden nach dem Anwerbestopp nachgeholt, so dass 1980 etwa 1,4 Millionen

türkische Staatsangehörige in der Bundesrepublik lebten.<sup>13</sup> Es besteht schon lange der Eindruck, dass auch heute noch die Türken im Vergleich zu Italienern oder Griechen weniger gut integriert sind. Woher kommt dieses Empfinden? Täuschen uns Vorurteile oder entspricht es der Realität?

Bei dieser Betrachtung ist der kulturelle und religiöse Hintergrund wichtig; Natürlich war es für die ersten türkischen Gastarbeiter sehr schwer; sie stießen hier auf eine fremde Welt mit völlig anderen Wertvorstellungen. Hinzu kam das für sie enorme gesellschaftliche wie auch technische Entwicklungsgefälle, dem sie plötzlich gegenüberstanden. Auch die Fokussierung auf Arbeiten und Geldverdienen sowie die Aussicht auf eine absehbare Rückkehr haben das Interesse an der Kultur des Aufnahmelandes nicht eben gefördert. Gerade die mangelhaften Sprachkenntnisse haben die Abkapselung gegenüber dem Gastland noch verstärkt. Europäerinnen waren zudem aufgrund ihres zu „freizügigen“ Lebenswandels in den Augen der Türken keine ehrbaren Frauen. Also hat man sich seine Bräute aus der vertrauten Heimat geholt und es war leicht, sie mit ihrem tradierten Gesellschaftsbild von der vermeintlich verdorbenen fremden Gesellschaft fernzuhalten. Man blieb weitgehend unter sich.

Mit der Zeit hatte sich aber auch das Bild von der Heimat durch diese Abkapselung verändert. Die Türkei wurde emotional überhöht, in der Vorstellung wurde sie schöner und besser als die Wahlheimat. Traditionen und Gebräuche waren wichtig, um dieses idealisierte Bild aufrechtzuerhalten. Diese Erfahrung musste auch ich selbst machen, als ich mit meiner Familie für viele Jahre im Ausland gelebt habe. Zwar bin ich kein religiöser Mensch, doch empfand auch ich es als angenehm, bestimmte heimische

Traditionen wie Weihnachten im Ausland besonders zu pflegen. Insofern kann ich es sehr gut verstehen, wenn man in der fremden Umgebung Halt in vertrauten Sitten und Gebräuchen sucht. Es liegt in der menschlichen Natur.

Besonders schwierig gestaltet sich der Wechsel in eine moderne westliche Gesellschaft, wenn man aus einer stark islamisch geprägten Kultur kommt: Dann prallen Welten aufeinander. Das Miteinander von Mann und Frau, die Art sich zu kleiden, der gesellschaftliche Umgang, die Moralvorstellungen – all das erfordert eine grundlegende Anpassungsbereitschaft, wenn man im Aufnahmeland nicht ewig ein Fremder bleiben möchte. Menschen aus einer streng islamischen Kultur stehen letztlich vor der schwierigen Wahl, entweder in einer Art Parallelgesellschaft mit wenigen Berührungspunkten zu den Einheimischen zu leben – oder aber ihre bisherigen Wertevorstellungen über Bord zu werfen. Dazu sind die wenigsten bereit. Und wenn doch, so ist es eine Aufgabe vieler Generationen.

Die Kinder aus diesen Familien haben zwar meist mehr Kontakt zur neuen Welt. Oft werden sie aber durch das recht abgeschottete familiäre Umfeld daran gehindert, die Wertvorstellungen des Gastlandes zu übernehmen. Kein ehrbares türkisches Mädchen, so die verbreitete Ansicht, darf sich mit einem Deutschen einlassen. Ein türkischer Junge dagegen schon: Er darf Erfahrungen sammeln, geheiratet wird aber schließlich ein Mädchen aus der eigenen Gemeinschaft oder dem Heimatland. In Deutschland lebende türkische Eltern neigen dazu, hier „in der Fremde“ einen stärker behütenden und kontrollierenden Erziehungsstil zu pflegen als Familien in der Türkei selbst. Andernfalls sehen sie ihr Lebensumfeld gestört. Dr. Haci Halil Uslucan, Professor für

Moderne Türkeistudien und Integrationsforschung, erklärt es so: „Eine starke Familienorientierung in der Erziehung kompensiert dabei die vielfach erfahrene soziale Isolation im Alltag. Insofern stellt der Familialismus türkischer und islamischer Familien, bei denen Werte wie bedingungslose Loyalität, Solidarität und Reziprozität der Familienmitglieder untereinander zentral ist (sic), im Gegensatz zur stärker individualistischen deutschen Gesellschaft, nicht nur ein Integrationshemmnis dar, sondern erweist sich zugleich auch als eine Ressource, z. B. Hilfe bei Schulaufgaben, angstloser Kontakt und Einführung in deutsche Umfelder und als Protektivfaktor gegenüber Stresssituationen.“<sup>14</sup>

Diese gesellschaftliche Abschottung wird durch die Religion mit ihren archaischen Vorstellungen deutlich verstärkt. Der Koran beschreibt detailliert in den verschiedenen Suren die Rolle von Eltern und Kindern. Für einen gläubigen Moslem sind diese Suren bindend: So sind die Eltern verpflichtet, ihre Kinder islamisch zu erziehen, zu fördern und anzuleiten. Auf der anderen Seite muss das Kind seinen Eltern gehorchen und sie achten. Die Ehrfurcht vor den Eltern und die Dankbarkeit ihnen gegenüber wird im Koran als eine besondere Pflicht mehrfach betont.<sup>15</sup>

Noch einmal Professor Uslucan: „Dabei besteht sowohl zwischen Eltern und Kindern als auch zwischen älteren und jüngeren Geschwistern während der gesamten Zeit des Aufwachsens eine asymmetrische Beziehung, die sich zum Teil, was etwa den Respekt betrifft, über die gesamte Lebensspanne hinweg zieht. Während die Pflicht des Kindes gegenüber den Eltern bzw. des jüngeren Kindes gegenüber den älteren Geschwistern darin besteht, sie zu achten und ihnen zu gehorchen, stellt die Liebe und Sorge dem Kind gegenüber die elterliche Pflicht bzw. die Pflicht

der älteren Geschwister dar. Den Eltern zu widersprechen gilt in traditionell-islamischen Familien als ein höchst aufsässiges Verhalten und wird keineswegs mit Autonomiebestrebungen des Kindes verbunden.“<sup>16</sup>

In der islamischen Erziehung gibt es verschiedene Phasen. Da ich lange in islamischen Ländern mit Kind gelebt habe, wurde ich damit konfrontiert. In den ersten Lebensjahren ist allein die Mutter für die Erziehung zuständig. Es ist verpönt, diese Aufgabe anderen, z. B. einem Kindergarten, wie es bei uns üblich ist, zu überlassen. Die Kinder haben in dieser Zeit einen recht großen Freiraum zum Spielen, und man ist äußerst nachsichtig mit ihnen. In arabischen Ländern habe ich erlebt, dass Kinder, z. B. bei Kindergeburtstagen, buchstäblich über die gedeckten Tische gelaufen sind, auch in großen Hotels – dabei haben die Eltern ihre Sprösslinge gewähren lassen und nicht eingegriffen! Erst ab etwa dem siebenten Lebensjahr werden die erzieherischen Zügel angezogen.

In der Regel übernimmt die Erziehung des Sohnes dann der Vater, beim Mädchen die Mutter. Wobei man mit den Jungs eher nachsichtig ist. Sie werden oft regelrecht verhätschelt, während bei den Töchtern ein deutlich strafferes Regiment geführt wird. Die ungleiche Behandlung bleibt nicht ohne Einfluss auf die schulischen Leistungen. Auch in Deutschland hat sich gezeigt, dass männliche Muslime im Durchschnitt weitaus schlechter abschneiden.<sup>17</sup>

In dieser Zeit werden die Kinder auch an die Religion herangeführt. Mit etwa 14 Jahren wird von den Eltern erwartet, dass ihre Kinder die Fastenregeln des Ramadan bewusst praktizieren. Mit

Beginn der Pubertät werden dann vor allem die Mädchen einer noch stärkeren Kontrolle unterzogen. Es wird genau geschaut, mit wem sie sich treffen und wo sie sich aufhalten. Damit koppelt sich gewissermaßen die Entwicklung der türkischen Migrantenkinder von der Gastgesellschaft ab. Je traditioneller die Familie, desto stärker werden die Töchter kontrolliert, um ihre Heiratschancen nicht zu gefährden. Hier fällt dem Sohn bzw. Bruder eine Beschützerrolle in Vertretung des Familienoberhauptes zu. Als männliche Familienmitglieder sind auch die Söhne für die Bewahrung der Ehre zuständig, d. h. sie sehen es als ihre Aufgabe, ihre Schwestern vor „Schande“ zu bewahren. Sonst wäre der Ruf der Familie ruiniert – eine erhebliche Belastung für diese Mädchen. Im Gegensatz dazu hat der Junge nicht nur die freie Entscheidung über die Gestaltung seiner Freizeit. Es wird sogar regelrecht erwartet, dass er sexuelle Erfahrungen vor der Ehe sammelt.<sup>18</sup> Wobei als Partnerinnen nicht „ehrenhafte“ Musliminnen, sondern bevorzugt westlichen Frauen dienen. Diese Beziehungen können aus islamischer Sicht jedoch nur als kurzfristige Abenteuer durchgehen. Geheiratet wird selbstverständlich eine Muslimin.<sup>19</sup>

Hinzu kommt, dass viele Familien aus Angst vor einer völligen kulturellen und religiösen Entfremdung verhindern möchten, dass sich ihre Kinder an die deutschen Lebensverhältnisse gewöhnen und sich daran anpassen. Sobald dieser Eindruck entsteht, wird versucht, dem mit einer rigideren religiösen Werteerziehung beizukommen. Gibt es viele Kinder innerhalb von Familie und Verwandtschaft, mindert dies ebenfalls die Integrationschancen, denn deutsche Spielkameraden sind dann umso weniger nötig. Während der Schulzeit haben türkische Kinder ihren engsten Freundeskreis meist in der eigenen ethnischen Gruppe. So gehö-



ren 68,8 Prozent derselben ethnischen Gruppe an wie der beste Freund und 65,2 Prozent wie der zweitbeste Freund. Deutsche zählen nur zu 30,2 Prozent zu den besten Freunden.<sup>20</sup>

## 5.

# Integration – Anspruch und Wirklichkeit

### Wie misst man Integration?

Die erste Generation der türkischen Gastarbeiter, die oft aus rückständigen Regionen Anatoliens kamen, musste sich bei uns mit einer völlig fremden Kultur auseinandersetzen. Mangelnde Sprachkenntnis und zuweilen auch ein fehlender Integrationswille führten schnell zu gesellschaftlicher Isolation, Abschottung und geringem Kontakt zur deutschen Bevölkerung. Doch welche Folgen hat die mangelnde Einbindung der türkischen Migranten in unsere Gesellschaft?

Um das zu verstehen, ist es hilfreich sich zunächst mit dem Begriff „Integration“ näher auseinanderzusetzen. Weit verbreitet und anerkannt ist das Modell des Soziologen Hartmut Esser. Demnach findet Integration auf vier Ebenen statt:

1. Kulturation: Sie bezeichnet die Übernahme kultureller Aspekte wie Wissen, Lebensstil und vorherrschende gesellschaftliche Werte aus der Gastgesellschaft.
2. Platzierung: Diese Ebene meint die Einordnung in die vorhandene sozio-ökonomische Struktur mit Bildungsab-

schlüssen, Einkommen und gesetzlichen Rechten, z. B. auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt.

3. Interaktion: Hiermit wird der soziale Austausch mit den Einheimischen beschrieben, also alle zwischenmenschlichen Beziehungen, Freundschaften, Paarbeziehungen oder Eheschließungen.
4. Identifikation: Auf dieser Ebene entsteht schließlich die emotionale Bindung mit dem Aufnahmeland, in dem Gefühle der Verbundenheit und Zugehörigkeit entwickelt werden.<sup>1</sup>

Diese vier Ebenen oder Dimensionen bedingen sich nach Esser gegenseitig und bestimmen den Grad der gesellschaftlichen Integration eines Menschen.<sup>2</sup> Auch wenn Anekdoten und einzelne Fallbeispiele beim Verständnis helfen können, so vermitteln sie doch kein objektives Gesamtbild der Integration von Migranten. Daher stützen wir uns bei der weiteren Betrachtung vor allem auf Studien, wobei wir uns dabei am soziologischen Modell Essers orientieren wollen.

Auffallend ist, dass viele Untersuchungen vor allem die vierte Dimension der Identifikation betonen. So stellt eine Studie von Emnid gleich zu Anfang fest, dass sich Türkischstämmige in Deutschland zu 90 Prozent „wohl fühlen“, 87 Prozent eine „Verbundenheit“ mit Deutschland empfinden und 49 Prozent meinen, dass sie einen „gerechten Anteil“ im Vergleich zu anderen erhalten.<sup>3</sup> Doch wie hoch ist der Wert solcher Aussagen wirklich? Ist denn ein Einwanderer, der sich in Deutschland „wohl“ und „gerecht behandelt“ fühlt, automatisch auch integriert? Provoka-

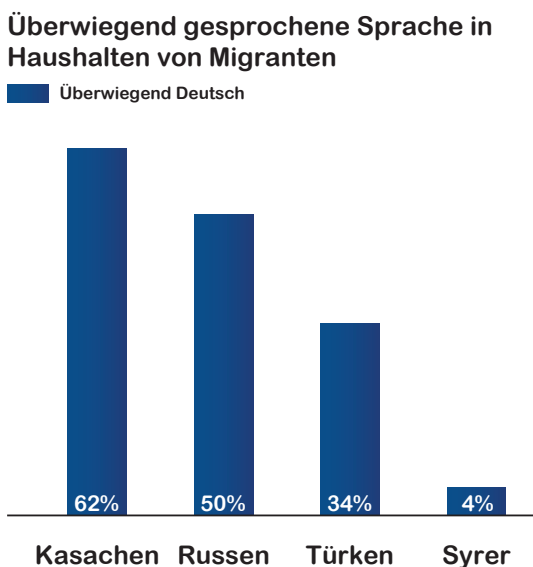
tiv gefragt: Kann sich nicht auch der bärtige Salafist mit 10-köpfiger Kinderschar und komplett verhüllter Ehefrau hier „wohl“ und „gerecht behandelt“ fühlen? Vielleicht kann er es, gerade weil die deutschen Steuerzahler ihm einen solchen Lebensstil ermöglichen. Derartige Fragestellungen können also in die Irre führen, und daraus abgeleitete mehrdeutigen Aussagen werden leider zu oft mit echter Integration verwechselt.

## **Sprache und Wohnsituation**

Befragungen von in Deutschland lebenden Türken zeigen, dass sie die Freizeit hauptsächlich mit ihren Landsleuten verbringen und wenig Deutsch sprechen. Dies muss nicht zwangsläufig bewusst geschehen. Es kann auch durch die Wohn- und Lebenssituation bedingt sein. In manchen Städten sind türkischstämmige Bürger stark auf bestimmte Stadtteile konzentriert, so dass ein Großteil der Freizeit zwangsläufig in türkischem Umfeld verbracht wird. Die meisten Türken leben überwiegend in ausländischer Nachbarschaft, wo Kontakte mit Deutschen ohnehin selten sind. Diese Segregation ist also ein starkes Integrationshindernis, denn es sind gerade solche nachbarschaftlichen Kontakte, die neben Schule und Arbeitsumfeld den ersten Schritt in die Integration darstellen können.<sup>4</sup>

Obwohl viele Türken der zweiten Generation ihre deutschen Sprachkenntnisse selbst als recht hoch einschätzen,<sup>5</sup> ist bei solchen Selbstauskünften stets Vorsicht geboten. Offizielle Daten deuten darauf hin, dass es mit der sprachlichen Anpassung nicht weit her ist: Gerade einmal 34 Prozent sprechen überwiegend Deutsch im Haushalt – weit weniger als bei anderen Migranten-

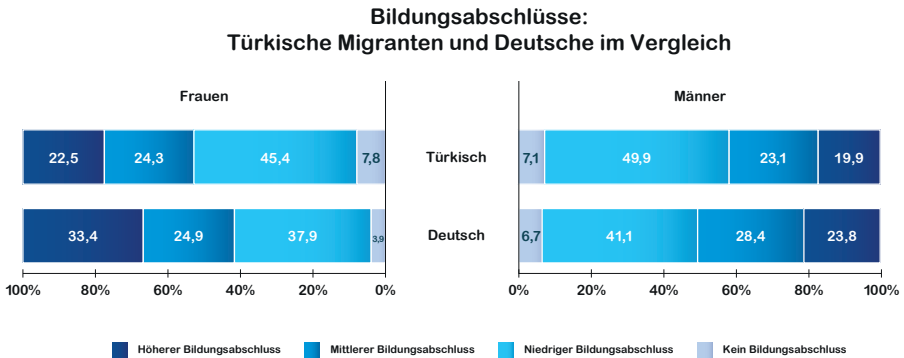
gruppen.<sup>6</sup> Besonders in den großen Städten haben sich überproportional viele Türken angesiedelt. Schon in den 80er Jahren war dieses Problem allgemein bekannt. Gerade in Berlin gab es auch damals schon Schulen mit mehrheitlich türkischen Kindern.<sup>7</sup> Doch den deutschen Politikern schien dieses Eisen offenbar zu heiß. Jedenfalls nehmen sie die Situation seit Jahrzehnten weitgehend tatenlos hin, so dass Berlin mit etwa 180.000 Türkischstämmigen<sup>8</sup> heute als eine der größten türkischen Gemeinden außerhalb der Türkei gelten kann.



Gerade einmal ein Drittel der türkischstämmigen Haushalte verwenden Deutsch als hauptsächliche Sprache, obwohl viele Türken bereits seit Jahrzehnten hier leben und eingebürgert sind. Nur die Syrer haben mit gerade einmal 4 % noch schlechtere Werte. Besser sehen die Zahlen bei kasachischen und russischen Einwanderern aus, sie verwenden häufiger die deutsche Sprache zu Hause.

## Erwerbsbeteiligung und Bildungsstand

Für nicht wenige Soziologen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt ein entscheidender Motor für die Integration. Eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verglich türkische Einwanderer mit anderen Gruppen, wie Italienern, Polen und Griechen. Dabei zeigte sich, dass türkische Männer mit 17 Prozent weit häufiger arbeitslos sind als Männer anderer Nationalitäten. Außerdem arbeiten sie besonders selten in Vollzeit. Laut Statistischem Bundesamt sind in Deutschland 48 Prozent der Türken im erwerbsfähigen Alter in Deutschland wirtschaftlich inaktiv. Sie gehen also weder einem Beruf nach, noch sind sie arbeitslos gemeldet.<sup>9</sup>



Türkische Migranten haben im Vergleich zu einheimischen Deutschen im Durchschnitt deutlich geringere Bildungsabschlüsse. Mehr als die Hälfte hat keinen oder nur einen niedrigen Abschluss, wobei die Frauen noch einmal schlechter abschneiden.

Auffallend niedrig sind auch die Zahlen für türkische Frauen: Lediglich ein Drittel arbeitet. Frauen mit nicht-türkischem (64,0

Prozent) bzw. ohne Migrationshintergrund (77,1 Prozent) waren dagegen deutlich häufiger erwerbstätig.<sup>10</sup> Das Statistische Landesamt NRW berichtet dazu etwas andere Zahlen: Demzufolge ist die Erwerbstätigenquote von türkischen Frauen von 34,4 Prozent im Jahr 2007 auf 45,1 Prozent in 2017 gestiegen.<sup>11</sup> Ob dies regionale Gründe hat oder an einer anderen Erhebungsmethode liegt, kann hier nicht geklärt werden. Dafür weisen türkische Frauen eine deutlich höhere Geburtenrate auf.

In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung äußert sich die türkische Community ziemlich zufrieden über ihr Leben in Deutschland, beklagt sich aber, dass gegen „Rechtsextremismus“ und für die „Gleichstellung“ von Ausländern zu wenig getan würde. Die Lösung beider Probleme halten 82 bzw. 75 Prozent für sehr wichtig. Auch die Sicherung von Arbeitsplätzen spielt für 71 Prozent eine große Rolle.<sup>12</sup> Leider geht die Studie nicht der Frage nach, ob die empfundene Benachteiligung auch eine reale Basis hat. Mag sein, dass man sich von türkischer Seite beruflich diskriminiert fühlt – doch könnte das nicht auch daran liegen, dass das Bildungsniveau geringer und die Schulabbrecherquote höher ausfällt?<sup>13</sup> Denn auch in Sachen Bildung erzielen die Türken sowohl im Vergleich zu anderen Migranten als auch zu Deutschen weit unterdurchschnittliche Ergebnisse. Dasselbe Muster zeigt sich noch einmal bei den Deutschkenntnissen, wo Türken im Vergleich zu anderen Migranten ebenfalls eher schlecht dastehen.<sup>14</sup>

Aber auch ein Schulabschluss und die Teilhabe am Arbeitsmarkt bedeuten noch nicht echte Integration. Kehren wir noch einmal zu unserem fiktiven Beispiel des strenggläubigen Salafisten zurück: Wenn dieser einen Laden eröffnet oder eine Arbeitsstelle

annimmt, so belastet er zwar nicht mehr den deutschen Staatshaushalt. Dennoch wird das an seinen fanatischen Wertevorstellungen, seiner fundamentalistischen Lebensweise und seinem feindseligen Verhältnis zur deutschen und europäischen Kultur nicht zwingend etwas ändern. Es besteht zwar die Chance, dass er so mit deutschen Kollegen und ihrer Kultur in Kontakt kommt und sich seine Haltung dadurch allmählich wandelt, aber eine Garantie dafür ist der Arbeitsplatz allein noch lange nicht.

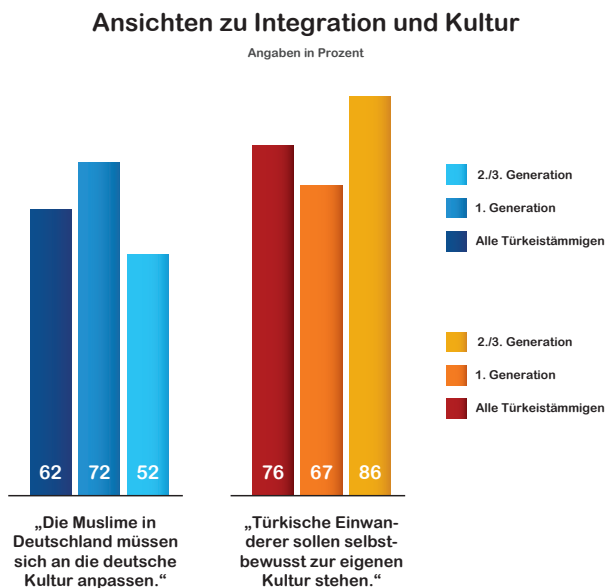
## **Wachsende Distanz zur deutschen Kultur**

Wenden wir uns damit dem vielleicht wichtigsten, aber viel zu oft vernachlässigten Punkt zu: Der Kultur, den Einstellungen und Werten der türkischen Einwanderer. Vor allem hier entscheidet sich, ob jemand wirklich in seinem Aufnahmeland „ankommt“ oder ob er den Weg in eine Parallelgesellschaft wählt. Die erwähnte Umfrage von Emnid liefert hierzu Daten, die bei genauerer Betrachtung leider ein alles andere als rosiges Bild zeichnen: So geben nur 39 Prozent der befragten Türken an, zur Integration gehöre es, mehr von der deutschen Kultur zu übernehmen. Und schlimmer: Die Anpassungsbereitschaft sinkt bei der nachfolgenden zweiten und dritten Generation sogar noch um satte 20 Prozent.<sup>15</sup>

Die älteren Türken zeigen also mehr Integrationsbereitschaft als ihre Kinder und Enkel, die doch längst in Deutschland geboren und aufgewachsen sind – ein fatales Zeichen für zukünftige Entwicklungen. Im Umkehrschluss begrüßen es sogar 86 Prozent aus der zweiten und dritten Einwanderergeneration, die eigene Kultur „selbstbewusst“ gegen die deutsche in den Vordergrund



zu stellen.<sup>16</sup> Auch hier ist also ein Anstieg zu beobachten, der sich lange zuvor ankündigte: Eine repräsentative Studie kam bereits im Jahr 2009 zu dem Schluss, dass die Werte der jungen Deutschen und Türken in Deutschland „auseinanderdriften“.



Die 2. und 3. Generation der türkischen Einwanderer zeigt deutlich weniger kulturelle Anpassungsbereitschaft als ihre Eltern oder Großeltern.

Ein Drittel der türkischen Einwanderer wäre beispielsweise bereit, die „Ehre der Familie“ mit Gewalt zu verteidigen und etwa ein Drittel der Frauen trägt das Haar immer noch mit einem Kopftuch streng verhüllt<sup>17</sup> – eines der sichtbarsten und auffälligsten Zeichen der Distanzierung von unserer Gesellschaft. Deutsche Politiker hätten also schon seit Jahren gewarnt sein können. Nicht zuletzt waren es die Mahnungen Thilo Sarrazins, der etwa zur selben Zeit das Scheitern der deutschen Integrationsbemühun-

gen anprangerte, was eine Einsicht bei den Entscheidungsträgern unseres Landes hätten erzeugen müssen. Doch weit gefehlt: Statt die Migrations- und Integrationspolitik vom Kopf auf die Füße zu stellen, schlug man lieber auf den Überbringer der schlechten Botschaft ein und machte ihn für das eigene Versagen verantwortlich.

## **Zunehmender Fundamentalismus**

So blieb die Politik weiter inaktiv und die fundamental-islamischen Einstellungen konnten sich bei den jungen Türken weiter verfestigen, wie die Emnid-Studie bezeugt: 72 Prozent der Kinder- und Enkelgeneration bezeichnen sich als religiös oder sehr religiös im Vergleich zu 62 Prozent in der Elterngeneration. Dabei sind die Frauen tendenziell strenggläubiger als die Männer. Fundamentalistische Meinungen sind weit verbreitet: 47 Prozent geben an, dass religiöse Gebote für sie einen höheren Stellenwert als staatliche Gesetze haben,<sup>32</sup> Prozent wollen eine Gesellschaft wie zu Zeiten Mohammeds etablieren und 36 Prozent bekennen, dass „nur der Islam“ die Probleme der heutigen Zeit lösen könne. Etwa ein Fünftel der Türken ist besonders radikal eingestellt, so stimmen 23 Prozent zu, dass Muslime dem anderen Geschlecht nicht die Hand geben sollten. Und das Bedrohlichste: Sogar 20 Prozent befürworten Gewalt zur „Verteidigung“ des Islam gegen den Westen. Dabei wissen wir natürlich, dass „Verteidigung“ sehr weit ausgelegt werden kann, sehen sich doch viele Muslime besonders gerne als Opfer der europäischen Gesellschaft. Eine überwältigende Mehrheit von 73 Prozent möchte Bücher und Filme, die den Islam vermeintlich beleidigen, verbieten lassen.<sup>18</sup> Die Haltung zur deutschen Gesellschaft, zu Frauenrechten und religiöser Toleranz ist eine tickende Zeitbombe. Studien fördern

diesbezüglich immer wieder Erschreckendes zutage. Nicht nur die islamische Glaubenspraxis der Türken wird immer strenger, auch ihre Tendenz zur Abschottung gegenüber den Deutschen verstärkt sich: Auffällig ist, dass 62 Prozent am liebsten mit ihresgleichen zusammen sind. Auch religiöse Ressentiments, insbesondere gegenüber Atheisten und Juden, haben zugenommen. 46 Prozent der Befragten wünschen sich, dass in Deutschland irgendwann mehr Muslime als Christen wohnen sollen. Insgesamt hat die Toleranz von Türken in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr zwar abgenommen,<sup>19</sup> aber immerhin sieht es eine Mehrheit der Türken mittlerweile kritisch, wenn die Ehefrau zum Geschlechtsverkehr gezwungen wird.<sup>20</sup> Angesichts all der anderen problematischen Einstellungen ein geringer Trost.

All das liest sich wenig optimistisch. Vielleicht gibt es aber doch einen Hoffnungsschimmer? Wie wir gesehen haben, können Kontakte zu Deutschen dazu beitragen, dass sich die Einwanderer unseren Werten annähern. Wie sieht es also konkret auf diesem Gebiet aus? Eine Fallstudie über die Situation in München hat ermittelt, dass Türken, zusammen mit z. B. Irakern und Afghanen, zu den am stärksten separierten Gruppen gehören. Sie haben besonders selten Kontakt zu Deutschen und auch zu binationalen Ehen kommt es seltener als in anderen Migrantengruppen.<sup>21</sup> Auf Bundesebene bestätigen sich diese Daten: Türken haben im Vergleich zu anderen Europäern die wenigsten Kontakte zu Deutschen am Arbeitsplatz oder im Freundeskreis.<sup>22</sup>

Wenig Distanz haben demgegenüber z. B. Einwanderer aus Österreich und Italien.<sup>23</sup> Diese Daten bestätigen eine Vermutung, die viele Menschen auch im Alltag beobachten können: Integration funktioniert umso besser, je geringer die kulturelle Distanz

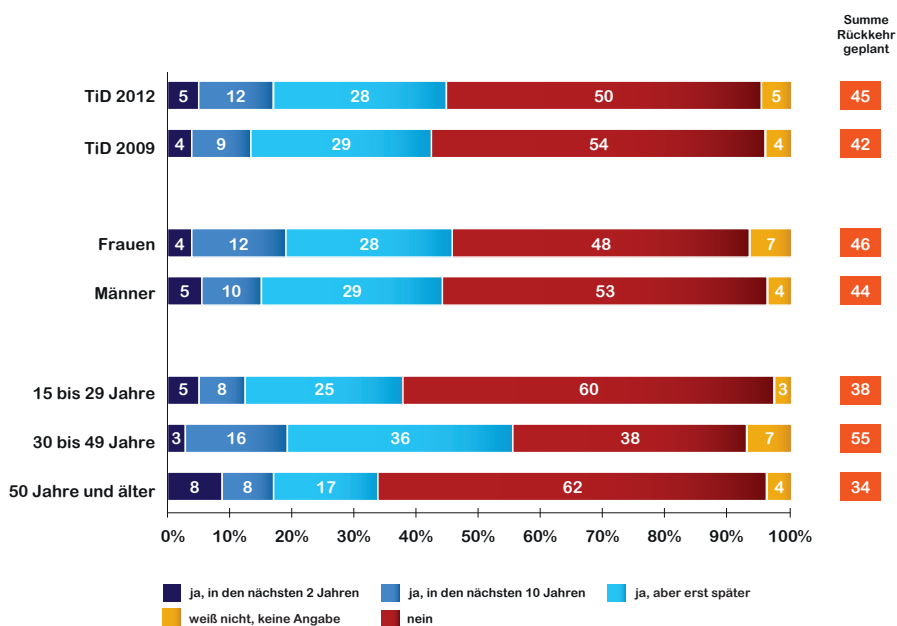
zwischen Einwanderern und Einheimischen ist. Europäer, die sich in einem anderen europäischen Land niederlassen, haben in der Regel nur geringe Probleme, sich den dortigen Gebräuchen anzupassen. Strömen jedoch viele Migranten aus streng-islamischen Kulturen in eine moderne westeuropäische Gesellschaft, ist die Bildung ethnischer Enklaven so gut wie sicher: Erst sind es vereinzelt Häuserblocks, dann ganze Straßenzüge, schließlich große Teile eines Stadtviertels, in denen islamische Einwanderer oftmals ganz unter sich sind. Streng verhüllte Frauen mit vielen Kindern, türkische Friseure, Lebensmittelhändler und Halal-Fleischereien prägen das Bild solcher Stadtteile, wo erfolgreiche Integration eine Ausnahme bleiben muss. Denn warum sollte man sich der deutschen Kultur anpassen, wenn es doch viel bequemer ist, in den längst etablierten türkisch-islamischen Parallelstrukturen zu verbleiben? In Berlin zeigt sich das besonders augenfällig, wo allein 200.000 türkische Einwanderer wohnen und damit 6 Prozent der Stadtbevölkerung ausmachen.<sup>24</sup> Das klingt zunächst wenig, doch konzentrieren sich diese Migranten in bestimmten Stadtteilen wie Neukölln, wo ihr Anteil dann deutlich höher ausfällt. Zudem gibt es dort auch noch andere kulturell fremde Einwanderergruppen, was die Problematik nochmals verschärft.

## **Ist Rückkehr eine Lösung?**

Die Abkapselungstendenz der türkischen Einwanderer steigt tatsächlich von Jahr zu Jahr: „Die Verbundenheit mit der Türkei nimmt laut einer aktuellen Studie zur Identifikation und politischen Partizipation türkischstämmiger Zugewanderter in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland seit 2011 stetig zu, die Verbundenheit nur mit Deutschland hingegen ab. Fühl-

ten sich 2010 noch 29,5 Prozent der Befragten mit der Türkei heimatlich verbunden, lag der Anteil 2017 bei knapp über 50 Prozent. Die Heimatverbundenheit nur mit Deutschland sank im gleichen Zeitraum von 25,4 auf 17,0 Prozent. Mit beiden Ländern gleichermaßen verbunden fühlen sich gut 30 Prozent – ein Rückgang von 10 Prozentpunkten seit 2010.<sup>25</sup> Zumindest in der Absicht zur Remigration schlagen sich diese Einstellungen teilweise nieder. So planen 45 Prozent der Türken eine Rückkehr in ihr Mutterland, wovon jedoch nur 5 Prozent dies innerhalb der nächsten zwei Jahre verwirklichen wollen.

### „Planen oder beabsichtigen Sie, in die Türkei zurückzukehren?“



Fast die Hälfte der türkischen Migranten möchte in die Heimat zurückehren, nur ein kleiner Teil plant dies jedoch konkret für die nächsten Jahre. Besonders bei den mittleren Jahrgängen ist die Rückkehrbereitschaft hoch.

Die Gründe sind ganz unterschiedlicher Art: 63 Prozent der Befragten wollen zurückkehren, weil sie die Türkei als ihre Heimat ansehen, 10 Prozent wollen zurückkehren, weil sie mit Deutschland und den Deutschen nicht zurechtkommen.<sup>26</sup>

**Fazit:**

Insgesamt zeigt sich damit ein deutliches Bild: Ob wir die Arbeitsbeteiligung, den Bildungsstand, die Wertevorstellungen, die Kultur oder die Kontakte zur deutschen Gesellschaft betrachten: Die Integration türkischer Migranten ist in weiten Teilen mangelhaft. Sie sind im Durchschnitt schlechter ausgebildet und häufiger arbeitslos als andere Einwanderer, ihre Einstellung ist oft fundamentalistisch geprägt. Die Jüngeren denken sogar noch islamisch-traditioneller als die Älteren und grenzen sich stärker von der deutschen Umgebung ab als ihre Eltern und Großeltern. Seltener als andere Einwanderergruppen haben die Türken Kontakte zu Deutschen, die eine Änderung dieser Einstellung bewirken könnten. Dadurch sprechen sie auch nicht so gut Deutsch und leben oft separiert in türkisch geprägten Wohngebieten.

Die Integration der Türken kann damit in weiten Teilen als gescheitert gelten – Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel. Doch spiegelt sich all dies nicht in einer hohen Rückkehrbereitschaft wieder: Mit 77,5 Prozent möchte ein Großteil der Türken weiterhin in Deutschland bleiben und ist zufrieden mit dem Leben in der Parallelgesellschaft – wahrscheinlich spielen dabei auch wirtschaftliche Gründe eine große Rolle, doch dazu geben die Studien keine genaue Auskunft.

Als sicher kann aber eines gelten: Eine große Gruppe von Einwanderern, die sich bisher nur oberflächlich integriert hat und in weiten Teilen ihre eigenen, fundamentalistischen Einstellungen

beibehält, wird sich nicht tiefgreifend an das Gastland anpassen. Je mehr sie sich organisiert und am politischen Leben teilnimmt, desto stärker wird sie die Aufnahmegesellschaft mit ihren eigenen Werten prägen.

## 6.

### **Ankaras langer Arm – türkische Organisationen in Deutschland**

Wie im vorigen Kapitel dargestellt, sind türkisch-nationalistische und radikal-islamische Einstellungen bei den in Deutschland lebenden Türken weit verbreitet. Eine nachhaltige Anpassung an unsere Werte und Kultur ist bisher nur bei einem Teil zu beobachten. Es überwiegen Distanz und oft sogar offene Ablehnung gegenüber den Deutschen. Insofern gibt es auch bei uns eine große türkische Gruppe, die für Einflussversuche Erdogans empfänglich ist. So wie sich die AKP im Mutterland auf viele ihr treu ergebene und ideologisch verwandte Vorfeldorganisationen, wie Lobbyverbände und religiöse Interessengruppen, stützen kann, so versucht der türkische Präsident über ein Geflecht von Institutionen, auch die Auslandstürken für sich zu gewinnen. Diese können ihm so nicht nur als zusätzliches Wählerreservoir dienen, sie sind auch ein Hebel, um die Außenpolitik der betreffenden Staaten zugunsten türkischer Interessen zu manipulieren. Im Falle der Balkanländer haben wir uns bereits mit solchen Versuchen auseinandergesetzt. Die für Deutschland entscheidenden Machtinstrumente der AKP werden im Folgenden ausführlich beleuchtet.

#### **Diyanet: Behörde für religiöse Angelegenheiten**

Bereits das Osmanische Reich kannte das Amt des Scheichül-Islam als oberstes Religionsamt, das vom Mufti der Hauptstadt



Istanbul ausgeübt wurde. Denn für die Sultane war die enge Verbindung von Islam und staatlicher Autorität ein wichtiger Pfeiler ihrer Macht. Atatürk schaffte diesen Posten bereits 1924 ab und führte stattdessen das Amt für religiöse Angelegenheiten – auf Türkisch *Diyamet İşleri Başkanlığı*, oder kurz *Diyamet* – ein. Sein Ziel ging aber in die entgegengesetzte Richtung. Ganz gemäß der laizistischen Ausrichtung der neuen Türkei wollte er die immer noch sehr einflussreiche Religion unter staatliche Aufsicht stellen: Nicht mehr der Islam sollte den Staat kontrollieren, sondern der Staat den Islam. Das *Diyamet* unterstand also direkt dem Staatspräsidenten, alle Imame waren damit weisungsgebunden, ebenso die religiösen Dienste, das islamische Erziehungswesen, Wallfahrten und die gesamte Öffentlichkeitsarbeit unterstanden der politischen Führung des Landes.

Entsprechend der generellen Ausrichtung der türkischen Politik galt daher das *Diyamet* lange Zeit als gemäßigt in seiner Koranlegung, einige Frauen bekamen sogar wichtige Posten. Mit der Reislamisierung der Türkei durch Erdoğan's AKP hat sich das in den letzten zwei Jahrzehnten allmählich geändert. Der Weg zurück in den Fundamentalismus ist von höchster Stelle vorgegeben. *Fatwas*, also islamische Rechtsgutachten zur Anwendung religiöser Regeln im Alltag, sind ein Beispiel für die zunehmende Radikalisierung des *Diyamet*. Zwar haben diese in der Türkei keine Gesetzeskraft, doch geben sie Aufschluss über die ideologische Ausrichtung der obersten Religionsbehörde: So wollte das Amt Verlobten das Händchenhalten und Flirten untersagen, da dies den Regeln des Islam widerspreche. Vor einer Heirat mit Aleviten, einer religiösen Minderheit in der Türkei, wurde gewarnt und auch das Trinken von Alkohol wurde verboten.<sup>1</sup> Obwohl sich nicht jeder Türke diesen Regeln unterwerfen muss, so sind derartige *Fatwas* doch als Kennzeichen

eines zunehmenden Selbstbewusstseins der Behörde zu sehen: Immer energischer versucht das Diyanet, das Privatleben der Türken islamischen Regeln zu unterwerfen – bis in die intimsten Details.

Die zunehmende Bedeutung der Behörde erklärt sich auch aus ihrer immer üppigeren finanziellen Ausstattung: Seit der Übernahme der Regierung durch die AKP ist ihr Budget auf das Vierfache gewachsen, die Zahl ihrer Mitarbeiter wurde innerhalb von nur 10 Jahren von 74.000 im Jahr 2003 auf über 120.000 in 2013 erhöht. Das enorme Wachstum der Behörde spricht nicht nur für die steigende Bedeutung des Islam in der Türkei insgesamt, sondern ist auch ein Indiz dafür, dass der türkische Präsident bewusst seine Gefolgsleute im Diyanet installiert, um die einst säkulare Prägung der Behörde rückgängig zu machen. Denn nur eine kleine Zahl von Diyanet-Angestellten ist mit administrativen Aufgaben und mit Logistik beschäftigt, den weitaus größten Teil machen verbeamtete Imame und Koranlehrer aus. Zur Islamisierung trägt auch der Moschee-Bauboom unter der AKP-Regierung bei: Im Durchschnitt werden pro Jahr ca. 800 muslimische Gotteshäuser in der Türkei eröffnet, die Kosten werden allerdings nur zum Teil vom Diyanet getragen.<sup>2</sup>

### **Bewertung:**

Das Diyanet hat sich seit der Machtübernahme der AKP zu einer der wichtigsten Stützen der türkischen Regierungspolitik entwickelt. Der kontinuierliche Personalausbau und Erhöhungen des Budgets sorgen für eine immer stärkere Durchdringung der türkischen Gesellschaft mit Vertrauten und Anhängern Erdoğan's. Für Deutschland und Europa bedeutend ist jedoch vor allem das Netzwerk an Auslandsorganisationen, das vom Diyanet – und damit vom türkischen Staatspräsidenten – gesteuert wird.

## Ditib – der deutsche Ableger des Diyanet

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion – auf Türkisch Diyanet İşleri Türk İslam Birliği, abgekürzt Ditib – wurde 1984 als deutscher Auslandsableger des Diyanet gegründet. Offiziell weisen die Funktionäre den Vorwurf zurück, sie seien der verlängerte Arm Ankaras. Doch das ist angesichts der strukturellen Überschneidungen nicht glaubwürdig. So ist auch der Vorsitzende zugleich immer Botschaftsrat für religiöse und soziale Angelegenheiten. Die Imame werden an türkischen Hochschulen ausgebildet, erhalten ihr Gehalt vom türkischen Staat und sind de facto dessen Beamte.



Erdoğan zusammen mit Imam Ali Erbas, dem Vorsitzenden der Religionsbehörde Diyanet, bei der Eröffnung der Ditib-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld. Ebenso wie ihre Mutterorganisation wird die deutsche Ditib aus Ankara gesteuert und wirbt gezielt für die Politik der türkischen Regierung.

Üblicherweise werden sie jeweils für einen Zeitraum von vier Jahren nach Deutschland geschickt,<sup>3</sup> entsprechend gering sind meist ihre Sprachkenntnisse.<sup>4</sup> Nach anhaltender Kritik wird seit 2020 erstmals ein Teil der Imame in einem eigens geschaffenen Ausbildungszentrum in Dahlem in der Eifel ausgebildet.<sup>5</sup>

Die Ditib vertritt ca. 1,6 Millionen Muslime,<sup>6</sup> die in beinahe 900 örtlichen Moscheevereinen in Deutschland organisiert sind.<sup>7</sup> Damit kann sie als der größte islamische Verband in Deutschland gelten, was ihre enge Anbindung an die türkische Politik umso bedenklicher macht. Seit Errichtung der Kölner Zentralmoschee mit angeschlossenem Kulturzentrum hat die Organisation einen repräsentativen Sitz mitten in Deutschland, der die Silhouette der viertgrößten deutschen Stadt von weitem prägt. Der symbolische Wert eines solchen Bauwerks ist nicht zu unterschätzen. Die Einweihung im Jahr 2018 wurde als regelrechter Staatsakt zelebriert: Erdoğan selbst hielt die festliche Ansprache, in der er zugleich die angebliche Diskriminierung der Türken in Deutschland anprangerte.<sup>8</sup> Seit 2022 ist Adem Kemaneci neuer Imam der Kölner Großmoschee. Zuvor hatte er dieses Amt in der sogenannten Volksmoschee in Ankara bereits ausgeübt. Sie wurde 2015 auf dem Areal des neuen türkischen Präsidentenpalastes errichtet und kann als eine Art modernes Nationalheiligtum gelten. Erdoğan und die türkische Staatsführung treten dort regelmäßig zu religiösen Festtagen auf, die zu seiner Zeit von Kemaneci inszeniert wurden.<sup>9</sup>

Aus der engen Verflechtung mit Ankara macht die Ditib also überhaupt kein Hehl. Tatsächlich wird sie ganz gezielt und offen für die türkische Interessenpolitik in Deutschland eingespannt. Wie wirkt sich das nun konkret auf die Aktivitäten des Verbandes aus? Der zunehmende Fundamentalismus des Diyanet

macht sich immer mehr bei seiner größten Auslandsfiliale Ditib in Deutschland bemerkbar. Dies ist nur folgerichtig, kommen doch die Predigten vom Diyanet selbst, auch wenn sie mittlerweile in Deutschland verfasst werden.<sup>10</sup> So äußerte etwa Ishak Kocaman, damaliger Vorsitzender der Muradiye-Camii-Moschee in Hamburg-Wilhelmsburg, dass Demokratie für Muslime nicht bindend sei und sprach Kurden und Türken mit nicht-islamischer Lebensweise ihren Wert ab.<sup>11</sup> Jugendliche Ditib-Mitglieder riefen auf Facebook zur „Zerschlagung Deutschlands“ auf.<sup>12</sup> Besonders martialisch wirkten Predigten von Ditib-Imamen, die das Märtyrertum für den Islam verherrlichten, oder Feldschlachten, die durch Kinder nachgespielt wurden: Die Jungs stellten „Märtyrer“ im Namen des Islam dar, die Mädchen priesen mit Kampfliedern deren Einsatz.<sup>13</sup> Auch für die türkische Expansionspolitik ergriffen Ditib-Verbände ganz offen Partei: Hetzaufrufe gegenüber Armeniern<sup>14</sup> und Ehrengräber für die Verantwortlichen des Völkermordes in Ditib-Moscheen<sup>15</sup> bilden dabei den traurigen Höhepunkt der Agitation. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Grundsätzlich kann man von einem zumindest reservierten Verhältnis der Ditib gegenüber der deutschen Gesellschaft ausgehen – mit umso mehr Begeisterung stellt sie sich jedoch hinter die Aktivitäten der türkischen Staatsführung.

Ihr Einsatz für die Ziele des türkischen Präsidenten beschränkt sich allerdings nicht auf Propaganda. Dies wurde insbesondere nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Sommer 2016 deutlich: Damals sollten Imame der Ditib in ihren Gemeinden die Anhänger des nach Amerika geflohenen Predigers Fetullah Gülen ausspionieren. Gülen war einst ein Mitstreiter von Präsident Erdoğan, heute ist er sein Intimfeind. Der Generalbundesanwalt ermittelte in der Folge gegen 19 Imame, auch eine

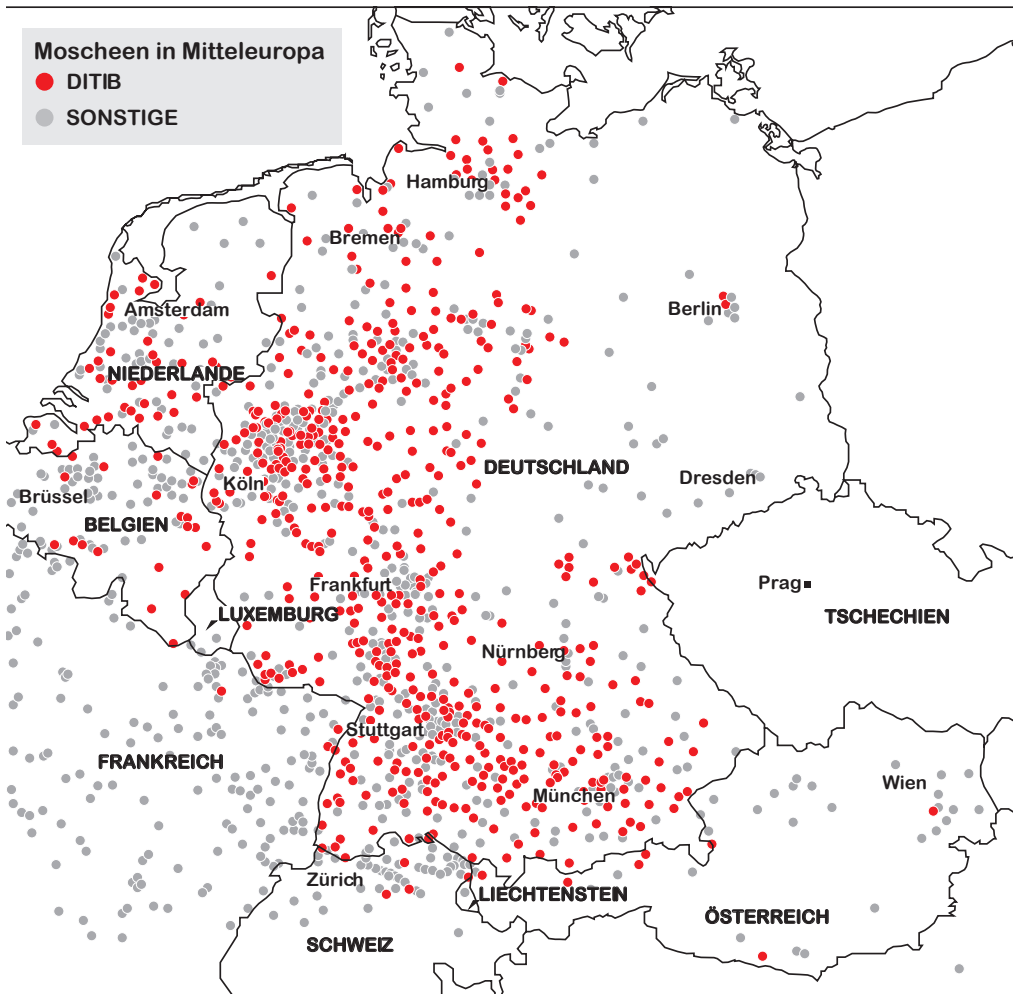
Beobachtung durch den deutschen Inlandsgeheimdienst wurde in Erwägung gezogen.<sup>16</sup> Die Verdächtigen wurden vom Generalstaatsanwalt beschuldigt, „für den Geheimdienst einer fremden Macht Informationen gesammelt zu haben“. Der Verband hatte zuerst die Vorwürfe der Bespitzelung brüsk zurückgewiesen, sogar als „Unterstellung“ bezeichnet, dann aber eingeräumt und sich dafür entschuldigt. Einige Imame hätten die Anweisung des Diyanet fehlinterpretiert. Eine entlarvende Aussage, die einmal mehr unterstreicht, wie selbstverständlich die Ditib-Imame als Befehlsempfänger Ankaras verstanden werden.<sup>17</sup> In etlichen deutschen Städten spionierten Imame politische Gegner Erdoğan aus und legten Feindeslisten an, auf denen sich u. a. auch deutsche Journalisten befanden.<sup>18</sup>

Die dubiosen Aktivitäten der Ditib gerieten zunächst auch ins Visier des deutschen Verfassungsschutzes, der ihr Wirken als „Gefahr für den inneren Frieden in Deutschland“ ansah.<sup>19</sup> Doch schlussendlich gab der Inlandsgeheimdienst wohl wieder einmal dem Druck der Politik nach: Ein Machtwort des damaligen Innenministers Seehofer – „Es gibt dringendere Probleme“<sup>20</sup> – scheint ausgereicht zu haben, um die politischen Beamten der Behörde wieder auf Linie zu bringen. Die entsprechenden Landesämter haben den Schwenk ebenfalls mitgemacht und lehnten letztlich eine Beobachtung ab, da „es sich bei dem Islamverband um türkische Nationalisten, nicht aber um religiöse Fanatiker“ handle.<sup>21</sup>

Ob für diesen wenig glaubwürdigen Rückzieher außenpolitische Gründe ausschlaggebend waren, wird das Geheimnis der sogenannten Verfassungsschützer bleiben. Zweifel an der Sorgfalt und Unabhängigkeit des deutschen Inlandsgeheimdienstes können solche Volten jedenfalls nicht zerstreuen.

Trotz solcher Aktivitäten wird die Ditib von Behörden und Politikern in Deutschland regelmäßig hofiert: Beispielsweise ist die Religionsbehörde wichtigster Kooperationspartner des Landes Nordrhein-Westfalen beim islamischen Religionsunterricht.<sup>22</sup> Hamburg schloss im Jahr 2012 einen Staatsvertrag u. a. mit der Ditib, der ihr ebenfalls neue Rechte bei der Gestaltung des Schulunterrichts gab.<sup>23</sup> Die trügerische Hoffnung, man müsse der Ditib nur weit genug entgegenkommen, dann ändere sie sich schon von ganz alleine, ist leider typisch für das Wunschdenken vieler deutscher Mandatsträger. Denn Forderungen nach einer grundlegenden Reform, die die Organisation vom türkischen Staat unabhängig machen würde, weist die Ditib regelmäßig von sich.<sup>24</sup> Im Gegenteil: Sie bekräftigt ganz offiziell, dass ihr an solchen Ideen absolut nichts gelegen ist. So hat Anfang 2019 in der Ditib-Zentrale in Köln das „II. Treffen Europäischer Muslime“ stattgefunden. Dabei äußerte sich der Präsident des Diyanet, Ali Erbaş, zum Euro-Islam: „Die Einschränkung des Islam, wie deutscher oder europäischer Islam, steht im Widerspruch zur Universalität des Islam, der alle Orte und Epochen zugleich erleuchtet.“<sup>25</sup> Die Hoffnungen der deutschen Behörden, der Islam könne sich bedenkenlos der einheimischen Kultur anpassen, erweist sich angesichts solcher Aussagen immer mehr als Trugschluss.

Die Ditib selbst bemüht sich zwar mittlerweile um ein moderateres Image, aber ohne an der eigenen Arbeitsweise und den eigenen Zielsetzungen grundlegend etwas zu ändern. Nach der Kritik an den türkischen Import-Imamen will man, wie oben schon erwähnt, nun selber hier in Deutschland ausbilden. Junge Leute mit deutschem Abitur sollen zunächst islamische Theologie in der Türkei studieren und dann ein zweijähriges Ausbildungsprogramm an der Ditib-Akademie in Dahlem absolvieren.<sup>26</sup> Soll das



Die DITIB kontrolliert die Mehrzahl der Moscheen in Deutschland. Dies gilt v. a. für die alte Bundesrepublik, die Zielland der türkischen Gastarbeitermigration war. Auch in den neuen Bundesländern steigt jedoch mittlerweile die Moscheedichte, hier allerdings v. a. durch Asylbewerber aus arabischen Ländern, die besonders in den letzten Jahren in großer Zahl eingewandert sind.



die Alternative zur Entsendung der Imame aus der Türkei sein? Ein Unterschied wäre wohl kaum gegeben, solange die Ausbildung nicht in deutscher Hand an deutschen Universitäten stattfände. Der Wechsel des Ausbildungsortes allein wird an den eklatanten Missständen und dem Fundamentalismus der Behörde nichts ändern. Aber deutsche Politiker und Journalisten werden trotzdem aufatmen und das vermeintliche Entgegenkommen honorieren.

### **Bewertung:**

Die enge institutionelle Anbindung der Ditib an den türkischen Staat ist beinahe schon eine Garantie für ihren politischen Missbrauch. Wie das Diyanet in der Türkei, so ist die Ditib eine der wichtigen Stützen von Erdoğan's Politik in Deutschland. Über sie kann er erheblichen Einfluss auf die türkische Diaspora nehmen: Predigten gegen die Armenier und für den Märtyrertod haben gezeigt, dass die Institution offen Propaganda für die Politik des türkischen Staatspräsidenten und seiner AKP betreibt. Dass sie mittlerweile sogar in Spionageaktivitäten verwickelt zu sein scheint, ist ein direkter Angriff auf die deutsche Souveränität. Dies hält deutsche Politiker jedoch nicht davon ab, die Ditib zu einem ihrer wichtigsten Partner zu machen. Währenddessen verschließen deutsche Behörden, allen voran der sogenannte Verfassungsschutz, die Augen vor der radikal-islamischen und türkisch-nationalistischen Agitation – damit tragen sie nur zur weiteren Verschärfung des Problems bei. Werden der Ditib keine Grenzen gesetzt, muss sie sich regelrecht ermuntert fühlen, mit ihrem bisherigen Verhalten fortzufahren. Der Dienstweg von Ankara zur Ditib-Zentrale in Köln ist kurz und die Möglichkeiten zur Aufwiegelung vielfältig.

## **UID – harmloser Kulturverein oder Agitationsplattform?**

Die Union Internationaler Demokraten (abgekürzt UID) setzt sich eigenen Angaben zufolge für die Integration der Auslands-türken in EU-Staaten ein. Ursprünglich wurde sie als Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) im Jahr 2004 in Köln gegründet, erst später erhielt sie ihren heutigen Namen. Heute ist die UID in 24 europäischen Ländern vertreten und unterhält 15 regionale Zweige in Deutschland. Offiziell stellt sie sich als eine weltanschaulich neutrale Kulturinstitution dar, ist aber de facto eine Vorfeldorganisation der türkischen Regierungspartei AKP.<sup>27</sup>

Die UID organisierte bereits Erdoğan's berüchtigten Auftritt in Köln im Jahr 2008, als er eine Assimilation der Türken an die deutsche Kultur als „Verbrechen“ bezeichnete,<sup>28</sup> danach blieb es jedoch relativ still um die Organisation. Erst ab etwa 2016 gelangte sie in Deutschland wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Damals verabschiedete der Bundestag eine Resolution zur Verurteilung des Völkermordes an den Armeniern, begleitet von heftigen Protesten türkischer Verbände. Führend dabei: die UID.<sup>29</sup> Nach dem Putschversuch des türkischen Militärs im Juli 2016 bedrohten UID-Funktionäre hierzulande Kritiker des türkischen Präsidenten mit dem Tod,<sup>30</sup> der österreichische Zweig forderte öffentlich dazu auf, Oppositionelle an die türkischen Botschaften zu melden.<sup>31</sup> Regelmäßig organisiert die UID Wahlkampfauftritte von AKP-Politikern in Deutschland, so etwa 2018 in Schleswig-Holstein.<sup>32</sup>

Vieles spricht dafür, dass die UID bei solchen Aktionen ihre Anweisungen direkt aus Ankara erhält. So lud Erdoğan im Okto-

ber 2021 den Vorsitzenden Köksal Kuş nach Istanbul zu einem dreitägigen Workshop ein und schwor ihm und seine Delegation auf eine aktivere Rolle in der europäischen Politik ein: Die UID sollte „rassistische“ oder „diskriminierende“ Vorfälle an die türkischen Botschaften und Konsulate melden, um damit Stimmung für die türkische Außenpolitik zu machen. Außerdem wünschte er seine Unterstützer in Schlüsselpositionen von Regierung und Verwaltung europäischer Länder, um so die Politik der AKP vom Ausland aus unterstützen zu können. Derartige Zusammenkünfte sind kein Einzelfall: Allein im Jahr 2021 traf sich Erdoğan viermal mit Vertretern der UID, davon zweimal in Europa und zweimal in der Türkei.<sup>33</sup>

### **Bewertung:**

Die Union Internationaler Demokraten spielt europaweit eine wichtige Rolle zur Mobilisierung von Auslandstürken für Erdoğan's Zwecke. Sie können das Zünglein an der Waage bei türkischen Wahlen sein und werden von ihrem Präsidenten deshalb besonders umworben. Die UID agiert dabei sehr direkt und lädt AKP-Politiker u. a. nach Deutschland ein, sie ist von den hier analysierten Organisationen am ehesten mit einer Partei zu vergleichen. Ihre Aktionen bewegen sich normalerweise im legalen Rahmen, doch die offenbar direkte Kontrolle durch die türkische Regierung sorgt für eine enge Anbindung an den Kurs Ankaras. Damit unterhöhlt sie zugleich Versuche, türkischstämmige Einwanderer in Deutschland zu integrieren bzw. zu assimilieren.

## **Osmanen Germania – organisierte Kriminalität fürs Grobe**

Einen anderen Weg beschritten die sogenannten Osmanen Germania: Der offiziell als Boxclub geführte Rockerverein wurde wahrscheinlich um den Jahreswechsel 2014/2015 gegründet und schien zunächst viele Gemeinsamkeiten mit Gruppen wie dem Motorradclub Hell's Angels aufzuweisen.<sup>34</sup> Bereits in den ersten Monaten wuchs der Verein schneller als seine Konkurrenten: Im Jahr 2018 soll er über 300 aktive Mitglieder gehabt haben.<sup>35</sup> Drogenhandel und Straßenkämpfe mit anderen Rockerbanden machten in den kommenden Jahren regelmäßig Schlagzeilen, so nach einer großangelegten Razzia 2016 in Duisburg.<sup>36</sup> Dabei kam es zu schweren Körperverletzungen und versuchten Tötungsdelikten.<sup>37</sup> Der Verein hatte gegenüber seinen Gegnern dabei einen entscheidenden Vorteil: Er bekam verdeckte Unterstützung der türkischen Regierung. Ideologisch galten die Osmanen als türkisch-nationalistische Gruppe.<sup>38</sup>

Eine Schlüsselfigur war in diesem Zusammenhang der AKP-Politiker Metin Külünk, ein langjähriger Freund Erdoğan's. Schon seit den 1970er Jahren waren beide gemeinsam in unterschiedlichen islamistischen Formationen aktiv. In neuerer Zeit hat sich Külünk immer mehr als Erdoğan's Vertrauter für die Auslandstürken etabliert und er war das Bindeglied zwischen der hohen Politik in Ankara und der Organisierten Kriminalität in Deutschland, mit besten Beziehungen zu den Osmanen Germania.<sup>39</sup> Die Absprachen mit Erdoğan scheinen sehr eng gewesen zu sein: In einem von der Polizei abgehörten Telefongespräch soll der Präsident Külünk aufgefordert haben, im Vorfeld der Armenien-Resolution Gegner einzuschüchtern.<sup>40</sup> Dabei kam es

wohl oft zu einer Art informellen Arbeitsteilung zwischen der UID (damals noch unter ursprünglichen Namen UETD) und den Osmanen: Während die UETD öffentliche Kampagnen und Protestaktionen auf den Weg brachte, kümmerten sich die Osmanen Germania um die „schmutzige“ Arbeit auf der Straße. An den von der UETD organisierten Demonstrationen gegen die Armenien-Resolution nahmen auch Mitglieder der Osmanen als eine Art Schutztruppe teil.<sup>41</sup> Doch die gemeinsame Abstimmung zog sich sogar bis in die höchste Ebene:



Die Rockergruppe „Osmanen Germania“ fiel bis zu ihrem Verbot durch zahlreiche Gewalttaten auf. Sie erhielt vermutlich Schmiergelder aus Quellen der türkischen Regierung, um politische Gegner in Deutschland zu bedrohen.

Aus einem von der Polizei abgehörten Telefongespräch im April 2016 ging hervor, dass der Vorsitzende der UETD Rhein-Neckar, Yilmaz Ilkay Arin, den Europa-Chef der Osmanen, Mehmet Bağcı, beauftragte, eine „Bestrafungsaktion“ gegen den Fernsehmodera-

tor Jan Böhmermann auszuführen, weil dieser zuvor Erdoğan in einem Auftritt beleidigt hatte. Böhmermann musste infolgedessen für einige Zeit untertauchen und von der Polizei geschützt werden. Koordinator der kriminellen Aktion war Erdoğan's Vertrauter Metin Külünk.<sup>42</sup> Darüber hinaus soll Külünk den Osmanen Germania Bargeld gegeben haben, um Waffen zu kaufen.<sup>43</sup> Wohlgemerkt: Hier geht es nicht um eine Rechtfertigung Böhmermanns und seiner niveaulosen Aktivitäten, die nicht selten die Grenze zum Rufmord berühren. Doch dafür sind die rechtsstaatlichen Organe in Deutschland zuständig, nicht eine vom türkischen Präsidenten angeheuerte Schlägertruppe. Offenbar kam es auch mehrmals zu persönlichen Treffen zwischen den Anführern der Osmanen-Gang und hochrangigen türkischen Politikern, darunter soll auch der Präsidentenberater İlnur Çevik gewesen sein.<sup>44</sup>

Die Indizienlage scheint also eindeutig in eine Richtung zu weisen: Die türkische Regierung hat gezielt Teile der Organisierten Kriminalität in Deutschland gefördert, um mit deren Hilfe aus- und inländische Kritiker zum Schweigen zu bringen.<sup>45</sup> Anders als bei anderen Organisationen schritten die deutschen Behörden hier aber schließlich ein: Im Jahr 2018 wurden die Osmanen schließlich vom Innenministerium verboten.<sup>46</sup> Die kriminellen Aktionen gingen offenbar selbst dem damaligen Innenminister Horst Seehofer zu weit, der ja sonst gern beide Augen gegenüber Einmischungsversuchen der türkischen Politik zugedrückt hatte.

### **Bewertung:**

Seit ihrem Verbot im Jahr 2018 sind die Osmanen Germania nicht mehr tätig. Jedoch zeigt sich an ihrem Fall exemplarisch, wie skrupellos die türkische Regierung bereit ist, in Deutschland einzugreifen. Dass ein offizieller Nato-Verbündeter Schlägertrupps in

der Bundesrepublik finanziert, ihnen Aufträge zur Einschüchterung und Bedrohung von Gegnern gibt und mit ihrer Hilfe Angriffe auf den Rechtsstaat und die Pressefreiheit ausübt, ist in dieser Form wohl einmalig. Immerhin schritt die deutsche Exekutive, wenn auch spät, ein. In Zukunft ist jedoch angesichts der hohen Zahl gewaltbereiter türkischer Nationalisten in Deutschland zu erwarten, dass sich aus dem Milieu der Osmanen neue Gruppen bilden, die eine ähnliche Rolle spielen könnten.

## **Graue Wölfe – zwischen Terror und großtürkischer Propaganda**

Ihr Name leitet sich aus der alttürkischen Mythologie ab: Eine Wölfin soll die Vorfahren der Türken nach einer Niederlage gegen das chinesischen Reich einst in eine neue Heimat geführt haben.<sup>47</sup> Die Ideologie der Organisation lässt sich als radikal-nationalistisch beschreiben und ihre Symbolik ist an das Osmanische Reich angelehnt. Anhänger der Grauen Wölfe glauben an die Überlegenheit der Turkvölker, die sie unter Führung der Türkei zu einem neuen Großreich vereinigen wollen. Sie sind also in erster Linie vom Panturkismus (siehe Kapitel 2) geprägt, bleiben aber auch offen für islamistische Strömungen. Die Ursprünge der Organisation liegen in den 1970er Jahren, als die Partei der Nationalistischen Bewegung – auf Türkisch Milliyetçi Hareket Partisi (abgekürzt MHP) – gewaltbereite Jugendorganisationen in der Türkei gründete, die sich später unter einem gemeinsamen Dach zusammenschlossen. In jenen Jahren verübten sie zahlreiche Anschläge auf politische Gegner, 1981 sogar auf Papst Johannes Paul II. In radikaler Feindschaft stehen sie besonders gegen Armenier, Kurden und Griechen.<sup>48</sup>

In den 1990er Jahren machte der MHP-Vorsitzende Alparslan Türkeş das Konzept des „Europäischen Türkentums“ unter seinen im Ausland lebenden Landsleuten populär: Diese sollten zwar die Staatsbürgerschaft ihrer neuen Heimatländer annehmen, ihre türkische Identität jedoch behalten und schlagkräftige, am Faschismus orientierte Bünde bilden, um türkische Interessen auch gegen die Einheimischen durchsetzen zu können. Aufgrund dieser Ideologie werden die Grauen Wölfe, die sich im Zuge der Gastarbeiterinwanderung auch in Deutschland etabliert haben, in den Berichten des deutschen Verfassungsschutzes als Rechtsextremisten geführt. Mit über 18.000 Mitgliedern bilden sie so die größte „rechtsextremistische“ Organisation Deutschlands<sup>49</sup> – im Grunde eine irreführende Einstufung, da man bei dem Begriff doch eher an einheimische Neonazis denkt als an ausländische Extremisten. Obwohl die Grauen Wölfe also aus einem anderen Milieu als Erdoğan's AKP stammen und organisatorisch mit seinem Koalitionspartner, der MHP, verbunden sind, lässt sich in den letzten Jahren dennoch beobachten, dass der türkische Präsident sich ihre Schlagkraft zunehmend selbst zunutze machen möchte. Obwohl Erdoğan selbst eher Islamist als Nationalist ist, umwirbt er etwa seit 2014 die Grauen Wölfe gezielt, um über ihre Aktionen Gegner zu bedrohen und den ethnischen Zusammenhalt der Türken im In- und Ausland zu stärken.<sup>50</sup> Das zeigt sich nicht nur anhand einer zunehmend nationalistischen Rhetorik, sondern auch durch symbolische Handlungen auf Ebene der höchsten Diplomatie: Zu der türkische Delegation beim NATO-Gipfel 2018 gehörte auch Cemal Çetin, Vorsitzender des Dachverbandes der Grauen Wölfe in Europa.<sup>51</sup> Es scheint also, dass Erdoğan die radikalen Nationalisten gezielt auf dem internationalen Parkett salonfähig machen möchte, um sie nach und nach in das Netzwerk der ihm treu ergebenen Institutionen einzubinden.





Die Grauen Wölfe gelten als größte „rechtsextreme“ Organisation in Deutschland. Ihre türkisch-nationalistische Ideologie und ihre Gewaltbereitschaft machen sie zu einer großen Gefahr für die innere Sicherheit. Im Bild zu sehen ist ihr Handzeichen, der sogenannte Wolfsgruß.

In Deutschland agieren die Grauen Wölfe dabei vornehmlich auf legalem Wege. Zur Zeit scheint es ihnen vor allem darum zu gehen, durch Bildungsarbeit, Kulturveranstaltungen und soziales Engagement vor Ort neue Mitglieder zu gewinnen, die dann immer mehr mit türkisch-nationalistischer Propaganda in Berührung kommen. Ein Vorteil dabei ist, dass sie sowohl für säkulare als auch für streng-islamisch lebende Türken Anknüpfungspunkte bieten, ihr Einfluss also über das klassisch Erdoğan-affine Milieu sogar noch hinausreicht.<sup>52</sup> Doch ihre gewalttätigen Aktionen in der Vergangenheit lassen aufhorchen – die bisherige Zurückhaltung könnte durchaus taktisch motiviert sein. Wäh-

rend Frankreich die Tätigkeiten der Grauen Wölfe mittlerweile untersagt hat, wurde ein Antrag der AfD zum Verbot der Organisation in Deutschland von den übrigen Bundestagsparteien abgelehnt.<sup>53</sup> Hängt dies womöglich damit zusammen, dass es den Grauen Wölfen bereits gelungen ist, die entsprechenden Parteien zu infiltrieren? Beobachter sprechen jedenfalls davon, dass die Unterwanderung von CDU, SPD und FDP durch die Grauen Wölfe System habe und sich nicht nur auf einige Einzelfälle beschränke.<sup>54</sup> Die CDU Nordrhein-Westfalen, stets um die wachsende Schicht türkischer Wähler bemüht, fällt besonders häufig durch entsprechende Verstrickungen auf: Zuletzt posierte ein Mitglied des Landtags mit türkischen Aktivisten, die das Handzeichen der Grauen Wölfe, den Wolfsgruß, in die Kamera zeigten. Bereits zuvor kam es regelmäßig zu Besuchen von CDU-Politikern in den Räumlichkeiten der türkischen Nationalisten.<sup>55</sup>

### **Bewertung:**

Die Grauen Wölfe werden zwar nicht direkt von Erdoğan gesteuert, unterstehen aber seinem Koalitionspartner, der MHP. In den letzten Jahren haben sie sich immer stärker der türkischen Regierung angenähert, von der sie gezielt umworben werden. Die radikal-nationalistische Bewegung verfügt über fast 20.000 teils gewaltbereite Mitglieder in Deutschland, ist straff und hierarchisch organisiert und arbeitet an der Unterwanderung der deutschen Parteienlandschaft. Erste Erfolge kann sie bereits verzeichnen. Wenn es Erdoğan gelingt, die Grauen Wölfe als Instrument seiner Machtpolitik zu gewinnen, hat er damit eine noch stärkere Waffe in der Hand. Denn die Vergangenheit hat gezeigt, dass die türkischen Nationalisten nicht nur zu Propaganda, sondern auch zu Morden und Gewalttaten fähig sind. Und bei den Osmanen Germania hatte der türkische Präsident ebenfalls keine Skrupel.

Daher können die Grauen Wölfe derzeit als die gefährlichste türkische Organisation in Deutschland gelten.

**Fazit:**

Die türkische Politik bedient sich, um ihren Einfluss in Deutschland auszubauen, ähnlicher Mittel wie in der Türkei selbst. Eine ihrer wichtigsten Stützen ist die Ditib, die als Ableger des türkischen Diyanet direkt von der Regierung in Ankara kontrolliert wird und die religiöse Indoktrination der Deutschtürken übernimmt. Dabei wird gezielt für die aggressive Expansionspolitik der Türkei geworben und der Märtyrertod sogar Kindern schmackhaft gemacht. Neben dem größten deutschen Moscheeverband kann Erdoğan auch auf die Strukturen der Union Internationaler Demokraten (UID) zurückgreifen, die praktisch wie eine Auslandsorganisation der Regierungspartei AKP agiert und regelmäßig türkische Politiker zum Wahlkampf nach Deutschland einlädt. Die AKP-nahe Rockergruppe „Osmanen Germania“ spionierte bereits im Auftrag der türkischen Regierung Gegner aus und bedrohte sie. Mit ihrem Verbot ist Erdoğan zwar eine straßenkampffähige Gruppe abhandeln gekommen, doch die Annäherung der Grauen Wölfe an die AKP könnte ihm in Zukunft ein noch viel effektiveres Instrument liefern: Deren fast 20.000 Mitglieder sind nicht nur bereits tief in der deutschen Gesellschaft, sondern insbesondere auch in manchen etablierten Parteien verankert. Sie verfolgen ein stringentes politisches Ziel, agieren koordiniert und sind radikal und gewaltbereit. Mit ihrer Unterstützung könnte der türkische Präsident einen großen Teil der Deutschtürken auf seine Seite ziehen und auch die einheimische deutsche Gesellschaft erfolgreich erpressen.

## 7.

### **Türken in Deutschland – von der Politik umworben**

Wie wir in Kapitel fünf dargestellt haben, sind die Türken weiterhin eine der am wenigsten angepassten Einwanderergruppen in Bezug auf Sprachkenntnisse, den Kontakt zu Deutschen oder die Einbindung ins Arbeitsleben. Insbesondere bei der Schulbildung, die daran einiges ändern könnte, schneiden sie immer noch schlechter ab als die Einheimischen sowie Angehörige anderer Migrantengruppen. Damit sind bereits die Grundbedingungen einer Anpassung bzw. Assimilation in die deutsche Gesellschaft von vornherein denkbar ungünstig, was durch kulturelle, religiöse und soziale Faktoren aufrechterhalten wird und eine positive Veränderung behindert.

In diese fragile Gemengelage greift nun zusätzlich die türkische Regierung über Organisationen wie die Ditib aktiv ein und verstärkt die Segregation zusätzlich. Über den deutschen Ableger der türkischen Religionsbehörde Dyanet versucht Ankara, die Deutschtürken an sich zu binden und ideologisch im Zeichen des radikalen Islam zu festigen. Die Ditib ist nicht nur ein entscheidender weiterer Hemmschuh für erfolgreiche Integration, sondern verstärkt die mentale und räumliche Abschottung der Türken zusätzlich. Gerade auch junge Migranten werden über die Organisation beeinflusst und indoktriniert. Alles deutet darauf hin, dass Erdoğans Anstrengungen hier auf fruchtbaren Boden fallen, sind doch türkisch-nationalistische und islamisch-fundamentalistische Einstellungen bei den hier lebenden Türken

keinesfalls die Ausnahme: Die Anpassungsbereitschaft gegenüber der deutschen Gesellschaft ist in der dritten Einwanderergeneration sogar noch gesunken. Eine türkische Parallelgesellschaft, die in Ansätzen bereits etabliert ist, droht sich daher in Deutschland nun auch langfristig und über Generationen zu verfestigen. Es steht zu befürchten, dass diese Entwicklung nicht mehr rückgängig zu machen ist, wenn die deutsche Politik nicht umgehend energisch und konsequent dagegen vorgeht.

Doch die etablierten deutschen Parteien agieren genau entgegengesetzt: Statt radikale Strömungen des Islam aktiv abzublocken und die ganz offensichtlichen Versuche türkischer Einflussnahme zu unterbinden, öffnen sie einer türkisch-islamischen Unterwanderung Tür und Tor.

## **Der zunehmende Einfluss türkischer Aktivisten**

Energischen Vertretern des politischen Islam gelingt es deshalb zunehmend, sich in deutsche Behörden, Verwaltungen, Stiftungen und nicht zuletzt auch in den etablierten Parteien einzunisten.<sup>1</sup> Und dort werden sie mit offenen Armen empfangen. Seit einigen Jahren gehört es in deutschen Parteien offenbar zum guten Ton, gezielt türkischstämmige und islamische Mitglieder in herausgehobene Positionen zu bringen, um sich mit der eigenen „Vielfalt“ zu schmücken. Womöglich meint man, dadurch attraktiver für Neuwähler aus der entsprechenden Kultur zu sein. Von diesen Ambitionen profitieren also beide Seiten: Die deutschen Parteien vergrößern so ihr Wählerreservoir. Im Gegenzug können türkische Aktivisten Ressourcen und Gelder für ihre „Community“ bereitstellen, auf die Gesetzgebung einwirken und

so allmählich den Einfluss des politischen Islam in Deutschland ausbauen.

Selbstverständlich heißt dies nicht, dass sämtliche Politiker türkischer Herkunft eine Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen würden. Wenn eine erfolgreiche Anpassung an die Werte der europäischen Kultur stattgefunden haben, spricht absolut nichts dagegen, dass auch Politiker mit Wurzeln in der Türkei oder anderen islamischen Ländern zum Wohl unserer Nation beitragen.



Die türkischstämmige Politikerin Aydan Özoğuz wird gerne als Vorbild gelungener Integration gepriesen, fiel jedoch bisher v. a. dadurch auf, dass sie den politischen Islam in Schutz nahm und sich abfällig über die deutsche Kultur äußerte.

Zu nennen wäre hier etwa Ismail Tipi, bis zu seinem Tod im Februar 2023 CDU-Angeordneter im hessischen Landtag, der durchaus den Konflikt mit streng-islamischen Kräften suchte, die zur Unterwanderung der deutschen Gesellschaft angesetzt

haben.<sup>2</sup> In den Reihen der AfD ist Leyla Bilge gegen die Masseneinwanderung und die in ihrer Folge importierte islamische Frauenfeindlichkeit aktiv geworden.<sup>3</sup> Doch solche Beispiele sind rar gesät. Bei nicht wenigen türkisch-stämmigen Politikern bekommt man sogar den gegenteiligen Eindruck: Sie wurden gefördert und in einflussreiche Positionen gehievt, gerade weil sie nicht für deutsche Interessen eintreten, sondern streng-islamischen Neuwählern nach dem Mund reden.

Ein Bilderbuchbeispiel dafür, wie weit es türkische Aktivisten in Deutschland durch einflussreiche Förderer bringen können, ist die SPD-Politikerin Aydan Özoğuz. Die Tochter türkischer Einwanderer besitzt die deutsche und türkische Staatsbürgerschaft<sup>4</sup> und zog für die Sozialdemokraten 2001 in die Hamburgische Bürgerschaft und 2009 in den Bundestag ein.<sup>5</sup> Dabei wurde sie von keinem Geringeren als Olaf Scholz gefördert, der sie nach eigenen Aussagen gezielt wegen ihrer türkischen Herkunft angeworben hatte. Zuvor hatte sie etliche Jahre lang für eine große Stiftung deutsch-türkische Projekte betreut.<sup>6</sup>

Auf den ersten Blick gibt sich Özoğuz gemäßigt. Von deutschen Medien wird sie daher gerne als Musterbeispiel für erfolgreiche Integration angepriesen. Doch die Fassade hat zunehmend Risse bekommen: Teile ihrer Familie sind tief im islamistischen Milieu verwurzelt. Ihre Brüder betreiben z. B. ein radikal-islamisches Hetzportal im Internet. Zwar grenzt sie sich verbal von diesen Aktivitäten ab,<sup>7</sup> aber Zweifel an ihrer Distanz zum radikalen Islam drängen sich förmlich auf. So sprach sich Özoğuz nicht nur für die Beibehaltung von Kinderehen aus – angeblich zum Wohl der betroffenen Mädchen –,<sup>8</sup> sie forderte auch Zurückhaltung bei polizeilichen Durchsuchungen in extremistischen Mo-

scheen.<sup>9</sup> Über die Deutschen behauptete sie sogar, sie hätten es allenfalls zu einer gemeinsamen Sprache, nicht jedoch zu einer eigenständigen Kultur gebracht.<sup>10</sup> Kurzum: Die türkischstämmige SPD-Politikerin lässt kaum eine Gelegenheit aus, ihr Gastland verächtlich zu machen und die wuchernden islamistischen Netzwerke in Schutz zu nehmen. Ihre Abgrenzung zum radikalen Islam wirkt eher wie ein bloßes Lippenbekenntnis.

Kann man sich vorstellen, ein deutschstämmiger Politiker in der Türkei würde den Einheimischen erklären, sie hätten außer ihrer Sprache niemals eine „spezifisch türkische“ Kultur geschaffen? Würde so jemand nicht in hohem Bogen aus seinem Amt, vielleicht auch aus der Türkei selbst hinauskatapultiert? Deutschland aber lässt sich eine solche Niedertracht bereitwillig gefallen, ja es belohnt sie sogar: Aydan Özoğuz war damals als Integrationsbeauftragte in der Bundesregierung, hat in dieser Funktion aber, statt Integration zu fordern, die Abschottung und Distanz der Einwanderer zur deutschen Kultur noch begünstigt. Seit 2021 ist sie in ihrem Amt als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages noch einflussreicher. Wohlgemerkt: Nicht die Herkunft, sondern ihr Einsatz für türkisch-islamistische und gegen deutsche Interessen macht Politiker wie Özoğuz zu einer Gefahr für unsere Gesellschaft. Mit ihnen hat der politische Islam einen Fuß in der Tür und er wird keine Gelegenheit auslassen, seinen Einfluss auch in Zukunft auszubauen.

## **Die deutsche Politik erkennt das Wählerpotenzial**

Den Schwerpunkt für entsprechende Unterwanderungsversuche bildet seit Jahrzehnten das Mitte-Links-Spektrum. Die SPD ist dabei besonders gefährdet, denn traditionell zeigt sie eine gro-



ße Nähe zum Gastarbeitermilieu, dessen islamistische und türkisch-nationalistische Tendenzen sie offenbar bereitwillig in Kauf nimmt. Aber auch die Grünen scheinen dafür offen: 2019 versanken sie im prestigeträchtigen Bezirk Hamburg-Mitte wegen radikal-islamischer Aktivitäten einiger Abgeordneter im Chaos.<sup>11</sup> Die Linkspartei konzentriert sich mit ihrem Werben insbesondere auf die kurdische Minderheit, die aus der Osttürkei nach Deutschland eingewandert ist.<sup>12</sup> Bei den Kurden ist weniger der Islamismus das Problem als ihre Neigung zur linksextremistischen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), die seit Jahrzehnten tödliche Anschläge in der Türkei und anderen Ländern verübt. Seit fast 20 Jahren gilt die PKK in der EU nun schon als Terrororganisation.<sup>13</sup> Jedoch zeigen sich Linken-Politiker, nicht selten türkisch-kurdischer Herkunft, demonstrativ mit Symbolen der PKK<sup>14</sup> und stellen das Verbot der Untergrundorganisation infrage.<sup>15</sup>

Wir sehen also: Die Einwanderung aus der Türkei hat viele Gesichter – und nur weil jemand ein Erdoğan-Gegner ist, heißt das nicht automatisch, dass er auch einen Gewinn für die deutsche Gesellschaft darstellt. Die Versuche der Einflussnahme sind vielschichtig und die deutschen Parteien haben ganz unterschiedliche Strategien entwickelt, diesen Tendenzen zu begegnen. Man gewinnt allerdings den Eindruck, die meisten lassen sich sogar bewusst unterwandern und setzen sich dafür ein, radikale Vertreter ausländischer Interessen einzubinden oder sogar gezielt zu fördern. Mit den Einwanderern hat Deutschland nicht selten auch deren ethnische Konflikte importiert, der türkisch-kurdische Konflikt ist dafür nur ein Beispiel. Es scheint, dass solche Auseinandersetzungen zunehmend auf deutschem Boden ausgetragen werden und die etablierten Parteien dem offenbar bereit-

willing eine Plattform bieten. Zu groß ist wohl die Verlockung, neue Wählerstimmen in den nach außen abgeschotteten Migranten-Milieus einzusammeln.

In der bisherigen Aufzählung fehlt noch die CDU/CSU. Nicht ohne Grund – wir behandeln sie im Folgenden gesondert, weil sie für uns einen speziellen Fall darstellt. Zunächst könnte man ja meinen, dass eine Partei, die sich immer noch „christlich“ nennt, nicht die erste Anlaufstelle für türkisch-islamistische Kräfte wäre.



Die Unterstützung der CDU für den Bau der Kölner Großmoschee war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, der die Partei für streng-islamische Kräfte öffnete. An prominenter Stelle setzte sich Oberbürgermeister Fritz Schramma für das gigantische Bauwerk ein – was er später bereuen sollte. Die Einweihung fand durch Erdoğan persönlich statt.

Bis in die 2000er Jahre war das auch weitestgehend der Fall. So setzte Angela Merkel im Wahlkampf 2005 Signale gegen einen

EU-Beitritt der Türkei<sup>16</sup> und noch 2010 erklärte sie „Multikulti“ für gescheitert<sup>17</sup> – beides dürfte in den entsprechenden Einwanderermilieus nicht gut angekommen sein. Dass solche Aussagen in der heutigen Union nur noch schwer denkbar sind, zeigt uns, wie sehr sich diese politische Formation in nur wenigen Jahren verändert hat. Die Politik der Masseneinwanderung, auf die die CDU/CSU spätestens seit 2015 einschwenkte, bildet dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Im Hintergrund arbeiten einflussreiche Funktionäre nämlich schon weitaus länger an einer Öffnung der Union für islamistische und türkisch-nationalistische Aktivisten. Im Zentrum dieser Aktivitäten steht der CDU-Landesverband NRW: Politiker wie Fritz Schramma, langjähriger Kölner Oberbürgermeister, handelten dabei als Vorreiter. Er war einer der prominentesten Fürsprecher der Ditib-Großmoschee,<sup>18</sup> die im Jahr 2018 mitten in Köln-Ehrenfeld von Erdoğan persönlich mit einer bombastischen Zeremonie eingeweiht wurde.<sup>19</sup> Sie kann als das größte türkische Machtsymbol in Deutschland gelten. Der gewaltige Bau gleicht einer Demonstration von Erdoğan's Großmachtplänen im Herzen einer deutschen Großstadt. Obwohl das Monument des türkischen Islam ohne den unermüdlichen Einsatz des CDU-Politikers Schramma nicht möglich gewesen wäre, wurde es ihm später nicht gedankt. Erdoğan's Stellvertreter in Deutschland brauchten ihn nur so lange, bis das Bauwerk stand. Danach hatte er seine Schuldigkeit getan und wurde von der Ditib fortan ignoriert.

Nicht einmal zur Eröffnungsfeier luden ihn die türkischen Interessenvertreter ein. Im Nachhinein war dem sichtlich enttäuschten Fritz Schramma das Projekt peinlich,<sup>20</sup> doch da waren die

Tatsachen aus Beton längst geschaffen. Sein Aktivismus war aber nur der Auftakt für die Annäherung der CDU an streng-islamische und türkisch-nationalistische Kräfte. Andere sollten sich geschickter anstellen als der leichtgläubige Kölner Oberbürgermeister.

So liefen bei Armin Laschet jahrelang die Fäden der Türkei-Lobby zusammen. Seine wachswenige Haltung als einstiger Integrationsminister trug ihm den Spitznamen „Türken-Armin“ ein.<sup>21</sup> Erdoğan gratulierte Laschet höchstpersönlich zu seiner Wahl als CDU-Vorsitzender im Jahr 2021 und ließ sich eine „enge Zusammenarbeit“ versprechen.<sup>22</sup> Angesichts solcher Beziehungen wundert es nicht, dass immer neue Verstrickungen der CDU in das islamistische Milieu bekannt wurden.<sup>23-26</sup>

Laschet selbst rechtfertigte den völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Syrien und er steht mit den Sponsoren einer extremistischen Moschee in Aachen in Verbindung.<sup>27</sup> Seine Vertraute, die Bundestagsabgeordnete Serap Güler, unterhält Kontakte zu den Grauen Wölfen sowie zu der radikalen „Islamischen Gemeinschaft Mili Görüs“<sup>28</sup> und gehört heute zu den eifrigsten Fürsprechern, wenn es um mehr Einwanderung und die leichtere Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft an illegal eingereiste Migranten geht.<sup>29</sup> Seit 2021 bestimmt in Nordrhein-Westfalen auf Initiative der CDU-geführten Landesregierung die Ditib über den Religionsunterricht mit.<sup>30</sup>

Auch mit Laschets Nachfolger an der CDU-Spitze wird sich an diesen Tendenzen nichts ändern. Obwohl Friedrich Merz regelmäßig als Hardliner im Vergleich zu seinen Vorgängern dargestellt wird, entspricht dies nicht der Realität. Bei dem geplanten

neuen Aufenthaltsrecht kommt Friedrich Merz der Ampelkoalition sehr weit entgegen, sein Widerspruch ist halbherzig und dreht sich nur um Detailfragen.<sup>31</sup> In Wirklichkeit will auch er schnellere Einbürgerungen<sup>32</sup> und eine leichtere Vergabe von Visa – wobei wieder einmal der angebliche Fachkräftemangel als Vorwand herhalten muss.<sup>33</sup> Wenn Friedrich Merz doch einmal ausnahmsweise zarte Kritik an der unkontrollierten Masseneinwanderung übt, knickt er beim geringsten Gegenwind aus Richtung der Mitte-Links-Parteien zuverlässig wieder ein oder entschuldigt sich umgehend.<sup>34-35</sup>

Auch das neue CDU-Grundsatzprogramm, das als Entwurf im März 2022 vorlag, zeigt keinen Richtungswechsel in Sachen Einwanderung und Integration. Es lobt vielmehr die „Vielfalt“ und stellt Migranten vor allem als Opfer einer vermeintlich diskriminierenden deutschen Gesellschaft dar. Mit Serap Güler als Vorsitzende der Parteiprogrammkommission<sup>36</sup> bleiben die pro-türkischen, einwanderungsfreundlichen Seilschaften in der Union auch unter Merz sehr einflussreich.

Merz führt die politische Linie von Merkel und Laschet also konsequent fort: Deutschlands Grenzen sollen weit geöffnet bleiben für Einwanderer jeglicher Herkunft – und selbst für illegale Migranten winkt nach nur wenigen Jahren der deutsche Pass. Anstatt mehr Willen zu Integration und eine konsequente Anpassung an die Gastgesellschaft von den Migranten zu verlangen, redet er einer sich weiterhin abschottenden Parallelgesellschaft nach dem Mund und bedient damit das Opfernarrativ der Migrantenverbände.

## Wie das Scheitern der Integration vertuscht wird

Das Vorgehen der deutschen Parteien ist leider symptomatisch für die derzeitige Integrationspolitik. Anstatt wirksame Maßnahmen einzuführen, um die Abschottung der türkischen Einwanderer aufzuweichen und ihre Anpassung an die deutsche Gesellschaft zu fördern, findet man sich mit den Parallelgesellschaften ab und verkürt sie als „Buntheit“ und „Vielfalt“. Über Probleme wird der Mantel des Schweigens gehüllt, der Integrationsbegriff wird in sein Gegenteil verkehrt<sup>37</sup> oder gleich durch das schwammige Wort der „Teilhabe“ ersetzt. Kurz gesagt geht es nicht mehr darum, dass sich die Einwanderer der deutschen Gesellschaft anpassen sollen, sondern umgekehrt: Die Deutschen sollen es den Migranten so bequem wie möglich machen, an der Kultur ihrer Vorfahren festzuhalten und gleichzeitig immer mehr gesellschaftliche Positionen zu besetzen.<sup>38</sup> Mittlerweile hat diese Ideologie auch im Staatsdienst um sich gegriffen, wo der Migrantenanteil auf Biegen und Brechen erhöht werden soll. Dies betrifft sogar das besonders sensible Sicherheitswesen, selbst wenn die Bewerber offensichtlich nur mangelhaft geeignet sind: Bei der Berliner Polizei stieg der Migrantenanteil bei Neueinstellungen auf fast 30 Prozent.<sup>39</sup> Doch zu welchem Preis: Zwei von drei Polizeischülern des Jahres 2017 erhielten im Deutsch-Diktat die Note sechs.<sup>40</sup> Der Effekt lässt sich natürlich nicht ausschließlich mit der verstärkten Rekrutierung von Einwanderern erklären, aber mit Sicherheit ist das ein entscheidender Faktor, wenn nicht mehr Qualifikation, sondern – ausländische – Herkunft zum entscheidenden Einstellungsmerkmal wird.

Auch in der Bundeswehr steigt der Anteil von Migranten v. a. in den Mannschaften kontinuierlich an. Mittlerweile liegt er bei 26

Prozent.<sup>41</sup> Sollte eine ähnliche Absenkung der Qualitätsniveaus auch dort zu verzeichnen sein, kann einem nur Angst und Bange um die Sicherheit unseres Landes werden.

Der Versuch, staatliche Strukturen mit offiziellen oder inoffiziellen „Migranten-Quoten“ zu versehen, kann die massiven Integrationsprobleme vielleicht eine Zeit lang kaschieren, ändert aber an den Ursachen nichts. Zudem widerspricht ein solches Vorgehen fundamental jedem Qualitäts- und Leistungsgedanken. Anstatt Integration zu verlangen, wird mit solchen Maßnahmen eher die Infiltration unseres Staates betrieben. Hinweise, dass kriminelle ausländische Clans die Polizei unterwandern, haben sich in den letzten Jahren nicht ohne Grund gehäuft.<sup>42</sup> Im Fokus stehen hier v. a. arabische Clans, doch wie im Kapitel fünf dargestellt, ist auch bei den Türken der ethnisch-religiöse Zusammenhalt oft weitaus stärker als die Loyalität zur Deutschland, das ja eigentlich ihre neue Heimat sein soll.

### **Fazit:**

Türkische Organisationen sind mit den etablierten Parteien eng verzahnt. Ursprünglich haben vor allem SPD und Grüne türkische Aktivisten in einflussreiche Positionen gebracht. Viele davon lehnen die deutsche Kultur offen ab und werden gerade deshalb gefördert: Dies soll die Attraktivität der alteingesessenen Parteien bei wenig integrierten Migranten erhöhen, ihnen ein neues und wachsendes Wählerreservoir erschließen. Aktivisten wie Aydan Özoguz vertreten dabei einen Integrationsbegriff, der auf das Gegenteil des bisher Gemeinten hinausläuft: Demnach gilt es als erfolgreiche Integration, wenn Einwanderer gesellschaftliche Positionen besetzen, ohne sich der deutschen Kultur anzupassen. Mittlerweile hat sich auch die CDU als eifriger Schüler erwie-

sen und ihre Konkurrenten sogar überholt. Denn Friedrich Merz führt die Linie, die von Merkel und Laschet einst eingeschlagen wurde, konsequent fort. Auch unter seiner Führung setzt sich die CDU für mehr Einwanderung und schnellere Einbürgerungen ein. Zunehmend werden nicht nur bei politischen Ämtern, sondern auch bei den staatlichen Sicherheitsbehörden Migranten gezielt bevorzugt. Ganz gleich, ob es sich um offizielle oder verdeckte Quoten handelt – dies bedeutet immer eine Senkung der Standards. Damit untergräbt die deutsche Politik nicht nur die Anpassungsbemühungen von Einwanderern, sondern setzt auch die Sicherheit ihrer eigenen Bürger aufs Spiel.



## 8.

# Erdoğan's Machtinstrument – türkische Wähler in Deutschland

## Wachsendes Wählerpotenzial

Erstmals in den 90er Jahren hatte der damalige türkische Ministerpräsident Mesut Yılmaz versucht, Einfluss auf seine zahlreichen in Deutschland lebenden Landsleute zu nehmen, um den Bundestagswahlkampf zu Gunsten von Rot-Grün zu beeinflussen – er versprach sich von Gerhard Schröder einen leichteren EU-Beitritt der Türkei.<sup>1</sup> Aber diese noch zaghaften Einmischungsversuche wirken heute harmlos und unbeholfen, wenn man sich die aggressiven, bis ins Detail durchorchestrierten Auftritte Erdoğan's vor zehntausenden frenetisch jubelnden Anhängern in Deutschland vor Augen führt. Ein Blick auf die Zahlen kann verdeutlichen, warum sich diese massive Investition von Zeit und Geld für Erdoğan lohnt: Waren im Jahr 1998 nur 150.000 Einwanderer aus der Türkei in Deutschland wahlberechtigt,<sup>2</sup> so ist ihre Zahl bis zur Bundestagswahl 2017 dramatisch gestiegen – nämlich auf das Achtfache, also 1,2 Millionen.<sup>3</sup> Damit hat die Zahl der türkischen Wahlberechtigten etwa die Größenordnung der Wählerschaft in Mecklenburg-Vorpommern erreicht.<sup>4</sup>

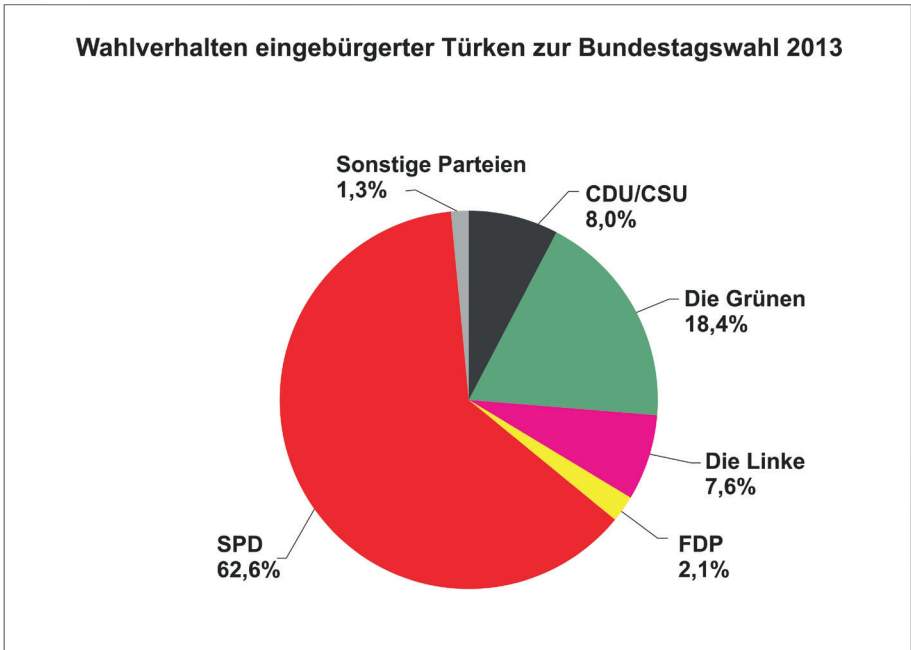
Erdoğan hat also ein Auge auf diese wachsende Wählerschicht geworfen. Schon 2008 trat er vor mehr als zehntausend Anhängern in Köln auf, um diese vor einer kulturellen Anpassung an die deutsche Gesellschaft zu warnen. In regelmäßigen Abständen

folgten ab 2011 ähnliche, immer bombastischer inszenierte Auftritte, bei denen der türkische Präsident jeweils in eine ähnliche Kerbe schlug: An erster Stelle soll die türkische Identität stehen, erst dann – und nur oberflächlich – sollen sich die Einwanderer in Deutschland integrieren.<sup>5</sup> Wie wir im vorherigen Kapitel gesehen haben, dürfte dieser Ton den hier lebenden Türken durchaus schmeicheln und ihren Abgrenzungswunsch zur deutschen Gesellschaft noch bestärken.

Während in der deutschen Debatte v. a. die Deutung überwiegt, Erdoğan wolle die Auslandstürken für seine Wahlkampagnen oder Volksabstimmungen in der Türkei mobilisieren, ist doch ein anderer Aspekt für uns viel entscheidender: Denn auch die deutschen Bundestags- und Landtagswahlen werden durch die Propaganda aus Ankara beeinflusst. Zehntausende türkische Demonstranten, fest eingeschworen auf ihren Präsidenten, Halbmondflaggen schwingend und aggressive Sprechchöre anstimmend – wer die Bilder türkischer Großdemonstrationen aus Köln, Duisburg, Berlin, Mannheim und anderen Städten auswertet, der kann nicht mehr daran zweifeln, dass eine kritische Masse zur Wahlbeeinflussung längst erreicht ist. Dank jahrzehntelanger Migration und millionenfacher Einbürgerung kaum integrierter Einwanderer sind Deutschlands Demokratie und Rechtsstaat verwundbar für Angriffe aus Ankara geworden.

Traditionell war das Milieu der türkischen Gastarbeiter jahrzehntelang gewerkschaftsnah – womöglich erleichterte die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder auch deswegen die Einbürgerungen massiv. Die Bundestagswahl 2013 zeigt hier beispielhaft die politische Tendenz türkischer Migranten: Die SPD erreichte unter den wahlberechtigten Türken eine absolute

Mehrheit von 57 Prozent, ebenso schnitten die Grünen mit 28,6 Prozent im Vergleich zu deutschen Wählern besonders gut ab. Etwas häufiger als im Durchschnitt wurde auch die Linkspartei mit 12,1 Prozent gewählt. Alle anderen Parteien, darunter selbst die CDU, erreichten nur einstellige Werte.<sup>6</sup>



Die Parteien des linken Spektrums profitierten bei der Bundestagswahl 2013 überproportional stark von der „ethnischen Wahl“. Dies erklärt z.T. ihre Neigung, die Staatsbürgerschaft möglichst früh und häufig zu verteilen.

## **Droht eine Fragmentierung wie im Libanon?**

Die linken Parteien profitieren also am stärksten vom Wahlverhalten der Türken in Deutschland. Entsprechend haben sie ein

rationales Interesse daran, sowohl die Immigration als auch die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft zu beschleunigen. Ihr unermüdlicher Einsatz für mehr Einwanderung aus islamischen Ländern lässt sich deshalb auch dadurch erklären, dass sie auf zusätzliche importierte Wählerstimmen hoffen. Dabei konzentriert sich die Linkspartei bewusst auf die kurdische Minderheit, indem sie sich auf die Seite der linksradikalen PKK stellt, die auf dem Gebiet der Türkei, Syriens und des Irak einen eigenen Kurdenstaat errichten wollen.<sup>7</sup>



Mit der zunehmenden ethnischen Fragmentierung wachsen auch die Konflikte zwischen verschiedenen Einwanderergruppen. Hier schwingen Kurden bei einer Demonstration in Frankfurt die Flaggen der linksradikalen kurdischen Unabhängigkeitsbewegung.

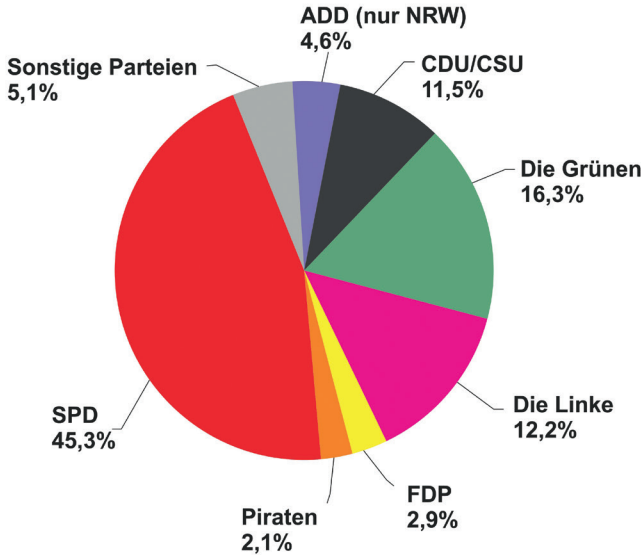
Dieses Phänomen wird von manchen Beobachtern auch als „ethnische Wahl“ bezeichnet und tritt mittlerweile in vielen multikulturell überformten Städten Europas auf. Die niederländische Hafenmetropole Rotterdam ist ein gutes, oder besser gesagt, abschreckendes Beispiel für diese Dynamik:<sup>8</sup> Wenn die Einheimischen nur noch eine Minderheit unter vielen sind, dann wird der politische Streit nicht mehr in erster Linie zwischen rechts und links, konservativ und liberal oder Markt und Staat entschieden. An die Stelle des politischen Meinungs-austausches tritt zunehmend der Kampf der ethnischen Gruppen um Einfluss und Ressourcen: Kurden gegen Türken, Araber gegen Schwarzafrikaner und im Zweifelsfall alle zusammen gegen die verbliebenen Europäer. Der französische Philosoph Alain Finkielkraut hat diese ethnische Fragmentierung in einem Interview mit der Neuen Züricher Zeitung als „Libanisierung“ bezeichnet: Wie im multikulturellen Libanon entschiede sich die Politik immer mehr anhand ethnischer Bruchlinien.<sup>9</sup> Dabei sind es oft Mitte-Links-Parteien, die sich zunehmend als Interessenvertreter bestimmter Einwanderergruppen positionieren und mit aggressiver Lobbyarbeit versuchen, diese wachsenden Wählerschichten für sich zu gewinnen.

Doch die Sozialdemokraten können sich ihres Erfolges bei den streng-islamischen Migranten längst nicht mehr sicher sein: Ihr Einsatz für die Interessen türkischer Einwanderer – oftmals gegen die Bedürfnisse der Einheimischen – reicht nicht mehr aus, denn sie werden mittlerweile von „echten“ Minderheitsparteien überboten. In den Niederlanden etablierte sich beispielsweise die Partei „Denk“, die sich gezielt an türkische Migranten richtet, indem sie ihre Nähe zur Regierung in Ankara demonstrativ zur Schau stellt.<sup>10</sup>

Und auch in Deutschland hat sich mittlerweile eine ähnliche Kraft formiert, die der SPD beim Kampf um türkische Wähler zunehmend ernsthafte Konkurrenz macht: Obwohl sie nur in Nordrhein-Westfalen antrat, erreichte die Erdoğan-nahe „Allianz Deutscher Demokraten“ aus dem Stand 4,6 Prozent bei den türkischen Wählern zur Bundestagswahl 2017. Dieser zunächst noch bescheiden anmutende Erfolg ist jedenfalls ein Anzeichen dafür, dass die Vormachtstellung der SPD bei den Türken bröckelt – so erreichte sie 2017 die dort einst sichere absolute Mehrheit schon nicht mehr.<sup>11</sup>

Und wenn erst einmal eine besser aufgestellte, an ethnischen Partikularinteressen orientierte Partei mit fähigen deutsch-türkischen Politikern antritt, dürfte es ihr wohl gelingen, die türkischen Stimmen bundesweit zu sammeln. Angesichts der Einstellungen gerade bei den jungen Türken, die wir im fünften Kapitel beschrieben haben, kann man mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, was das bedeutet: Eine solche Partei wird dem Bedürfnis vieler Türken nach einer streng-islamischen Politik Rechnung tragen müssen, um wirklich erfolgreich zu sein. Insgeheim wissen Parteivertreter der Grünen oder der SPD, dass ihre Unterstützung im türkisch-islamischen Milieu nicht selbstverständlich, ja sogar widersprüchlich ist: Der Einsatz für Gay-Pride-Paraden, für Gender-Ideologie und Frauen-Quoten auf der einen Seite verträgt sich nicht mit den islamischen Werten eines Großteils der türkischen Einwanderer.<sup>12</sup> Diese Koalition aus Regenbogenflagge und Halbmond wird nur durch das gemeinsame Feindbild zusammengehalten: Die „eklige weiße Mehrheitsgesellschaft“, wie es die Grünen unverblümt ausdrücken.<sup>13</sup> Allerdings ist es nur eine Frage der Zeit, wann ein derart bizarres Bündnis zerbricht. Denn es ist zu erwarten, dass die Zahl der türkischstämmigen

## Wahlverhalten eingebürgerter Türken zur Bundestagswahl 2017



Bei der Bundestagswahl 2017 zeigte sich ein ähnliches Bild wie 2013, doch die Vormachtstellung der SPD scheint zu sinken. Die Allianz Deutscher Demokraten erreichte unter den Türken bundesweit immerhin 4,6 Prozent, obwohl sie nur in Nordrhein-Westfalen antrat.

Wähler v. a. durch Einbürgerungen weiter anwächst. Prognosen gehen von zwei Millionen türkischstämmigen Wahlberechtigten bis zum Jahr 2030 aus und die durchschnittliche Wahlbeteiligung dieser neuen Wählerschicht liegt mit über 80 Prozent besonders hoch.<sup>14</sup> Auch durch das neue Einbürgerungsrecht der Ampel-Regierung, das die Einbürgerung schneller und leichter macht,<sup>15</sup> wird die Zahl der islamisch orientierten Wähler weiter steigen, da besonders Asylbewerber davon betroffen sein dürf-

ten. Vor allem Grüne und SPD, die bisher am erfolgreichsten bei türkischen und muslimischen Einwanderern waren, erhoffen sich damit ein strukturelles Wachstum ihrer Wählerschicht. Sie wollen gezielt von der oben beschriebenen „ethnischen Wahl“ und „Libanisierung“ profitieren. Auch die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft zieht diese Wählergruppe an und wird von türkischen Lobbyorganisationen in Deutschland positiv gewürdigt.<sup>16</sup>

Die Ampel-Koalition – und ebenso die CDU, die ihnen nicht grundsätzlich widerspricht – untergräbt mit ihrer Strategie der Masseneinbürgerung nicht nur den Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft, sondern belohnen auch illegale Einwanderung. Rechtsstaat und Demokratie werden dafür geopfert. Langfristig aber sägen die etablierten Parteien an dem Ast, auf dem sie selbst sitzen. Denn Einflussversuche von außen haben mit der Zunahme der „ethnischen Wahl“ immer größere Erfolgchancen. Der Kampf um die türkischen Wähler in Deutschland wird zunehmend härter geführt, denn je besser sich die Türken selbst organisieren, desto stärker sind linksliberale deutsche Parteien dazu gezwungen, den Interessen streng-islamischer Wähler entgegenzukommen, damit diese nicht zu den Minderheitsparteien überlaufen. Die Umschmeichelung türkischer Interessenvertreter, die Förderung radikal-islamischer Verbände aus dem Dunstkreis der Ditib, unterwürfige Besuche deutscher Politiker beim islamischen Fastenbrechen und nicht zuletzt die allgegenwärtigen „Rassismus“-Vorwürfe gegen die Deutschen werden in den nächsten Jahren weitere Blüten treiben. Deutsche Politiker liefern sich ja jetzt bereits einen Überbietungswettbewerb um die Gunst der türkischen Wähler, den sie langfristig doch nicht gewinnen können. Denn das Potenzial wurde längst von Erdoğan



selbst entdeckt, der unter seinen Landsleuten weitaus höheren Respekt als die schwächlichen „Almans“ aus den Reihen der Grünen, SPD oder CDU/CSU genießt.

## **Die Türkei demütigt Europa**

Seiner Stärke ist sich der türkische Präsident dabei sehr wohl bewusst. Obwohl etliche führende deutsche Politiker ohnehin ganz in seinem Sinne agieren, erniedrigt er sie dennoch auf offener Bühne, um seine Überlegenheit zu demonstrieren. Besonders symbolhaft ist ein Empfang Angela Merkels in Istanbul im Oktober 2015 in dieser Hinsicht geworden: Merkel neben Erdoğan auf osmanischen Prunksesseln sitzend, eingerahmt zwischen zwei riesigen türkische Flaggen. Das winzige deutsche Fähnchen dagegen lugt unscheinbar aus einer Art Gesteck hervor, wo es von einer weiteren Halbmondfahne flankiert wird.<sup>17</sup> Dem unaufmerksamen Beobachter wird die Symbolik auf den ersten Blick nicht weiter auffallen, aber das Denken in Hoheits- und Unterwerfungsgesten dieser Art ist in der islamischen Welt fest etabliert und wirkt vor allem unbewusst auf den Betrachter. Wer hier nur ein protokollarisches Versehen vermutet, ist zu sehr im westlichen Denken gefangen. Gerade in solchen Bildern manifestiert sich der Überlegenheitsanspruch eines islamischen Präsidenten gegenüber Politikern aus dem Westen.

Die Hauptadressaten einer solchen Inszenierung sind natürlich zunächst in der Türkei zu finden, doch auch an die türkischen Einwohner Deutschlands ergeht auf diese Weise die eindeutige Botschaft: Ich, Erdoğan, bin euer Anführer und zeige den westlichen Schwächlingen, dass sie mir nicht das Wasser reichen kön-

nen. Beim Besuch der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im April 2021 trieb Erdoğan diese Art der Erniedrigung noch auf die Spitze: Während er selbst auf einem goldverzierten, thronartigen Sessel Platz nahm, blieb für die angeblich mächtigste Frau Europas keine Sitzgelegenheit übrig. Wie verloren stand sie da, stammelte einige Zeit lang unsicher vor sich hin und musste sich schließlich mit einem etliche Meter weit entfernten Sofa begnügen, auf dem sonst untergeordnete Diplomaten sitzen.



Erdoğan führt europäische Politiker gerne mit symbolischen Gesten öffentlich vor. Die Positionierung der Flaggen und die Auswahl der Bestuhlung sind natürlich kein Zufall.

All dies vor laufender Kamera, aufgezeichnet für die Weltöffentlichkeit. Erdoğan verweist von der Leyen an den Katzentisch und macht aus der Anführerin Europas eine Randfigur: Gelungener

hätte der türkische Präsident dieses Machtspielchen aus Sicht seiner Anhänger nicht inszenieren können. So vormodern uns diese Inszenierung auch vorkommt – die Demütigung, die unter dem Begriff „Sofa-Gate“ um die Welt ging, können selbst westliche Journalisten nicht mehr bestreiten.<sup>18</sup>

Welchen Eindruck machen nun wohl solche Bilder auf junge Türken, die in Deutschland nicht verwurzelt sind, oft Minderwertigkeitskomplexe gegenüber den Deutschen hegen und sich nach einem starken Mann sehnen, der endlich ihren islamischen Wertvorstellungen Geltung verschafft? Einen Einblick gibt uns das türkische Verfassungsreferendum im Jahr 2017, das Erdoğan mehr Macht verschaffen sollte. Nicht nur in der Heimat, sondern auch in Deutschland warb er massiv um die Zustimmung türkischer Wähler: Tatsächlich stimmte eine satte Mehrheit der türkischen Einwanderer in Deutschland für die Änderung der Verfassung. Die Erkenntnisse aus Kapitel 5 zur Integration der Türken bestätigen sich hier noch einmal: Unter den Jungen stimmte ein größerer Teil für Erdoğan's Verfassungsreferendum als unter den Älteren. Der Präsident stößt also gerade bei der jüngeren, fundamentalistischen eingestellten Generation auf besonders große Zustimmung: 71 Prozent Ja-Stimmen bei nur 29 Prozent Nein-Stimmen sind ein deutliches Zeichen für den Erfolg seiner Propaganda.<sup>19</sup> Ein Idol wie der Fußballspieler Mesut Özil rühmte nicht umsonst Erdoğan als „seinen“ Präsidenten – er konnte sich sicher sein, den Nerv hunderttausender junger „Deuschtürken“ getroffen zu haben.

Dass Erdoğan seine Anhänger in Deutschland für seine türkischen Wahlkampagnen gewinnt, ist zwar besorgniserregend und zeigt das Scheitern der Integration. Doch unsere Hauptsorge muss eine andere sein: Die Einflussnahme auf unser eigenes politisches Le-

ben. Während sich Grüne, SPD und CDU/CSU gar nicht genug an die wachsende islamische und türkische Wählerschicht anbieten können, weiß Erdoğan sehr genau, dass er am längeren Hebel sitzt. Solange deutsche Politiker bereitwillig türkische Interessen unterstützen, haben sie von ihm allenfalls gelegentliche Demütigungen zu befürchten, so wie im Falle Merkels und von der Leyens. Solche Aktionen sind womöglich auch als Warnung an die Vertreter Europas gedacht, nicht aus der pro-türkischen Linie auszuscheren. Doch wenn sich ausnahmsweise tatsächlich einzelne Widerworte melden, hat Erdoğan auch keine Skrupel, sich direkt in den deutschen Wahlkampf einzumischen. Nachdem der Deutsche Bundestag im Jahr 2016 überraschend eine Resolution zur Anerkennung des türkischen Völkermordes an den Armeniern beschlossen hatte, gab Erdoğan im folgenden Jahr seinen Anhängern in Deutschland klare Signale, nicht mehr auf die Karte der SPD, Grünen und CDU/CSU zu setzen, da diese „türkeifeindlichen“ Positionen Vorschub leisten würden.<sup>20</sup>

Selbst wenn man meint, dies geschehe SPD, Grünen und Union recht, weil sie über Jahre nun schon das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht untergraben und zerstören, so muss man doch feststellen, dass eine gefährliche Schwelle damit überschritten ist. Denn es geht hier um eine grundsätzliche Gefahr, ganz unabhängig von der Person Erdoğan: Ein ausländischer Staatschef mischt sich völlig offen und ungeniert in unsere Belange ein und weiß dabei hunderttausende Anhänger in Deutschland auf seiner Seite. All die sorgfältig inszenierten Auftritte in Deutschland, die Großdemonstrationen vor dem Kölner Dom, die Kampagnen zum Verfassungsreferendum, die Warnung vor zu starker Integration in die deutsche Gesellschaft: Ist dies vielleicht die Generalprobe für etwas Größeres?

## 9.

### Europa am Scheideweg

Durch millionenfache Einbürgerung wollte sich die deutsche Politik eine wachsende neue Wählerschicht erschließen. Doch wie wir im letzten Kapitel gesehen haben, stehen diese Versuche auf wackligem Boden: Bisher konnten zwar SPD und Grüne profitieren, doch die oft streng-islamisch geprägten Wähler sind mindestens ebenso empfänglich für Einflussversuche aus ihrem Heimatland. In einigen Ländern Europas haben sich bereits Migrantenparteien gebildet, die sich gegen die Interessen der einheimischen Bevölkerung positionieren. Und nach diesem Vorbild weiß auch die türkische Regierung die ethnische Fragmentierung Deutschlands zu nutzen: Unterstützt durch Organisationen wie die Religionsbehörde Ditib und die teils gewaltbereiten Grauen Wölfe, wiegelt sie gezielt türkische Einwanderer auf, um so Einfluss auf den politischen Diskurs in Deutschland zu nehmen. Wie im Kapitel sechs gezeigt, schreckt sie dabei auch vor kriminellen und gewalttätigen Aktionen nicht zurück. Währenddessen verlangt Deutschland immer weniger von seinen Einwanderern; zur Steigerung der „Vielfalt“ werden sie in politische und sicherheitsrelevante Positionen gebracht, ohne dass sie die nötige Anpassungsbereitschaft an die deutsche Kultur bewiesen haben. Im Gegenteil: Einflussreiche Politiker türkischer Herkunft haben sich in einer Weise über unser Land geäußert, die man nur feindselig nennen kann.

Die Unterwanderung der deutschen Gesellschaft hat sich so bis weit in die Parteien und Sicherheitsorgane hineingefressen: Auf

diesem Nährboden wird es ausländischen Politikern leichtfallen, Deutschland zu infiltrieren, Konflikte zu schüren und die Stabilität unseres Landes zu untergraben.

Welche Konsequenzen hat das für unseren Kontinent? Wie können wir unsere Gesellschaft langfristig widerstandsfähiger gegen Einflussversuche von außen machen? Welche Abwehrmaßnahmen können wir dagegen in Stellung bringen? Und wie können wir ausländischen Politikern ihr Erpressungspotential wieder aus der Hand nehmen? Diesen Fragen wollen wir im letzten Kapitel dieses Buches nachgehen.

Erdoğan ist als Fallbeispiel hier von besonderer Bedeutung: In über 20 Jahren hat er die Grundlage dafür geschaffen, dass Ankara heute eigenständiger und selbstbewusster auftritt als je zuvor. Ganz gleich, wie sich die Lage innerhalb der Türkei noch entwickeln wird: Auf dem Fundament, das der ehrgeizige AKP-Politiker gelegt hat, können auch künftige Generationen aufbauen. Es deutet sich sogar an, dass sein Griff nach Westen noch stärker wird. Denn trotz der Rückschläge, die er in Syrien erleiden musste, kann er auf einen straff geführten Staat zurückgreifen. Zudem steht er einer in sich gespaltenen europäischen Gesellschaft gegenüber, die sich immer nachgiebig gezeigt hat und unter der aktuellen Führung besonders kraftlos agiert. Erdoğan hat diese Schwäche längst erkannt und nutzt sie eiskalt aus. Wie er die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen öffentlich vorführte, ist ein Sinnbild für die Rückgratlosigkeit und Schwäche der europäischen und insbesondere der deutschen Volksvertreter.

Die zunehmende ethnische Zersplitterung unseres Landes macht es möglich, dass auch andere ausländische Mächte dem Vorbild

der Türkei folgen und eine Art „fünfte Kolonne“ in Deutschland etablieren, mit der sie unsere Politik unter Druck setzen und den gesellschaftlichen Frieden untergraben. Durch die Einwanderung weiterer hunderttausender Asylbewerber aus islamischen Ländern wird sich die Lage zusätzlich destabilisieren – wie im Libanon drohen Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen das Land auseinanderzureißen. Dies gilt umso mehr, wenn die Ampelkoalition im Bund mit der CDU/ CSU Einbürgerungen noch weiter erleichtert und damit Millionen von Einwanderern aus fremden Kulturen mit politischer Macht ausstattet. Unsere Staatsführung arbeitet hier – man muss es so unverblümt sagen – aktiv gegen deutsche Interessen.

Dem gegenüber steht eine Gesellschaft, die jedes Selbstvertrauen, jeden Glauben an ein übergeordnetes Ziel verloren hat. So wäre nur rund ein Viertel der Befragten in Westeuropa bereit, für das eigene Land zu kämpfen – in Deutschland gerade einmal 18 Prozent.<sup>1</sup> Dieser Befund muss nicht nur beschämen, sondern er bereitet auch große Sorgen für die Zukunft. Denn wie die Massenaufmärsche der Auslandstürken für Erdoğan gezeigt haben, ist diese Selbstvergessenheit eine Eigenheit der Europäer. Das Meer an rot-weißen Halbmondflaggen, frenetischer Jubel aus zehntausenden Kehlen, zahllose junge Männer und Frauen, für die Nation und Volk an erster Stelle stehen: Wenn eine derart vitale, selbstbewusste islamische Gesellschaft auf die Müdigkeit und den Überdruß Europas trifft, dann hat ein Politiker wie Erdoğan leichtes Spiel. Er hat einen Großteil der Deutschtürken, von denen sich die meisten eben doch mehr als Türken denn als Deutsche sehen, hinter sich: Einen verlängerten Arm, mit dem er jederzeit neue Zugeständnisse von uns zu erpressen kann. Ein Land, in dem es mittlerweile mehr Lehrstühle für die Gender-

Pseudowissenschaft als für Pharmazie und klassische Philologie gibt,<sup>2</sup> ist auch intellektuell für die Auseinandersetzung mit der islamischen Welt nicht gerüstet. Und hier dürfen wir uns nichts vormachen: Auch wenn wir Deutsche uns in viele dieser Absurditäten mit einem gewissen Vorsprung stürzen, so ist das nicht unser Problem allein. Die Gleichgültigkeit und Verachtung für die eigene Kultur, das Zurückweichen vor dem radikalen Islam, die Flucht in absurde Weltanschauungen und nicht nachhaltige Lebensmodelle: Dieses Virus hat sich leider über die ganze westliche Welt verbreitet, wie ich aus meiner Arbeit im EU-Parlament nur zu gut weiß.

Kaum jemand bringt diese irrsinnige Entwicklung so treffend auf den Punkt wie der britische Intellektuelle und Publizist Douglas Murray:

*Ein sehr schwaches und wirres Denken hat sich da in den vergangenen Jahren wie ein Krebsgeschwür ausgebreitet. Und das nicht nur in akademischen Kreisen, sondern auch in der Popkultur, in Hollywood, in der Musikindustrie und den Medien. Die „New York Times“ hat Ende 2017 einen Meinungsartikel veröffentlicht mit dem Titel „Sollte ich meinem Kind erlauben, mit weißen Kindern zu spielen?“ Oder: Der „Guardian“ veröffentlichte einen Artikel über den Tod durch Fahrradunfälle in London mit dem Titel „Wieso Straßen, die von Männern entworfen wurden, Frauen umbringen“. Es wird so getan, als wäre das Ziel der Straßenbauer gewesen, die Straßen so zu entwerfen, dass mehr Frauen absichtlich überfahren werden können. Warum tun wir uns so etwas an? [...] 2019 geht es stattdessen darum, dass wir große, bärtige Männer als Frauen bezeichnen sollen, auch wenn diese sich lediglich so fühlen. Eine irritierende Forderung. Und tun wir das nicht, werden wir sogar dazu gezwungen. Das Ziel*



*ist also nicht, Harmonie zu verbreiten. Das Ziel ist es, zu spalten, zu verwirren und zu stören.<sup>3</sup>*



Die europäischen Gesellschaften sind verwundbar durch Einflussversuche äußerer Mächte. Dass sie sich in absurde und selbstzerstörerische Kulte wie die Gender-Ideologie flüchten, untergräbt ihre Glaubwürdigkeit auch nach innen.

Diese Spaltung im Inneren geht einher mit einer regelrecht unterwürfigen Haltung gegenüber allem Fremden. Die deutsche Neurose, die sich in den Jahren des größten Migrantenansturms ab 2015 überdeutlich gezeigt hat, war bisher der selbstzerstörerische Gipfel: Eine Wiederholung hat das Potential, ganz Europa

mit in den Abgrund zu ziehen. Denken wir nur an die absurden Szenen des sogenannten Flüchtlingsommers, als Helfer darum wetteiferten, sich für die Migrationspolitik ausnutzen zu lassen. Sie füllten Anträge aus und versorgten die illegalen Einwanderer mit reichlich Tipps, wie sie möglichst schnell an das Geld der deutschen Steuerzahler gelangen könnten. Diese Bilder gingen um die Welt, die sich verduzt an den Kopf gegriffen hat. Ein alter Freund aus Pakistan hat mich angerufen und diese Verwunderung in einen Satz gepackt: „The Germans are crazy!“ Er hat mir auch von der Sogwirkung berichtet, die diese Bilder in Pakistan erzeugt haben. Auf ins Paradies! Genährt wurde diese Vorstellung auch durch hier angekommene Migranten, die von ihren Smartphones Bilder an die Heimat verschickten und nicht selten in irreführender Weise ihren eigenen Status übertrieben. Wie oft habe ich gesehen, dass sogenannte unbegleitete Minderjährige auf geschenkten modernen Mountainbikes in meiner Berchtesgadener Heimat vor wunderbarer Bergkulisse, natürlich im Markentrainingsanzug, Selfies gemacht haben. Wie wirken diese Bilder wohl auf die Freunde in der Heimat gewirkt?

Viele wurden nach dem überschwänglichen Empfang in Deutschland allerdings mit der harten Realität konfrontiert. Statt eigenem Haus hieß es zunächst Sammelunterkunft, und das Geld floss auch nicht so reichlich wie erhofft. Sicher hat das viele Migranten in eine Sinnkrise gestürzt. Wie viele dieser Enttäuschten haben wir wohl mittlerweile im Land, nach all den Jahren massiver illegaler Einwanderung? Zu dem Potenzial an Aufruhr und Instabilität, das durch die Migration der türkischen Gastarbeiter geschaffen wurde, kommt nun also ein weiterer Krisenherd hinzu: Das Asyl-Fiasko unserer Bundesregierung hat Deutschland in ein regelrechtes Pulverfass verwandelt.

Würde sich nun eine Krisensituation entwickeln, so wäre das für einen Politiker wie Erdoğan die passende Gelegenheit, um von den Problemen der türkischen Innenpolitik abzulenken. Im schlimmsten Fall sähe das für unser Land bitter aus: Eine „offene“ und „vielfältige“, in Wirklichkeit aber vor allem schwache Gesellschaft steht einer relativ homogenen Bevölkerungsgruppe gegenüber, geeint durch gemeinsamen Glauben und politische Ziele. Eine Gruppe, die sich endlich das nehmen möchte, was ihr von der Mehrheitsgesellschaft angeblich vorenthalten wird: Besitz, Macht und Anerkennung.

Deutschland ist mit seiner enorm großen und stetig wachsenden türkischen und islamischen Minderheit ein hervorragender Brückenkopf im Herzen Europas. Hier kann ein Politiker wie Erdoğan auf eine große Anhängerschaft zurückgreifen, wie wir durch das Wahlverhalten der Türken in Deutschland wissen. Dazu kommen die in Jahrzehnten aufgebauten Parallelstrukturen: Imame und türkische Politiker in deutschen Parteien, die mittlerweile auf allen Ebenen der Bundespolitik vertreten sind, gesteuerte Organisationen wie die Ditib oder radikale Vereinigungen wie die Grauen Wölfe, die ein enormes Einschüchterungspotenzial haben und mit fast 20.000 Anhängern als größte „rechtsextreme“ Organisation in Deutschland gelten.<sup>4</sup> Wird unsere Polizei überhaupt dazu in der Lage sein, einen möglichen Aufstand solcher Gruppen niederzuschlagen? Erinnern wir uns an die Situation beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg: Damals reichten gerade einmal 1.500 Antifa-Gewalttäter aus, um die zweitgrößte deutsche Metropole über etliche Tage lahmzulegen.<sup>5</sup> Nun sprechen wir aber von einem Vielfachen dieses Gewaltpotenzials! Falls ausländische Regierungen einen Anlass zur Einmischung in unsere zunehmend wehrlosen Gesellschaften finden – wer oder was sollte sie momentan daran hindern?

So weit muss es freilich nicht kommen. Wenn wir als Deutsche und Europäer daher das Ruder herumreißen wollen, müssen wir gehörige Anstrengungen unternehmen. Angelehnt an die vorangehenden Kapitel stelle ich im Folgenden neun Thesen vor, wie wir uns gegen solche Aggressionen erwehren können. Das Beispiel der Türkei ist aktuell die größte Bedrohung, doch diese Handreichung kann uns auch für künftige Fälle ähnlicher Art nützlich sein.

### ***1. Geschichtliches Wissen wahrheitsgetreu vermitteln***

Die osmanische Bedrohung war ein halbes Jahrtausend lang die größte Gefahr für den Fortbestand Europas. Von Ungarn bis Griechenland, von der Ukraine bis nach Kroatien litten zahlreiche europäische Völker unter dem Joch der türkischen Fremdherrschaft. Auch Mitteleuropa und der deutsche Raum waren unmittelbar von einer türkischen Invasion bedroht, wie die zweimalige Belagerung Wiens zeigt. Für viele europäische Nationen ist die Unabhängigkeit erst durch den Befreiungskampf gegen die Sultane aus Istanbul erreicht worden. Europas jahrhundertelanger Kampf gegen die türkisch-islamische Macht muss wieder einen angemessenen Platz im Bewusstsein der Bürger finden, sei es durch Gedenktage, Forschungsförderung oder eine gezielte Behandlung im Geschichtsunterricht. Nur mit diesem Wissen kann Europa das Ausmaß der aktuellen Bedrohung richtig einschätzen. Durch eine neue positive Gedenkpolitik müssen wir uns wieder selbstbewusst als Deutsche und Europäer begreifen sowie auf unsere Geschichte und Zivilisation mit Stolz blicken. Ein gesundes Selbstbewusstsein ist nötig, um dem Griff fremder Mächte nach Europa stark entgegenzutreten zu können.

## ***2. Keine freie Hand für Politiker wie Erdoğan***

Die türkische Expansionspolitik des letzten Jahrzehnts, etwa gegen die Nachbarstaaten Syrien und Armenien, war auch deshalb möglich, weil die meisten europäischen Regierungen Erdogans Treiben ignoriert haben – allen voran die deutsche Bundesregierung.<sup>6</sup> Wahrscheinlich kam es der EU-Führung sogar gelegen, dass die russischen Verbündeten Armenien und Syrien auf diese Weise geschwächt wurden. Doch hat sie damit die Türkei gestärkt und sich selbst noch erpressbarer für Erdogans Methoden gemacht. Um ihre Verhandlungsposition gegenüber der Türkei zu verbessern, muss die EU klare Grenzen setzen, etwa in Form von Sanktionen und diplomatischem Druck. Dass man dem türkischen Präsidenten weiterhin Erpressungsmöglichkeiten in Form des vollkommen falsch konstruierten Flüchtlingspakts zu Füßen legt, muss ein Ende finden. Erdogan weiß unsere bisherige Schwäche genau zu nutzen und verstärkte zuletzt auch seine Angriffe auf Europa selbst. Die ständigen Grenzüberschreitungen gegenüber Griechenland und Zypern müssen entsprechend beantwortet werden. In der Migrationskrise 2020 haben die Griechen gezeigt, dass sie willens sind, dem vielfach überlegenen türkischen Nachbarn die Stirn zu bieten. Dafür brauchen sie endlich die volle Rückendeckung der anderen europäischen Nationen. Denn es ist auch unsere Sicherheit, die in der Ägäis verteidigt wird. Nicht Nachgiebigkeit, sondern Rückgrat und Selbstbewusstsein werden dem türkischen Präsidenten Respekt abverlangen. Vergessen wir nicht: Respekt ist eines der höchsten Güter der muslimischen Kultur.

### ***3. Verbindliches Migrationsabkommen im Interesse Europas***

Um eine neue Massenmigration nach Europa und Deutschland zu verhindern, ist und bleibt die Türkei ein Schlüsselland. Millionen von Migranten reisen über die Türkei nach Europa ein. Sie ist eine der wichtigsten Durchgangsstationen zwischen Ländern wie Afghanistan, Syrien, dem Irak und Europa.

Es gibt zwar gute Gründe, Erdoğan's außenpolitischen Machtgewinn einzudämmen, aber auf eine Kooperation mit der Türkei kann die EU gerade in der Migrationsfrage nicht verzichten. Das Abkommen aus dem Jahr 2016 ist jedoch vollkommen mangelhaft – die Details sind nicht durchdacht und der informelle Charakter lässt es zu, dass Erdoğan es regelmäßig bricht bzw. immer höhere Forderungen an die europäische Seite stellt. Ein neues, völkerrechtlich bindendes Vertragswerk ist deshalb nötig. Es muss die umgehende, konsequente Rückführung sämtlicher in Griechenland angelandeter Migranten beinhalten, ohne dass im Gegenzug andere Einwanderer nach Europa einreisen können. Auch muss es bei Nichteinhaltung klare Vertragsstrafen geben, um ständige Verletzungen wie in den letzten Jahren zu vermeiden. Ein solches Abkommen wird etwas kosten, aber wenn die EU aus einer Position der Stärke heraus verhandelt, dann wird es auch gelingen, Erdoğan zum Einlenken zu bewegen. Dabei müssen wir immer von unserem eigenen Interesse ausgehen: Wie verhindern wir am effektivsten, dass eine neue Völkerwanderung über Europa hereinbricht? Wenn es dafür nötig ist, dass die Türkei ihre eigenen Grenzen im Osten abriegelt, sollten wir ihr hier nicht in den Rücken fallen. Es kann nicht darum gehen, anti-türkische Politik zu betreiben, sondern eine Politik im Sinne

von Deutschland und Europa. Und das kann nur heißen, selbstbewusst zu den eigenen Interessen zu stehen. Eine direkte und kontrollierte Hilfestellung beim Bau eines Grenzzaunes sollte deshalb von europäischer Seite durchaus auch erwogen werden.

#### ***4. Kein EU-Beitritt der Türkei***

Als Mitglied der EU wäre die Türkei mit fast 90 Millionen Einwohnern noch vor Deutschland das bevölkerungsreichste Land der EU und zugleich die stärkste Militärmacht vor Frankreich. Das kann nicht im Sinne der europäischen Nationen sein: Nicht nur würde das politische Gleichgewicht in Europa völlig durcheinandergeraten, auch könnte ein Wegfall der Grenzen zur Türkei selbst eine neue Masseneinwanderung auslösen. Gefährdet sind dabei insbesondere diejenigen Staaten, die bereits jetzt eine bedeutende türkische Bevölkerung aufweisen – was nicht nur für einige Balkanländer, sondern gerade auch für Deutschland gilt. Und vergessen wir nicht, dass eine Aufnahme der Türkei zu einem sprunghaften Anstieg der islamischen Bevölkerung in der EU führen würde. Der bisherige Anteil von 6,4 bis 6,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung würde noch weiter steigen.<sup>7</sup> Sehr wahrscheinlich ist es, dass eine solche demographische Unwucht zu massiven Ansprüchen des politischen Islam führen und unser bisheriges Gesellschaftssystem, die Art unseres Zusammenlebens, unsere Kultur und unser freiheitliches Leben auf den Kopf stellen würde. Damit würden sich die unheilvollen Tendenzen der letzten Jahre und Jahrzehnte ruckartig verschlimmern. Ein entscheidender Grund gegen einen türkischen EU-Beitritt liegt also auch in der deutschen Innenpolitik.

Gegen eine Erleichterung des Handels spricht nichts, doch eine volle Mitgliedschaft in der Europäischen Union kann für keinen vernünftigen Menschen das Ziel sein. Gleichzeitig müssen womöglich die Investitionsregeln verschärft werden, damit die fragilen Balkanstaaten nicht zu abhängig von türkischer Einflussnahme werden. Insbesondere die Moscheen sollte man außerdem genauer unter die Lupe nehmen, denn über sie versucht Erdoğan, seine „Soft Power“ im Balkanraum geltend zu machen. Für die EU-Beitrittskandidaten unter den Balkanländern müssen strengste Kriterien angelegt werden, damit die Türkei nicht durch die Hintertür Stellvertreter für ihre Interessen nach Brüssel entsenden kann.

## ***5. Einwanderung strengstens begrenzen***

Die Einwanderung der türkischen Gastarbeiter war und ist bis heute in der überwiegenden Mehrzahl eine Belastung für Deutschland. Gerade weil Bundespräsident Steinmeier und andere politische Größen faktenwidrig behaupten, Deutschland sei nach dem Krieg durch die Gastarbeiter aufgebaut worden,<sup>8</sup> muss dem die historische Wahrheit entgegengehalten werden. Das öffentliche Gedenken und der Geschichtsunterricht in den Schulen dürfen sich nicht von den politischen Interessen der Migrationsbefürworter vereinnahmen lassen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sollten uns in zweierlei Hinsicht eine Warnung sein: Erstens ist es generell keine gute Idee, eine große Zahl kulturell fremder Menschen einwandern zu lassen. Zweitens ist es unheimlich schwer, Einwanderer, die sich einmal niedergelassen haben, wieder aus dem Land heraus zu bekommen. Bei den Gastarbeitern war dies ja, wie zu Anfang des Buches beschrieben, ebenfalls



vorgesehen. Das Scheitern dieses „Rotationsprinzips“ mahnt uns, ähnliche Experimente in Zukunft zu vermeiden. Überlegungen der EU-Führung, eine „temporäre“ Migration aus Afrika und dem Nahen Osten zu forcieren, führen leider genau in die falsche Richtung. Ein Meilenstein auf diesem Irrweg ist der neue EU-Migrationspakt, den wir mit oberster Priorität bekämpfen müssen.

## ***6. Null Toleranz gegen Islamismus und Terror***

Unterwanderungsversuche der Ditib als ausländischer Arm der Erdoğan-Regierung sind innenpolitisch eine enorme Gefahr für Deutschland. Jegliche Auslandsfinanzierung von Moscheen und Imamen muss per Gesetz verboten werden. Im Zweifel sind die Geheimdienste einzubinden, um eine Aufwiegelung von Bevölkerungsteilen durch türkische Prediger zu unterbinden. Die Eindämmung der Grauen Wölfe spielt eine besondere Rolle. Mit ihrer straff geführten Organisation, ihrer breiten Verankerung im säkularen und islamischen Milieu und mit ihrer Gewaltbereitschaft sind sie eine ständige Gefahr für den inneren Frieden. Noch kämpfen sie vor allem auf eigene Rechnung, aber die türkische Regierung nutzt ihre Radikalität immer offener für eigene Zwecke. Es muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden, dass ein aus Ankara gesteuerter Schlägertrupp unsere Straßen unsicher macht und uns erpressen kann.

Wie für den radikalen Islam gilt das ebenso für andere extremistische Bewegungen aus dem Ausland. Die Umtriebe der linksextremen kurdischen PKK und ihrer Schwesterorganisationen dürfen nicht länger hingenommen werden. Ein Verbot ihrer Aktivitäten und Symbole kann nur ein erster Schritt sein, auch ihre Struktu-

ren müssen nachhaltig zerschlagen werden. Nur so kann verhindert werden, dass die vielfältigen ethnischen, religiösen und politischen Konflikte des Nahen Ostens weiter auf deutschen Boden übergreifen. Deutschland darf kein Rückzugs- oder Operationsgebiet für ausländische politische Bewegungen sein. Selbstverständlich bleibt die Aufnahme von individuell Verfolgten gemäß unseren Asylbestimmungen davon unberührt.

### ***7. Anpassung fordern, Rückkehr erleichtern, Einbürgerung erschweren***

Die weit verbreiteten Integrationsprobleme der türkischen Einwanderer müssen endlich zu einem Paradigmenwechsel führen: Wir dürfen mehr Anpassungsbereitschaft fordern und sollten restriktiver umgehen mit der Vergabe von Staatsbürgerschaften an Einwanderer, die wenig bis nichts mit Deutschland verbindet. Mit der allzu schnellen Einbürgerung wurde es erst ermöglicht, dass sich allmählich eine „fünfte Kolonne“ herausbilden konnte, die ausländischer Einflussnahme auf die deutsche Innenpolitik Tür und Tor öffnet. Stattdessen muss die tiefgreifende kulturelle Anpassung, also Assimilation, das langfristige Ziel sein. Hier braucht es Geduld und eine Strategie über mehrere Generationen, die alle Bereiche der Gesellschaft mit einbezieht.

Niemand sollte mehr allein wegen seines Geburtstortes oder aufgrund einer bestimmten Aufenthaltsdauer in Deutschland eingebürgert werden. Zu oft verkommt der deutsche Pass auf diese Weise zu einem allseits verfügbaren Ramschartikel, der beinahe bedingungslos verschenkt wird. Man wird ihn erst wieder wertschätzen, wenn sein Erwerb mit Mühe und Anstrengung verbunden ist. Dies setzt den Anreiz, dass sich Einwanderer an die

deutsche Gesellschaft wirklich anpassen. Dazu schlage ich drei Maßnahmen vor:

1. Wiedereinführung des bewährten Abstammungsprinzips, das Neugeborenen automatisch die Staatsbürgerschaft der Eltern zuweist, wie vor dem Jahr 2000.
2. Strenge Reglementierung der Vergabe von Staatsbürgerschaften an Nicht-EU-Bürger, z. B. über eine jährliche Deckelung und einen strukturierten Bewerbungsprozess: Nur die am besten Integrierten dürfen infolge ihrer besonderen Anpassungsleistung deutsche Staatsbürger werden. Eine Einbürgerung ist eine aktive Entscheidung für Deutschland, die man nicht mit halbem Herzen treffen kann. Deshalb gilt es eine doppelte Staatsbürgerschaft auszuschließen. Und doch erhält auf diese Weise jeder eine gerechte Chance zur Einbürgerung, aber ohne den Automatismus, der unsere Staatsbürgerschaft in den letzten Jahren entwertet hat.
3. Förderung der Remigration durch politische und finanzielle Anreize: Nach wie vor fühlen sich zahlreiche Türken der Türkei stärker verbunden als Deutschland. Dies beweist auch die immer noch nennenswerte Rückkehrbereitschaft, die wir in Kapitel 5 dargestellt haben. Ihnen müssen wir eine freiwillige, unkomplizierte und rechtssichere Rückreise ermöglichen. Das Ziel dieser Politik ist also ein doppeltes: Diejenigen, die sich aktiv und nachhaltig unserer Kultur anpassen, können eine langfristige Bleibeperspektive und in besonders erfolgreichen Fällen sogar die Staatsbürgerschaft erhalten. Für alle anderen muss die Rückkehr in ihre Heimat das politische Ziel sein.

## ***8. Kein ausländischer Wahlkampf auf deutschem Boden***

Die bedrohlichen Auftritte Erdoğan's zur Mobilisierung der Auslandstürken sind einerseits ein Symptom gescheiterter Integration, andererseits beschleunigen sie selbst wiederum den Prozess der Abschottung von der deutschen Gesellschaft. Ein Wahlkampfverbot für Politiker aus dem Nicht-EU-Ausland könnte diesen Teufelskreis durchbrechen. Diese Maßnahme mag zunächst unverhältnismäßig erscheinen, doch die Niederlande haben sie unter ihrem liberalen Ministerpräsidenten Rutte erfolgreich umgesetzt. Kombiniert mit der Null-Toleranz-Politik gegenüber ausländischem Extremismus kann dies zu einer Beruhigung der innenpolitischen Lage führen und die importierten ethnischen Spannungen zumindest etwas abmildern.

## ***9. Privates und Politisches trennen***

Wir haben uns nun sehr kritisch mit der Rolle der türkischen Politik und nicht zuletzt der Einwanderung für die Zukunft unseres Landes auseinandergesetzt – und daran gibt es auch nichts zu rütteln: Denn Erdoğan's Einflussnahme wie auch der schlecht integrierte Teil der türkischen Migranten sind für Deutschland und andere europäische Länder eine Herausforderung. Sollten wir deswegen aber jeden Türken mit Feindseligkeit oder Herablassung behandeln? Ganz klar: Nein! Ich selbst pflege seit vielen Jahren gute und herzliche Beziehungen zu Menschen unterschiedlichster Nationalitäten, darunter auch Türken. Es gibt einen Unterschied zwischen dem politischen Anspruch, unsere deutsche Gesellschaft stabil zu erhalten, und unserem Alltag. Der einzelne Türke ist nicht unser Feind und wird es nie sein. Viele

von ihnen haben sich einst falsche Vorstellungen über Deutschland gemacht und scheitern nun an der Realität, die sich ganz anders darstellt als erwartet. Die deutschen und türkischen Politiker sind die Verantwortlichen der Misere. Gegen sie muss sich unser Zorn und Protest richten. Wer nun meint, auf türkische Speisen oder Urlaubsreisen in die Türkei verzichten zu müssen, um uns politisch irgendwie voranzubringen, macht sich – gelinde gesagt – lächerlich. Das ändert an der Problematik der Masseneinwanderung und gescheiterten Integration überhaupt nichts. Die Lösung muss eine politische sein – zum Wohle aller.

### **Ausblick:**

Bei meinen zahlreichen Vorträgen zur der Thematik bin ich immer wieder gefragt worden, ob die EU nicht sogar Interesse an einer um Teile des Nahen Ostens vergrößerten, neo-osmanischen Türkei hätte – als solides Bollwerk gegen die illegale Einwanderung und die zahlreichen Konflikte der ganzen Region. Diesen Überlegungen kann ich nur aufs Schärfste widersprechen: Wie oben dargelegt, sollte uns zwar durchaus an einer stabilen, kooperativen Türkei gelegen sein, die ihre Grenzen nach Osten zu schützen vermag. Doch angesichts der Schwäche Europas und des türkischen Bevölkerungswachstums ist es keine gute Idee, sich von einem einzigen, vor Kraft nur so strotzenden Partner abhängig zu machen – denn dieser wird seine Übermacht nutzen, sobald sich ihm eine Gelegenheit dazu bietet. Unser Ansatz muss daher differenzierter sein:

- Die türkische Expansion eindämmen, aber gleichzeitig die Türkei als Partner achten und ihre Position zum Vorteil Europas nutzen.

- Erdoğan die Stirn bieten, wo es für die Sicherheit Europas nötig ist, ihm aber die ausgestreckte Hand reichen, wenn er bereit ist, nach fairen Maßstäben und auf Augenhöhe zu verhandeln.

Ich bin überzeugt: Mit meinen hier ausgeführten neun Thesen, beschreiten wir genau den richtigen Weg. Denn die Sicherheit Europas gerade in der Migrationsfrage ist zu fragil, um sie für einen kurzfristigen Gewinn zu riskieren. Das vorgeschlagene Bündel aus kurzfristigen Maßnahmen und dauerhaften Strategien wird nicht einfach umzusetzen sein, doch ist es die notwendige Reaktion auf eine außerordentliche Bedrohungslage. Der Griff nach dem europäischen Kontinent ist derzeit leicht möglich.

Unsere europäischen Freunde aus Frankreich oder Schweden sind uns, was die Islamisierung betrifft, schon einige Jahre voraus: Hier könnte sich das Feuer aus verschiedenen Ecken heraus schnell übertragen. Oder steht gar die „finis Europae“, das Ende Europas bevor? Wir haben es selbst in der Hand.



## Quellenverweise

### Vorwort

- 1 <https://nordicmonitor.com/2022/03/erdogan-asked-european-citizens-of-turkish-origin-to-rally-behind-one-nation-one-flag-and-one-state/> (abgerufen 25.01.2023).
- 2 <https://www.tccb.gov.tr/en/news/542/135778/-the-military-operation-russia-has-launched-against-ukraine-is-unacceptable-> (abgerufen: 25.01.2023).
- 3 <https://nordicmonitor.com/2022/03/erdogan-asked-european-citizens-of-turkish-origin-to-rally-behind-one-nation-one-flag-and-one-state/> (abgerufen 25.01.2023).
- 4 <https://www.businessinsider.de/politik/tuerkei-russland-ukraine-wie-recep-tayyip-erdogan-zum-wichtigsten-vermittler-im-ukraine-krieg-wurde-b/> (abgerufen: 25.01.2023).
- 5 <https://www.n-tv.de/politik/Erdogan-zaehlt-Schweden-und-Finnland-an-article23625001.html> (abgerufen: 27.01.2023).
- 6 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-beitritt-schweden-tuerkei-101.html> (abgerufen: 27.01.2023).
- 7 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/pkk-mitglied-auslieferung-schweden-verhaftet-101.html> (abgerufen: 27.01.2023).
- 8 <https://de.euronews.com/2023/01/23/erdogan-an-schweden-erwarten-sie-keine-unterstuetzung-von-uns> (abgerufen: 24.01.2023).
- 9 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/tuerkei-bombenangriff-irak-s-yrien-kurden-100.html> (abgerufen: 25.01.2023).
- 10 <https://www.spiegel.de/ausland/zwei-tote-in-tuerkischer-grenzregion-erdogan-droht-mit-bodenoffensive-in-nordsyrien-a-7004294b-7743-4425-a950-b4af7c1f1fa9> (abgerufen: 25.01.2023).
- 11 <https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/eu-s-external-borders-in-2022-number-of-irregular-border-crossings->



highest-since-2016-YsAZ29#:~:text=In%202022%2C%20Frontex%20had%20about,both%20attempts%20and%20successful%20crossings. (abgerufen: 24.01.2023).

- 12 Frontex (Hrsg.): Risk Analysis for 2022/2023, Warschau 2022, S. 41.
- 13 <https://www1.wdr.de/nachrichten/erdbeben-tuerkei-syrien-ueberblick-100.html> (abgerufen: 28.02.2023).

## **1. Warum die türkische Geschichte heute noch relevant ist**

- 1 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 19-22 u. 36.
- 2 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 19-22, S. 37-45.
- 3 <https://www.ma-shops.de/emporium/item.php?id=23441> (abgerufen: 12.10.2020)
- 4 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 19-22, S. 51-55, u. 80ff.
- 5 Giese, Friedrich (Hrsg.): Die altosmanische Chronik des 'Acıkpaçazâde, Leipzig 1929, S. 20.
- 6 Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei, 2. Aufl., München 2001, S. 10f.
- 7 Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei, 2. Aufl., München 2001, S. 9f.
- 8 a.a.O., S. 11.
- 9 <https://www.sueddeutsche.de/politik/geschichte-der-lange-weg-der-tuerkei-nach-europa-i-1.914256> (20.11.2020).
- 10 Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei, 2. Aufl., München 2001, S. 12.
- 11 Matuz, S. 127.
- 12 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 114ff.

- 13 <https://www.welt.de/geschichte/article200969996/Tuerken-vor-Wien-1529-Jungfrauen-bis-in-den-todt-genoettigt.html>  
(abgerufen: 28.02.2023).
- 14 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 115f.
- 15 Matuz, Josef: Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte, Darmstadt, 2. Aufl. 1990, S. 107-114.
- 16 <https://www.theguardian.com/uk/2004/mar/11/highereducation.books>  
(abgerufen: 30.11.2021).
- 17 O'Brien, Peter: European perceptions of Islam and America from Saladin to George W. Bush. Europe's fragile ego uncovered., Basingstoke 2009, S. 75.
- 18 Steinbach, S. 13f.
- 19 a.a.O., S. 14.
- 20 ebd.
- 21 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 136.
- 22 Steinbach, S. 15.
- 23 a.a.O., S. 15f.
- 24 Matuz, S. 202f.
- 25 Steinbach, S. 16.
- 26 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 292-296.
- 27 Matuz, S. 213.
- 28 a.a.O., S. 217ff.
- 29 a.a.O., S. 300f.
- 30 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 283f.
- 31 Herm, Gerhard: Der Balkan. Das Pulverfaß Europas, Düsseldorf 1993, S. 278.
- 32 Matuz, S. 228-230.

- 33 Steinbach, S. 19.
- 34 Matuz, S. 238f.
- 35 Steinbach, S. 18-19.
- 36 Matuz, S. 256.
- 37 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 361f.
- 38 a.a.O., S. 372f.
- 39 Matuz, S. 257.
- 40 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 359-361.
- 41 Schulze, Reinhard: Geschichte der Islamischen Welt von 1900 bis zur Gegenwart, München 2016, S. 67.
- 42 Matuz, S. 260f.
- 43 Aksakal, Mustafa: The Ottoman Road to War in 1914: The Ottoman Empire and the First World War (= Cambridge Military Histories), Cambridge 2006, S. 115.
- 44 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 365.
- 45 Lüdke, Tilman: Jihad made in Germany: Ottoman and German propaganda and intelligence operations in the First World War (= Studien zur Zeitgeschichte des Nahen Ostens und Nordafrikas), Münster 2005, S. 33–34.
- 46 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 367f.
- 47 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 368.
- 48 a.a.O., S. 368f.
- 49 Jörg Berlin, Adrian Klenner: Völkermord oder Umsiedlung. Das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich, Darstellung und Dokumente, Köln 2006, S. 44ff.
- 50 Akçam, Taner: Armenien und der Völkermord. Die Istanbuler Prozesse

- und die türkische Nationalbewegung, 2. Aufl., Hamburg 2004, S. 72.
- 51 <https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-soll-v%C3%B6lker-mord-an-armeniern-anerkennen/a-18386362> (abgerufen: 24.11.2020).
- 52 Schaeffgen, Anette: Schwieriges Erinnern. Der Völkermord an den Armeniern, Berlin 2006, S. 84.
- 53 <https://www.bbc.com/news/world-europe-16352745> (abgerufen: 20.11.2020).
- 54 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogan-spricht-armeniern-erstmal-beileid-aus-a-965828.html> (abgerufen: 24.11.2020).
- 55 <https://www.welt.de/kultur/article13235492/Denkmal-fuer-die-toten-Armenier-wird-abgerissen.html> (abgerufen: 24.11.2020).
- 56 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/erdogan-und-alijew-schu-echtern-armenien-ein-17095521.html> (abgerufen: 20.04.2021).
- 57 Kreiser, Klaus/ Neumann, Christoph: Kleine Geschichte der Türkei, 2. Aufl., Stuttgart 2008, S. 377ff.
- 58 [https://www.deutschlandfunk.de/griechenland-und-die-tuerkei-eine-lange-tiefe-feindschaft.724.de.html?dram:article\\_id=488013](https://www.deutschlandfunk.de/griechenland-und-die-tuerkei-eine-lange-tiefe-feindschaft.724.de.html?dram:article_id=488013) (abgerufen: 03.06.2021).
- 59 Steinbach, S. 24-27.
- 60 a.a.O., S. 27-31.
- 61 a.a.O., S. 30-32.
- 62 Rill, Bernd: Kemal Atatürk, Reinbek 1985, S. 100.
- 63 <https://www.srf.ch/news/international/einst-kirche-und-museum-hagia-sophia-kann-wieder-als-moschee-genutzt-werden> (abgerufen: 20.11.2020).
- 64 Steinbach, S. 37-39.
- 65 a.a.O., S. 45.
- 66 a.a.O., S. 33ff.
- 67 a.a.O., S. 41ff.
- 68 a.a.O., S. 47-50.

- 69 a.a.O., S. 51-53.  
70 Kreiser, Klaus: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, München 2012, S. 102-105 u. 108.  
71 a.a.O, S. 111ff.

## **2. Erdoğan's Machtpolitik im Zeichen des Fundamentalismus**

- 1 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/putsch-in-der-tuerkei-warum-erdogan-so-hart-reagiert-a-1104213.html> (abgerufen: 28.09.2021).  
2 <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/recep-tayyip-erdogan-hat-er-sein-diplom-gefaelscht-a-1098259.html> (abgerufen: 28.09.2021).  
3 <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253186/der-aufstieg-des-recep-tayyip-erdoan> (abgerufen: 30.10.2021).  
4 <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/905495-Es-darf-keine-Kritik-geben.html> (abgerufen: 28.09.2021).  
5 ebd.  
6 <https://www.merkur.de/politik/erdogan-gefaengnis-journalistengedicht-haftsstrafe-dauer-geldstrafe-90095472.html> (abgerufen: 28.09.2021).  
7 <https://www.merkur.de/politik/akp-tuerkei-partei-ziele-wahl-parlament-regierung-bedeutung-90099294.html> (abgerufen: 30.10.2021).  
8 <https://www.welt.de/politik/ausland/article132590904/AKP-hebt-Kopftuchverbot-an-staatlichen-Schulen-auf.html> (abgerufen: 30.10.2021).  
9 [https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-protest-gegen-religioese-schu-len.680.de.html?dram:article\\_id=321886](https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-protest-gegen-religioese-schu-len.680.de.html?dram:article_id=321886) (abgerufen: 30.11.2021).  
10 <https://www.tagesschau.de/ausland/referendumtuerkei114.html> (abgerufen: 30.10.2021).

- 11 <https://www.derstandard.at/story/1812663/erdogan-als-europaeer-des-jahres-ausgezeichnet> (abgerufen: 28.09.2021).
- 12 International Institute for Strategic Studies (Hrsg.): The Military Balance 2022. Routledge, London 2021, S. 152.
- 13 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36914/umfrage/streitk-raefte-der-nato/> (abgerufen: 06.02.2023).
- 14 <https://www.srf.ch/news/international/unterdrueckung-der-uiguren-erdogans-kritik-an-china-verstummt> (abgerufen: 21.09.2021).
- 15 [https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-aussenpolitisch-zunehmendisoliert.795.de.html?dram:article\\_id=318593](https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-aussenpolitisch-zunehmendisoliert.795.de.html?dram:article_id=318593) (abgerufen: 21.09.2021).
- 16 <https://jamestown.org/another-wave-of-pan-turkism-allegedly-on-the-rise-in-central-asia/> (abgerufen: 10.09.2021).
- 17 <https://www.welt.de/politik/ausland/article159401434/Erdogan-will-an-Groesse-des-Osmanischen-Reiches-anknuepfen.html> (abgerufen: 22.09.2021).
- 18 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/neo-osmanismus-tuerken-und-araber-werden-eins-11228318.html> (abgerufen: 17.09.2021).
- 19 [https://www.deutschlandfunkkultur.de/muslimische-vereine-wie-die-muslimbruderschaft-einfluss.1001.de.html?dram:article\\_id=444594](https://www.deutschlandfunkkultur.de/muslimische-vereine-wie-die-muslimbruderschaft-einfluss.1001.de.html?dram:article_id=444594) (abgerufen: 01.08.2021).
- 20 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/286322/die-muslimbruderschaft> (abgerufen: 01.08.2021).
- 21 <https://www.dw.com/de/wer-ist-die-amas-und-wer-unterst%C3%BCzt-sie/a-57536236> (abgerufen: 17.09.2021).
- 22 <https://www.welt.de/politik/ausland/plus206496877/Gegen-Israel-Tu-erkei-soll-Hamas-mit-Millionen-finanzieren.html> (abgerufen: 17.09.2021).
- 23 z. B. hier: <https://www.amnesty.de/presse/2011/12/9/amnesty-arabischer-fruehling-ist-ermutung-im-kampf-fuer-die-menschenrechte> (abgerufen: 01.08.2021).
- 24 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/zum-tode-von->

- muham-mad-mursi-muslimbruder-und-praesident-16241597.html  
(abgerufen: 02.08.2021).
- 25 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/286322/die-muslimbruderschaft> (abgerufen: 02.08.2021).
- 26 <https://www.dw.com/de/libyen-der-zorn-der-araber-auf-die-r%C3%BCrkei/a-52033280> (abgerufen: 02.08.2021).
- 27 [https://carnegieendowment.org/files/cp\\_74\\_brown\\_final.pdf](https://carnegieendowment.org/files/cp_74_brown_final.pdf)  
(abgerufen: 02.08.2021).
- 28 <https://www.dw.com/de/libyen-der-zorn-der-araber-auf-die-r%C3%BCrkei/a-52033280> (abgerufen: 02.08.2021).
- 29 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/muslimbrueder-islamistische-konkurrenten-11795625.html>
- 30 <https://www.dw.com/de/libyen-der-zorn-der-araber-auf-die-r%C3%BCrkei/a-52033280> (abgerufen: 02.08.2021).
- 31 <https://www.hurriyeddailynews.com/2000-syrian-rebels-to-be-trained-in-turkey-74353> (abgerufen: 22.09.2021).
- 32 <https://taz.de/Abschuss-von-russischem-Kampfjet/!5254953/>  
(abgerufen: 21.09.2021).
- 33 <https://taz.de/Die-Tuerkei-und-die-IS!/5032805/>  
(abgerufen: 22.09.2021).
- 34 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-kriegsflugzeug-nahe-tuer-kischer-grenze-abgestuerzt-a-1064245.html>  
(abgerufen: 21.09.2021).
- 35 [https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/nordsyrien-of-fensive-tu-erkei-konflikt-krieg-voelkerrechtswidrig?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-10/nordsyrien-of-fensive-tu-erkei-konflikt-krieg-voelkerrechtswidrig?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)  
(abgerufen: 22.09.2021).
- 36 <https://www.nzz.ch/international/tuerkei-greift-erdogan-erneut-die-kurden-in-syrien-an-ld.1714752?reduced=true> (  
abgerufen: 14.02.2023).
- 37 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/tuerkei>

- (abgerufen: 06.02.2023).
- 38 <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/zukunft-syrien-fluechtlinge-tuerkei> (abgerufen: 24.09.2021).
- 39 <https://www.tagesspiegel.de/politik/neuer-druck-auf-erdogan-wa-rum-die-tuerkische-opposition-syrische-fluechtlinge-zurueckschickenwill/27441930.html> (abgerufen: 22.09.2021).
- 40 <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/zukunft-syrien-fluechtlinge-tuerkei> (abgerufen: 24.09.2021).
- 41 <https://www.tagesspiegel.de/politik/neuer-druck-auf-erdogan-wa-rum-die-tuerkische-opposition-syrische-fluechtlinge-zurueckschickenwill/27441930.html> (abgerufen: 24.09.2021).
- 42 [https://www.deutschlandfunk.de/eu-tuerkei-abkommen-milliardenstatt-migranten.2897.de.html?dram:article\\_id=493788](https://www.deutschlandfunk.de/eu-tuerkei-abkommen-milliardenstatt-migranten.2897.de.html?dram:article_id=493788) (abgerufen: 27.09.2021).
- 43 <https://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-aus-syrien-deutschland-sorgt-sich-um-den-eu-tuerkei-deal-wieder-einmal/25369422.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 44 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlings-drama-tuerkische-grenzoeffnung-tausende-menschen-wollen-nach-europa/25598368.html?ticket=ST-4332254-rUIEfN2tOp5aiaW9i0At-ap4> (abgerufen: 28.09.2021).
- 45 <https://www.tagesschau.de/inland/grenze-tuerkei-bundesregierung-101.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 46 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlings-drama-tuerkische-grenzoeffnung-tausende-menschen-wollen-nach-europa/25598368.html?ticket=ST-4332254-rUIEfN2tOp5aiaW9i0At-ap4> (abgerufen: 28.09.2021).
- 47 <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rekordzahlen-im-tourismus-die-tuerkei-ist-bei-urlaubern-gefragter-denn-je.e844c851-3688-4396-b73e-ade813b5bca9.html> (abgerufen: 07.03.2023).
- 48 <https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/so-entwickelt-sich-die-welt->



- wirtschaft-tuerkei-und-brasilien/11142090-5.html  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 49 [https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogan-bezieht-  
praesidentenpalast-mit-1000-zimmern-a-999881.html](https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogan-bezieht-praesidentenpalast-mit-1000-zimmern-a-999881.html)  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 50 [https://www.br.de/nachricht/tuerkei-putschversuch-gescheitert-tote-  
justiz-erdogan-100.html](https://www.br.de/nachricht/tuerkei-putschversuch-gescheitert-tote-justiz-erdogan-100.html) (abgerufen: 25.11.2021)
- 51 [https://www.handelsblatt.com/politik/international/tuerkei-guelen-  
soll-den-putsch-organisiert-haben/20065394-2.html?ticket=  
ST856193-jQY1zoFvQcMRFqpANlj5-cas01.example.org](https://www.handelsblatt.com/politik/international/tuerkei-guelen-soll-den-putsch-organisiert-haben/20065394-2.html?ticket=ST856193-jQY1zoFvQcMRFqpANlj5-cas01.example.org) (  
abgerufen: 25.11.2021)
- 52 [https://www.sueddeutsche.de/politik/korruptionsaffaere-in-der-tuer-  
kei-angebliche-telefonmitschnitte-belasten-erdogan-1.1897706](https://www.sueddeutsche.de/politik/korruptionsaffaere-in-der-tuerkei-angebliche-telefonmitschnitte-belasten-erdogan-1.1897706)  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 53 [https://www.tagesspiegel.de/politik/kurdenkonflikt-in-der-  
tuerkei-eskaliert-verpass-ihnen-einen-kopfschuss/13522718.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/kurdenkonflikt-in-der-tuerkei-eskaliert-verpass-ihnen-einen-kopfschuss/13522718.html)  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 54 [https://www.handelsblatt.com/politik/international/analyse-die-  
tuerkische-inflation-wird-auch-in-diesem-jahr-hoch-bleiben/  
23826178.html](https://www.handelsblatt.com/politik/international/analyse-die-tuerkische-inflation-wird-auch-in-diesem-jahr-hoch-bleiben/23826178.html) (abgerufen: 28.09.2021).
- 55 [https://www.spiegel.de/politik/ausland/aegyptens-militaer-stuerzt-  
praesident-mohammed-mursi-a-909326.html](https://www.spiegel.de/politik/ausland/aegyptens-militaer-stuerzt-praesident-mohammed-mursi-a-909326.html)  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 56 [https://www.dw.com/de/libysche- %C3 %BCbergangsregierung-  
verliert-vertrauensabstimmung/a-59254422](https://www.dw.com/de/libysche-%C3%BCbergangsregierung-verliert-vertrauensabstimmung/a-59254422) (abgerufen: 28.10.2021).
- 57 [https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/libyen-  
node/politisches-portrait/219646](https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/libyen-node/politisches-portrait/219646) (abgerufen 07.02.2023).
- 58 [https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-aussenpolitisch-zunehmend-  
isoliert.795.de.html?dram:article\\_id=318593](https://www.deutschlandfunk.de/tuerkei-aussenpolitisch-zunehmend-isoliert.795.de.html?dram:article_id=318593) (abgerufen: 28.09.2021).
- 59 [https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-referendum-  
2017-deutsch-tuerken-koennten-wahl-entscheiden-14894146.html](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-referendum-2017-deutsch-tuerken-koennten-wahl-entscheiden-14894146.html)

- (abgerufen: 28.09.2021).
- 60 <https://www.welt.de/politik/ausland/article163756394/So-hat-die-Tuerkei-gewaeht-Das-sind-die-Hochburgen.html>  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 61 <https://www.dw.com/de/erdogan-gewinnt-pr%C3%A4sidenten-wahl/a-44369374> (abgerufen: 28.09.2021).
- 62 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-regierung-von-recep-tayyip-erdogan-entlaesst-50-000-beamte-a-1110705.html>  
(abgerufen: 18.11.21)
- 63 <https://www.rnd.de/politik/wahlen-in-der-tuerkei-wie-erdogan-die-macht-der-justiz-nutzt-4UQLAWXRF4OBBBO3SOET5QBU5Y.html> (abgerufen: 7.3.2023)
- 64 <https://www.swr.de/swr2/wissen/swr2-wissen-2019-09-03-100.html>  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 65 <https://www.swr.de/swr2/wissen/swr2-wissen-2019-09-03-100.html>  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 66 <https://www.welt.de/politik/ausland/article175004384/Tuerkei-Griechenland-Der-explosivste-Konflikt-Europas.html>  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 67 <https://www.nzz.ch/international/tuerkei-griechenland-wettlauf-um-erdgas-im-mittelmeer-ld.1571955?reduced=true>  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 68 <https://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-griechenland-erdgas-1.5014705> (abgerufen: 28.09.2021).
- 69 <https://www.welt.de/politik/ausland/article242631317/Tuerkei-Erdogan-droht-Athen-indirekt-mit-Raketenangriff.html>  
(abgerufen: 07.02.2023).
- 70 <https://www.welt.de/politik/ausland/article202682362/Rache-Vorwurf-Erdogan-kritisiert-US-Resolution-zu-Voelkermord-an-Armeniern.html> (abgerufen: 28.09.2021).
- 71 <https://www.nzz.ch/international/armenier-in-der-tuerkei-krieg-in->

- karabach-hat-wunden-aufgerissen-ld.1587642?reduced=true  
(abgerufen: 28.09.2021).
- 72 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/erdogan-und-alijew-schuechtern-armenien-ein-17095521.html> (abgerufen: 18.11.2021).
- 73 <https://www.businessinsider.de/politik/tuerkei-russland-ukraine-wie-recep-tayyip-erdogan-zum-wichtigsten-vermittler-im-ukraine-krieg-wurde-b/> (angerufen: 07.02.2023).
- 74 <https://www.nzz.ch/international/president-erdogan-die-hagia-sophia-wird-wieder-zur-moschee-ld.1567456?reduced=true>  
(abgerufen: 10.10.2021).
- 75 <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-umwandlung-der-hagia-sophia-erdogan-macht-auch-istanbuler-chora-museum-zur-moschee/26115806.html> (abgerufen: 10.10.2021).

### **3. Der Balkan: Schlachtfeld der Zukunft?**

- 1 [https://www.welt.de/print/welt\\_kompakt/print\\_politik/article\\_182284206/Wie-Erdogan-den-Balkan-gewinnen-will-und-scheitert.html](https://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article_182284206/Wie-Erdogan-den-Balkan-gewinnen-will-und-scheitert.html) (abgerufen: 22.11.2020).
- 2 <https://www.derstandard.de/story/2000110052346/tuerkische-angriffe-auf-nordsyrien-laufen-trotz-waffenruhe-weiter>  
(abgerufen: 20.11.2020).
- 3 <https://www.fr.de/politik/erdogans-traeume-einem-neuen-osmanischen-reich-11416700.html> (abgerufen: 20.11.2020).
- 4 <https://kurier.at/politik/ausland/an-griechischer-grenze-soforteinsatz-von-frontex/400769667> (abgerufen: 20.11.2020).
- 5 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/merkel-erdogans-verhalten-gegenueber-fluechtlingen-inakzeptabel-16660655.html>  
(abgerufen: 20.11.2020).
- 6 [195](https://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-tuerkei-deal-</a></p></div><div data-bbox=)

- kurzwill-beim-thema-fluechtlinge-haertere-gangart-gegen-erdogan/25389056.html?ticket=ST-4723106-mBlHuo9emEk1pYMdpSzK-ap4 (abgerufen: 21.11.2020).
- 7 [https://www.n-tv.de/politik/politik\\_person\\_der\\_woche/Der-Traum-vom-Osmani-schen-Reich-So-erpresst-Erdogan-Europa-article21615307.html](https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Der-Traum-vom-Osmani-schen-Reich-So-erpresst-Erdogan-Europa-article21615307.html) (abgerufen: 21.11.2020).
- 8 <https://www.br.de/nachricht/fluechtlinge-investoren-immobilien-100.html> (abgerufen: 21.04.2021).
- 9 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/tuerkei> (abgerufen: 21.04.2021).
- 10 <https://www.tagesspiegel.de/wissen/tuerkei-erdogans-zweifelhaftes-geschichtsbild/23194280.html> (abgerufen: 26.04.2021).
- 11 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erdogan-winkt-fluechtlinge-nach-europa-durch-a-1e975e68-9f0f-49ac-af84-817667101daa> (abgerufen: 22.11.2020).
- 12 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-05/tuerkei-wahl-recep-tayyip-erdo-gan/seite-2> (abgerufen: 22.11.2020).
- 13 [https://www.welt.de/print/welt\\_kompakt/print\\_politik/article182284206/Wie-Erdogan-den-Balkan-gewinnen-will-und-scheitert.html](https://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article182284206/Wie-Erdogan-den-Balkan-gewinnen-will-und-scheitert.html) (abgerufen: 22.11.2020).
- 14 [https://www.n-tv.de/politik/politik\\_person\\_der\\_woche/Der-Traum-vom-Osmanischen-Reich-So-erpresst-Erdogan-Europa-article21615307.html](https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Der-Traum-vom-Osmanischen-Reich-So-erpresst-Erdogan-Europa-article21615307.html) (abgerufen: 21.11.2020).
- 15 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/al.html> (abgerufen: 23.12.2020).
- 16 [https://www.deutschlandfunkkultur.de/islam-finanzierung-in-albanien-die-erdogan-moschee-auf-dem.979.de.html?dram:article\\_id=395063](https://www.deutschlandfunkkultur.de/islam-finanzierung-in-albanien-die-erdogan-moschee-auf-dem.979.de.html?dram:article_id=395063) (abgerufen: 22.11.2020).
- 17 <https://www.economist.com/europe/2016/01/21/mosqued-objectives> (abgerufen: 02.12.2020).
- 18 ebd.

- 19 Jazexhi, Olsi: Albania, in: Nielsen, Jørgen et. al. (Hrsg.):  
Yearbook of Muslims in Europe Bd. 5, Leiden 2013, S. 21–36.
- 20 Petrović, Žarko/ Reljić, Dušan: Turkish Interests and Involvement in  
the Western Balkans: A Score-Card, in: Insight Turkey 3 (2011), S. 170.
- 21 <https://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-europa-und-eu/1516-tuerkei-visaabkommen-soysal-visabefreiung.html>  
(abgerufen: 03.12.2020).
- 22 [http://www.xinhuanet.com/english/2020-02/13/c\\_138778371.html](http://www.xinhuanet.com/english/2020-02/13/c_138778371.html)  
(abgerufen: 02.12.2020).
- 23 [https://www.deutschlandfunk.de/albanien-tuerkischer-einfluss-in-tira-na.795.de.html?dram:article\\_id=395347](https://www.deutschlandfunk.de/albanien-tuerkischer-einfluss-in-tira-na.795.de.html?dram:article_id=395347) (abgerufen: 02.12.2020).
- 24 Jazexhi, Olsi: Albania, in: Nielsen, Jørgen et al. (Hrsg.): Yearbook of  
Muslims in Europe Bd. 4, Leiden 2012, S. 14.
- 25 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mk.html> (abgerufen: 09.12.2020).
- 26 <https://www.rnd.de/politik/so-will-erdogan-den-balkan-erobern-F5HUKKQPCWJGJYJLN5Q4L6WMTQ.html>  
(abgerufen: 3.2.2023)
- 27 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-recep-tayyip-erdogans-aussenpolitik-auf-dem-balkan-a-1296415.html>  
(abgerufen: 03.12.2020).
- 28 <https://balkaninsight.com/2014/11/24/new-albanian-party-in-macedonia-denies-erdogan-connection/> (abgerufen: 09.12.2020).
- 29 <https://www.nzz.ch/international/aufgefallen/erdogans-einfluss-auf-dem-balkan-weit-reicht-der-arm-des-sultans-ld.1315452/> (  
abgerufen: 03.12.2020).
- 30 <http://www.dmw.org.mk/> (abgerufen: 09.12.2020).
- 31 <https://www.aa.com.tr/en/health/turkish-agency-provides-aid-around-globe-amid-covid-19/1807441#> (abgerufen: 09.12.2020).
- 32 <https://www.dmw.org.mk/2017/01/23/yunus-emre-cultural-center/>  
(abgerufen: 09.12.2020).

- 33 <https://wits.worldbank.org/CountryProfile/en/Country/TUR/Year/2016/TradeFlow/EXPIMP/Partner/MKD/Product/all-groups> (abgerufen: 30.11.2020).
- 34 <https://everythingwhat.com/in-what-macedonian-cities-did-paul-establish-churches> (abgerufen: 30.11.2020).
- 35 <https://balkaninsight.com/2014/10/01/cross-and-crescent-divide-up-macedonia/> (abgerufen: 30.11.2020).
- 36 [https://www.focus.de/politik/ausland/is-anhaenger-toetete-mehrere-menschen-20-jahre-alt-vorbestraft-wollte-nach-syrien-was-wir-ueber-attentaeter-von-wien-wissen\\_id\\_12615076.html](https://www.focus.de/politik/ausland/is-anhaenger-toetete-mehrere-menschen-20-jahre-alt-vorbestraft-wollte-nach-syrien-was-wir-ueber-attentaeter-von-wien-wissen_id_12615076.html) (abgerufen: 17.12.2020).
- 37 Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung: [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=8fd66199-2cdf-8843-1782-cf46ca32a80&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=8fd66199-2cdf-8843-1782-cf46ca32a80&groupId=252038), S. 34.
- 38 <https://data.worldbank.org/country/BG> (abgerufen: 08.03.2023).
- 39 Studie des Pew Research Centers: <https://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/11/2017/05/15120244/CEUP-FULL-REPORT.pdf>, S. 52. (abgerufen: 08.03.2023).
- 40 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bu.html> (abgerufen: 08.03.2023).
- 41 <https://www.novinite.com/articles/143628/Bulgaria+1st+in+Europe+by+Mosques+Per+Capita> (abgerufen: 04.12.2020).
- 43 <https://balkaninsight.com/2017/08/11/frozen-turkish-funding-leaves-bulgarian-imams-without-pay-08-10-2017/> (abgerufen: 02.12.2020).
- 44 <https://www.dw.com/de/das-schicksal-der-t-%C3-%BCrkischen-minderheit-in-bulgarien/a-18146398> (abgerufen: 02.12.2020).
- 45 <https://www.novinite.com/articles/172378/Bulgaria's+%3b+%3eDPS+%3c/b+%3e+Party+Expels+Chairman+Lyutvi+Mestan> (abgerufen: 12.12.2020).
- 46 <https://orf.at/v2/stories/2384532/2384534/> (abgerufen: 17.12.2020).
- 47 <https://www.euractiv.de/section/wahlen-und-macht/news/tuerkei-r>

- eferendum-auslandsstimmen-womoeglich-zuenglein-an-der-waage/  
(abgerufen: 17.12.2020).
- 48 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ro.html> (abgerufen: 09.03.2023).
- 49 National Institute of Statistics (Hsrg.): Comunicat de presă privind rezultatele provizorii ale Recensământului Populației și Locuințelor – 2011, Bukarest 2011, S. 10.
- 50 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ro.html> (abgerufen: 17.12.2020).
- 51 [https://www.deutschlandfunk.de/moscheeneubau-in-bukarest-groessere-einflussnahme-der.886.de.html?dram:article\\_id=328138](https://www.deutschlandfunk.de/moscheeneubau-in-bukarest-groessere-einflussnahme-der.886.de.html?dram:article_id=328138) (abgerufen: 19.12.2020).
- 52 <https://business-review.eu/news/grand-mosque-project-in-bucharest-abandoned-due-to-lack-of-money-176654> (abgerufen: 18.12.2020).
- 53 <https://www.hurriyetdailynews.com/turkey-romania-agree-to-increase-trade-volume-to-10-billion-137931> (abgerufen: 19.12.2020).
- 54 <http://www.mfa.gov.tr/reasons-between-turkey-and-romania.en.mfa> (abgerufen: 19.12.2020).
- 55 <https://www.hurriyetdailynews.com/turkey-romania-agree-to-increase-trade-volume-to-10-billion-137931> (abgerufen: 19.12.2020).
- 56 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ri.html> (abgerufen: 09.02.2023).
- 57 <https://balkaninsight.com/2019/10/07/serbia-and-turkey-pledge-to-boost-defence-cooperation/> (abgerufen: 21.12.2020).
- 58 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/kv.html> (abgerufen: 21.12.2020).
- 59 Vickers, Miranda: The Albanians: A modern history, London 2011, S. 14ff.
- 60 Deliso, Christopher: The Coming Balkan Caliphate. The Threat of Radical Islam to Europe and the West, Westport 2007, S. 38.
- 61 Petrović/ Reljić, S. 170.
- 62 <https://www.theguardian.com/cities/2019/jan/02/turkey-is-kosovo->

contro-versy-over-balkan-states-new-central-mosque

(abgerufen 22.12.2020)

- 63 <https://www.welt.de/politik/ausland/article182271172/Symbolische-Landnahme-Wie-Erdogan-Suedeuropa-kaufen-will-und-scheitert.html>  
(abgerufen: 22.12.2020).
- 64 <https://balkaninsight.com/2013/01/22/kosovo-textbooks-soften-line-on-ottoman/> (abgerufen: 10.03.2023).
- 65 <https://balkaninsight.com/2018/02/12/turkish-media-condemns-the-kurdish-music-night-in-kosovo-02-12-2018/> (abgerufen: 22.12.2020).
- 66 Bošković, Marija Mitrović et. al: Elsewhere in the neighbourhood. Reaching out to the Western Balkans, in: Cevik, B. Senem/ Seib, Philip (Hrsg.): Turkey's Public Diplomacy, London 2016, S. 99ff.
- 67 <https://www.worldhighways.com/index.php/wh8/wh10/news/bechtel-and-enka-win-highway-contract-kosovo> (abgerufen: 22.12.2020).
- 68 <https://balkaninsight.com/2010/05/14/french-turkish-consortium-to-run-kosovo-airport/> (abgerufen: 22.12.2020).
- 69 <https://eng.calikenerji.com/Pages/NewsDetail.aspx?ID=23>  
(abgerufen: 22.12.2020).
- 70 <https://www.hurriyet.com.tr/gundem/turk-opposition-wants-pm-censu-red-over-media-sale-8939732> (abgerufen: 22.12.2020).
- 71 <https://balkaninsight.com/2018/07/04/turkey-continues-supporting-projects-in-kosovo-through-tika-07-03-2018/> (abgerufen: 22.12.2020).
- 72 <https://www.reuters.com/article/us-turkey-security-kosovo-idUSKBN1H51JL> (abgerufen: 28.02.2023).
- 73 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mj.html> (abgerufen: 10.02.2023).
- 74 <https://balkaninsight.com/2020/02/11/turkey-seeks-to-boost-presence-in-montenegro/> (abgerufen: 04.12.2020).
- 75 <https://www.telegraf.rs/english/3135850-turkey-donates-15-million-euros-worth-of-military-equipment-to-montenegro>  
(abgerufen: 10.02.2023)



- 76 <http://pop-stat.mashke.org/bosnia-ethnic2013.htm>  
(abgerufen: 08.12.2020).
- 77 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bk.html> (abgerufen: 08.12.2020).
- 78 [https://web.archive.org/web/20101219021608/http://www.mfa.ba/vanjs-ka\\_politika\\_bih/bilateralni\\_odnosi/datumi\\_priznanja\\_i\\_uspostave\\_diplomatskih\\_odnosa/?id=6](https://web.archive.org/web/20101219021608/http://www.mfa.ba/vanjs-ka_politika_bih/bilateralni_odnosi/datumi_priznanja_i_uspostave_diplomatskih_odnosa/?id=6) (abgerufen: 12.08.2020).
- 79 <https://balkaninsight.com/2018/04/18/turkey-welcomes-albanian-and-bosnian-language-classes-in-schools-04-18-2018/>  
(abgerufen: 22.12.2020).
- 80 <https://balkaninsight.com/2018/02/23/bosnians-query-goals-of-new-turkish-lobby-group-02-23-2018/> (abgerufen: 23.12.2020).
- 81 [https://www.dzs.hr/Hrv/censuses/census2011/results/htm/usp\\_03\\_HR.htm](https://www.dzs.hr/Hrv/censuses/census2011/results/htm/usp_03_HR.htm) (abgerufen: 08.12.2020).
- 82 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/hr.html> (abgerufen: 08.12.2020).
- 83 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/hr.html> (abgerufen: 08.12.2020).
- 84 <https://www.aa.com.tr/en/economy/turkey-croatia-seek-to-boost-trade-volume-to-5b/1730994> (abgerufen: 04.12.2020).
- 85 <https://balkaninsight.com/2013/05/07/croatia-new-mosque-opened-in-rijeka/> (abgerufen: 08.12.2020).
- 86 [https://www.nwzonline.de/politik/moscheen-in-deutschland\\_a\\_6,1,1903023924.html](https://www.nwzonline.de/politik/moscheen-in-deutschland_a_6,1,1903023924.html) (abgerufen: 08.12.2020).
- 87 <https://www.sabor.hr/en/press/news/croatian-parliament-speaker-receives-muslim-world-league-secretary-general>  
(abgerufen: 02.12.2020).
- 88 <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/si.html> (abgerufen: 23.12.2020).
- 89 <http://www.mfa.gov.tr/relations-between-turkey-and-slovenia.en.mfa>  
(abgerufen: 23.12.2020).

#### 4. Vom Gast zum Siedler – türkische Einwanderung nach Deutschland

- 1 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011 (=Fachserie 1, Reihe 1.3), 2020, S. 3. Link: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Publikationen/Downloads-Bevoelkerungsstand/bevoelkerungsfortschreibung-2010130187004.pdf?blob=publicationFile> (abgerufen: 07.12.2020).
- 2 Herbert, Ulrich: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., München 2017, S. 787ff.
- 3 a.a.O., S. 619ff.
- 4 <https://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/initiative-der-entsendelaender-1714166.html> (abgerufen: 07.12.2020).
- 5 Knortz, Heike: Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973, Köln 2008, S. 112.
- 6 Kirişci, Kemal: Migration and Turkey, in: Kasaba, Reşat (Hrsg.): Turkey in the modern world, Cambridge 2008, S. 189ff.
- 7 <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/184981/die-anwerbung-tuerkischer-arbeitnehmer-und-ihre-folgen/> (abgerufen: 28.02.2023).
- 8 [https://www.zeit.de/2011/43/50-Jahre-Migration-Schmidt?utm\\_referer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F](https://www.zeit.de/2011/43/50-Jahre-Migration-Schmidt?utm_referer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F) (abgerufen: 07.12.2020).
- 9 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/multikulturalismus-debatte-altkanzler-schmidt-anwerbung-von-gastarbeitern-war-falsch-1194550.html> (abgerufen: 07.12.2020).
- 10 Hunn, Karin: “Nächstes Jahr kehren wir wieder zurück“. Die Geschichte der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 104.

- 11 <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/184981/die-anwerbung-tuerkischer-arbeitnehmer-und-ihre-folgen/#node-content-title-3> (abgerufen: 23.02.2023).
- 12 <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184981/gastarbeit> (abgerufen: 07.12.2020).
- 13 <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/184981/die-anwerbung-tuerkischer-arbeitnehmer-und-ihre-folgen/#node-content-title-3> (abgerufen: 23.02.2023).
- 14 Uslucan, Haci-Halil: Erziehung und Sozialisation in türkisch-islamischen Familien. Implikationen für die familienpsychologische Praxis, o.O. 2007, S. 3-4. Link: <https://pb-paritaet.de/fachtagungen/dokumente2007/DokuUslucan.pdf> (abgerufen: 13.02.2023).
- 15 Schimmel, Annemarie (Hrsg.): Der Koran, Aus dem Arabischen übersetzt von Max Henning, 2. Aufl., Stuttgart 1991, Sure 46, Verse 15-18.
- 16 Uslucan, Haci-Halil: Erziehung und Sozialisation in türkisch-islamischen Familien. Implikationen für die familienpsychologische Praxis, o.O. 2007, S. 5.
- 17 <https://www.nzz.ch/international/paedagogik-professor-ahmet-to-prak-kritisiert-muslimische-muetter-ld.1529228?reduced=true> (abgerufen: 24.02.2023).
- 18 Viele Erfahrungsberichte aus islamischen Kreisen geben diese Situation wider, so z. B. dieser Bericht einer Türkin: <https://www.lizzynet.de/wws/5150500.php> (abgerufen: 16.12.2020).
- 19 Tibi, Bassam: „Diese Männer denken, deutsche Frauen sind Schlampen“, Interview mit der Basler Zeitung, 07.06.2016, S. 2-3.
- 20 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Studien zur Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund, AZ: WD 3 – 3000 – 261/12, 01. Oktober 2012, S. 8.

## 5. Integration – Anspruch und Wirklichkeit

- 1 <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/269373/integrationstheorien> (abgerufen: 12.04.2021).
- 2 <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/integrationspolitik/269373/integrationstheorien-und-ihr-einfluss-auf-integrationspolitik/> (abgerufen: 28.02.2023).
- 3 Dieler, Anna/ Müller, Olaf/ Pollack, Detlef/ Rosta, Gergely:  
Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in  
Deutschland, Münster 2016, S. 3f.
- 4 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Studien zur  
Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit  
türkischem Migrationshintergrund, AZ: WD 3 – 3000 – 261/12, 01.  
Oktober 2012, S. 6.
- 5 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Studien zur  
Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit  
türkischem Migrationshintergrund, AZ: WD 3 – 3000 – 261/12, 01.  
Oktober 2012, S. 52.
- 6 [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/09/PD18\\_329\\_122.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/09/PD18_329_122.html) (abgerufen: 17.12.2020).
- 7 <https://www.zeit.de/1982/05/was-tun-mit-den-tuerken/komplettansicht> (abgerufen: 17.12.2020).
- 8 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Einwohnerinnen und  
Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2017. Grunddaten,  
Potsdam 2018, S. 13 u. 15.
- 9 [https://www.focus.de/finanzen/videos/familienbild-schwarzarbeit-geburtenrate-warum-48-prozent-der-tuerken-in-deutschland-nicht-arbeiten\\_id\\_7338076.html](https://www.focus.de/finanzen/videos/familienbild-schwarzarbeit-geburtenrate-warum-48-prozent-der-tuerken-in-deutschland-nicht-arbeiten_id_7338076.html) (abgerufen: 29.10.2021).
- 10 [https://www.focus.de/finanzen/videos/familienbild-schwarzarbeit-geburtenrate-warum-48-prozent-der-tuerken-in-deutschland-nicht-arbeiten\\_id\\_7338076.html](https://www.focus.de/finanzen/videos/familienbild-schwarzarbeit-geburtenrate-warum-48-prozent-der-tuerken-in-deutschland-nicht-arbeiten_id_7338076.html) (abgerufen: 16.12.2020).

- 11 <https://www.it.nrw/erwerbstaetigenquote-von-frauen-tuerkischer-herkunft-niedriger-als-die-anderer-frauen-97244>  
(abgerufen: 17.12.2020).
- 12 Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich: Projekt Zuwanderung und Integration Türken in Deutschland II. Individuelle Perspektiven und Problemlagen (=Arbeitspapier Nr. 60 der Konrad-Adenauer-Stiftung), Sankt Augustin 2002, S. 15.
- 13 Schührer, Susanne: Türkeistämmige Personen in Deutschland. Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2015“, hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2018, S. 28.
- 14 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Studien zur Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund (=Ausarbeitung WD 3 – 3000 – 261/12), Berlin 2012, S. 10f.
- 15 Dieler et. al., S. 6-10.
- 16 ebd.
- 17 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article5267581/Junge-Tuerken-sind-konservativer-als-ihre-Eltern.html>  
(abgerufen: 20.04.2021).
- 18 Dieler et al., S. 13-16.
- 19 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Studien zur Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund, AZ: WD 3 – 3000 – 261/12, 01. Oktober 2012, S. 6.
- 20 ebd.
- 21 Kuhn, Walter: Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern in München. Untersuchungen zur innerstädtischen Wohnstandortverteilung verschiedener ethnischer Gruppen (=Münchner Statistik 4/2009), München 2009, S. 9-10.
- 22 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Studien zur

- Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund, AZ: WD 3 – 3000 – 261/12, S. 11.
- 23 Kuhn, S. 10.
- 24 [https://web.archive.org/web/20131101230726/http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migrati-on/publikationen/minderheiten/berlin\\_deutsch\\_tuerkisch\\_bf.pdf?start&ts=1229705053&file=berlin\\_deutsch\\_tuerkisch\\_bf.pdf](https://web.archive.org/web/20131101230726/http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migrati-on/publikationen/minderheiten/berlin_deutsch_tuerkisch_bf.pdf?start&ts=1229705053&file=berlin_deutsch_tuerkisch_bf.pdf) (abgerufen: 12.06.2021).
- 25 <http://www.bpb.de/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland> (abgerufen: 17.12.2020).
- 26 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Studien zur Integration von in Deutschland lebenden Türken oder Personen mit türkischem Migrationshintergrund, AZ: WD 3 – 3000 – 261/12, 01. Oktober 2012, S. 5.

## **6. Ankaras langer Arm – türkische Organisationen in Deutschland**

- 1 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-fatwa-verbietet-flirten-undhaendchenhalten-a-1070458.html> (abgerufen: 23.12.2020).
- 2 Babacan, Errol: Hegemonie und Kulturkampf. Verknüpfung von Neoliberalismus und Islam in der Türkei, Bielefeld 2020, S. 216ff.
- 3 <https://www.deutschlandfunk.de/islamische-verbaende-in-deutschland-von-der-schwierigkeit-100.html> (abgerufen: 28.02.2023).
- 4 <https://web.archive.org/web/20161203175134/https://www.zdf.de/kultur/forum-am-freitag/die-muslimische-gemeinschaft-ditib-100.html> (abgerufen: 10.02.2023).
- 5 <https://www.tagesschau.de/inland/ditib-149.html> (abgerufen 15.02.2023).
- 6 [https://www.remid.de/info\\_zahlen/islam/](https://www.remid.de/info_zahlen/islam/) (abgerufen: 10.02.2023).
- 7 <http://koordinationsrat.de/ditib-tuerkisch-islamische-union-der->

- anstalt-fuer-religion (abgerufen: 10.02.2023).
- 8 <https://www.deutschlandfunk.de/erdogan-bei-moschee-eroeffnung-in-koeln-ein-erfolgreicher-100.html> (abgerufen: 17.02.2023).
- 9 <https://www.domradio.de/artikel/nutzt-praesident-erdogan-koelner-imam-fuer-politische-zwecke> (abgerufen: 11.02.2023).
- 10 <https://www.deutschlandfunk.de/ditib-ankaras-einfluss-auf-deutschen-moscheeverband-100.html> (abgerufen: 11.02.2023).
- 11 <https://www.mz.de/varia/mogliche-extremistische-ditib-strukturen-erneut-thema-3106918> (abgerufen: 12.02.2023).
- 12 [https://www.zeit.de/2017/10/ditib-moscheen-hamburg-politik-partner?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/2017/10/ditib-moscheen-hamburg-politik-partner?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F) (abgerufen: 12.02.2023).
- 13 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ditib-kommentar-kleine-maertyrer-spielen-krieg-in-moscheen-15563873.html> (abgerufen: 29.10.2021).
- 14 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article228839639/Islamverband-Die-Identitaet-der-Ditib-ist-nationalistisch-und-reaktionaer.html> (abgerufen: 29.10.2021).
- 15 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article139816650/Ehrengraeber-fuer-Voelkermoerder-in-Berliner-Moschee.html> (abgerufen: 29.10.2021).
- 16 <https://www.dw.com/de/erdogan-und-Ditib-das-passt/a-45593061> (abgerufen: 20.12.2020).
- 17 <https://www.dw.com/de/razzien-gegen-Ditib-imame/a-37556571> (abgerufen: 20.12.2020).
- 18 <https://www.welt.de/politik/ausland/article160132361/Tuerkische-Imame-spionieren-in-Deutschland-fuer-Erdogan.html> (abgerufen: 29.10.2021).
- 19 <https://www.sueddeutsche.de/politik/moscheen-in-deutschland-v-leutezum-gebet-1.4138189?print=true> (abgerufen: 19.12.2020).
- 20 [https://rp-online.de/nrw/staedte/koeln/verfassungsschutz-wird-ditib-zentrale-nicht-ueberwachen\\_aid-34998627](https://rp-online.de/nrw/staedte/koeln/verfassungsschutz-wird-ditib-zentrale-nicht-ueberwachen_aid-34998627) (abgerufen: 29.10.2021).

- 21 <https://www.dw.com/de/Ditib-wird-doch-nicht-geheimdienstlich-beobachtet/a-46654761> (abgerufen: 19.12.2020).
- 22 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nrw-stellt-islamunterricht-neu-auf-wieder-mit-ditib-17345779.html> (abgerufen: 29.10.2021).
- 23 <https://www.ndr.de/kultur/sendungen/freitagsforum/5-Jahre-V-ertrag-mit-muslimischen-Verbaenden-,buergerschaft666.html> (abgerufen: 29.10.2021).
- 24 <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Wie-die-Tuerkei-deutsche-Moscheen-steuert-id53121541.html> (abgerufen: 20.12.2020).
- 25 ebd.
- 26 [https://rp-online.de/politik/deutschland/die-ditib-will-ihre-imame-selbst-in-deutschland-ausbilden\\_aid-42335669](https://rp-online.de/politik/deutschland/die-ditib-will-ihre-imame-selbst-in-deutschland-ausbilden_aid-42335669) (abgerufen: 19.12.2020).
- 27 [https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-03/deuschtuerken-recep-tayyip-erdogan-gegner-anhaenger?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-03/deuschtuerken-recep-tayyip-erdogan-gegner-anhaenger?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F) (abgerufen: 17.02.2023).
- 28 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/migrantenpartei-big-erdogans-berliner-lobby-truppe-a-786207.html> (abgerufen: 18.02.2023).
- 29 <https://www.deutschlandfunk.de/tuerkische-reaktionen-auf-armenier-resolution-protest-eint-100.html> (abgerufen: 10.02.2023).
- 30 Feuerbach, Leonie: In ständiger Angst. Schon in der Nacht des Putsches beschuldigte Ankara Gülen. Dessen Anhänger sehen sich auch hierzulande als Verfolgte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Juli 2017, S. 5. (abgerufen: 17.02.2023).
- 31 <https://www.krone.at/1793850> (abgerufen: 17.02.2023).
- 32 <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampfauftritte-gleiches-verbot-fuer-alle-1.3989953> (abgerufen: 17.02.2023).
- 33 <https://nordicmonitor.com/2021/10/erdogan-behind-closed-doors-a-sked-his-supporters-in-europe-to-be-proactive-on-social-media-dont-defence-attack/> (abgerufen: 09.02.2023).
- 34 <https://www.derwesten.de/politik/polizei-geht-gegen-neuen-rockerclub->



- osmanen-germania-vor-id11506758.html (abgerufen: 16.02.2023).
- 35 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article179107784/Verbot-der-Osmanen-Germania-Erdogans-krimineller-Arm-in-der-Bundesrepublik.html> (abgerufen: 19.02.2023).
- 36 <https://www.derwesten.de/politik/polizei-geht-gegen-neuen-rockerclub-osmanen-germania-vor-id11506758.html> (abgerufen: 16.02.2023).
- 37 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article179107784/Verbot-der-Osmanen-Germania-Erdogans-krimineller-Arm-in-der-Bundesrepublik.html> (abgerufen: 19.02.2023).
- 38 <https://www.deutschlandfunk.de/osmanen-germania-ein-ganz-besonderer-boxclub-100.html> (abgerufen: 20.02.2023).
- 39 <https://www.dw.com/en/turkish-akp-politician-linked-to-osmanen-germania-boxing-gang-in-germany/a-41789389> (abgerufen: 16.02.2023).
- 40 <https://rojinfo.com/la-famille-erdogan-la-mafia-et-le-gang-osmanen-germania/> (abgerufen: 19.02.2023).
- 41 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article179107784/Verbot-der-Osmanen-Germania-Erdogans-krimineller-Arm-in-der-Bundesrepublik.html> (abgerufen: 19.02.2023).
- 42 <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.osmanen-germania-boxclub-jan-boehmermann-im-visier-von-erdogans-schlaegertrupps.72a07100-ab50-412f-9f06-cdc141a56383.html> (abgerufen: 19.02.2023).
- 43 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/osmanen-germania-erdogan-vertrauter-soll-rocker-mit-geld-versorgt-haben-a-1183006.html> (abgerufen: 19.02.2023).
- 44 <https://www.middleeasteye.net/fr/reportages/osmanen-germania-ce-gang-turco-allemand-accuse-dintelligence-avec-les-espions-turcs> (abgerufen: 19.02.2023).
- 45 <https://www.tagesspiegel.de/politik/bande-osmanen-germania-wurde-mit-mafia-geld-aus-der-turkei-finanziert-6857320.html> (

- abgerufen: 19.02.2023).
- 46 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article179107784/Verbot-der-Osmanen-Germania-Erdogans-krimineller-Arm-in-der-Bundesrepublik.html> (abgerufen: 19.02.2023).
- 47 <https://www.sueddeutsche.de/leben/wolfskinder-woelfe-romulus-remus-mogli-1.4109505> (abgerufen: 20.02.2023).
- 48 <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland/> (abgerufen 15.02.2023).
- 49 <https://www.deutschlandfunk.de/graue-woelfe-in-deutschland-der-traum-vom-grosstuerkischen-100.html> (abgerufen: 15.02.2023).
- 50 ebd.
- 51 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/extremismus-graue-woelfe-angela-merkel-tuerkei-treffen> (abgerufen: 15.02.2023).
- 52 <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/drangeblieben-was-ist-aus-den-grauen-woelfen-geworden,SyRe3Xa> (abgerufen: 15.02.2023).
- 53 <https://www.deutschlandfunk.de/graue-woelfe-in-deutschland-der-traum-vom-grosstuerkischen-100.html> (abgerufen: 15.02.2023).
- 54 <https://www.deutschlandfunk.de/tuerkische-rechtsextremisten-graue-woelfe-auch-in-100.html> (abgerufen: 15.02.2023).
- 55 <https://hpd.de/artikel/cdu-und-graue-woelfe-wahlkampf-und-extremisten-20362> (abgerufen: 15.02.2023).

## **7. Türken in Deutschland – von der Politik umworben**

- 1 <https://www.heise.de/tp/features/Der-politische-Islam-im-Marsch-durch-die-Institutionen-6027278.html?seite=all> (abgerufen: 15.06.2021).

- 2 [https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/ismail-tipi-klartext/radikalen- islamismus-bekaempfen-mobile-stoffgefaengnisse-verbieten/](https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/ismail-tipi-klartext/radikalen-islamismus-bekaempfen-mobile-stoffgefaengnisse-verbieten/) (abgerufen: 30.06.2021).
- 3 [https://www.tagesspiegel.de/berlin/protest-in-berlin-kreuzberg-rechter frauenmarsch-wegen-blockade-abgebrochen/20974772.html](https://www.tagesspiegel.de/berlin/protest-in-berlin-kreuzberg-rechter-frauenmarsch-wegen-blockade-abgebrochen/20974772.html) (abgerufen: 07.07.2021).
- 4 [https://www.focus.de/politik/deutschland/interview-mit-der-integrationsbeauftragten-der-bundesregierung-aydan-oezoguz-ich-bin-muslimaaber-ich-feiere-auch-wahnsinnig-gern-weihnachten\\_id\\_6192701.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/interview-mit-der-integrationsbeauftragten-der-bundesregierung-aydan-oezoguz-ich-bin-muslimaaber-ich-feiere-auch-wahnsinnig-gern-weihnachten_id_6192701.html) (abgerufen: 15.06.2021).
- 5 <https://oezoguz.de/person/> (abgerufen: 15.06.2021).
- 6 [https://www.deutschlandfunk.de/eine-quotenmigrantin-macht-karriere.862.de.html?dram:article\\_id=123882](https://www.deutschlandfunk.de/eine-quotenmigrantin-macht-karriere.862.de.html?dram:article_id=123882) (abgerufen: 15.06.2021).
- 7 <https://www.merkur.de/politik/integrationsbeauftragte-ministerin-oezoguz-brueder-sind-islamisten-zr-3274550.html> (abgerufen: 15.06.2021).
- 8 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kinderehen-man-fasst-es-nicht/14788080.html?ticket=ST-14634338-naEZ0FXX2kmon9pSsgu4-ap1> (abgerufen: 15.06.2021).
- 9 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/aydan-oezoguz-wegen-aus-sagen- zu-islamisten-razzien-in-der-kritik-a-1121477.html> (abgerufen: 15.06.2021).
- 10 <https://www.bayernkurier.de/inland/25087-keine-deutsche-kultur/> (abgerufen: 07.12.2020).
- 11 <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article201314676/Parteien-Wenn-Gruene-gegen-Gruene-kaempfen.html> (abgerufen: 03.07.2021).
- 12 <https://www.fr.de/politik/linke-umwirbt-kurden-11592988.html> (abgerufen: 07.12.2020).
- 13 <https://www.nzz.ch/article84ZOC-1.390255?reduced=true> (abgerufen: 04.07.2021).
- 14 <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article214723914/Twitter->

Foto-mit-PKK-Fahne-Strafverfahren-gegen-Linke-Politikerin-  
eingestellt.html (abgerufen: 06.07.2021).

- 15 <https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/die-zeichen-der-zeit-erkennen-pkk-verbot-aufheben/>  
(abgerufen: 06.07.2021).
- 16 <https://www.dw.com/de/merkel-und-stoiber-werben-erneut-gegen-eu-beitritt-der-t-%C3-%BCrkei/a-1691960> (abgerufen: 04.07.2021).
- 17 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/integration-merkel-erklart-multikulti-fuer-gescheitert-a-723532.html>  
(abgerufen: 04.07.2021).
- 18 <https://taz.de/Buergermeister-Schramma-gegen-Rassismus/!5175633/>  
(abgerufen: 07.07.2021).
- 19 [https://www.deutschlandfunk.de/erdogan-bei-moschee-eroeffnung-in-koeln- ein-erfolgreicher.2852.de.html?dram:article\\_id=429375](https://www.deutschlandfunk.de/erdogan-bei-moschee-eroeffnung-in-koeln- ein-erfolgreicher.2852.de.html?dram:article_id=429375)  
(abgerufen: 07.07.2021).
- 20 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/erdogans-moschee-eroeffnung-erntet-kritik-von-koelns-ex-buergermeister-15807559.html> (abgerufen: 14.07.2021).
- 21 <https://www.stern.de/politik/deutschland/armin-laschet-im-portraet-unterschaetzen-sie-den--tuerken-armin--nicht-7450380.html>  
(abgerufen: 07.07.2021).
- 22 <https://www.heise.de/tp/features/Der-politische-Islam-im-Marsch-durch-die-Institutionen-6027278.html?seite=all>  
(abgerufen: 15.06.2021).
- 23 <https://www.fr.de/politik/recep-tayyip-erdogan-tuerkei-armin-laschet-cdu-wahl-sieg-telefonat-90187061.html> (abgerufen: 07.07.2021).
- 24 <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/ditib-kooperation-armin-laschet-hat-ein-erdogan-problem/> (abgerufen: 07.07.2021).
- 25 <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/graue-woelfe-103.html> (abgerufen: 05.07.2021).
- 26 <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/der-partei-vorsitzende-der->

- mitte- tanzt-mit-woelfen-und-islamisten/ (abgerufen: 07.07.2021).  
27 ebd.
- 28 <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/ditib-kooperation-armin-laschet- hat-ein-erdogan-problem/> (abgerufen: 07.07.2021).
- 29 <https://www.rnd.de/politik/union-uneinig-ueber-zuwanderung-abweichler-bei-der-abstimmung-ueber-chancen-aufenthaltsrecht-5ZMBVQB7FNF2VEQLSYOIBCPWM4.html> (abgerufen: 03.03.2023).
- 30 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nrw-stellt-islamunterricht-neu- auf-wieder-mit-ditib-17345779.html> (abgerufen: 18.11.2021).
- 31 <https://www.esslinger-zeitung.de/inhalt.zuwanderung-merz-kritisiert-schleppende-rueckfuehrung-von-migranten.dd3ce43c-333a-4863-896b-7cfe61377fa3.html> (abgerufen: 03.03.2023).
- 32 [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-11/staatsbuergerschafts-recht-einwanderungsrecht-friedrich-merz?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-11/staatsbuergerschafts-recht-einwanderungsrecht-friedrich-merz?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F) (abgerufen: 28.02.2023).
- 33 <https://www.tagesschau.de/inland/fachkraefte-zuwanderung-107.html> (abgerufen: 28.02.2023).
- 34 <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2018/merz-rudert-in-asyl-frage-zurueck/> (abgerufen: 28.02.2023).
- 35 <https://www.berliner-zeitung.de/news/fluechtlinge-merz-sieht-sozialtourismus-von-ukrainern-nach-deutschland-li.271036> (abgerufen: 28.02.2023).
- 36 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/neues-cdu-grundsatz-programm-klima-diversitaet-und-das-c-a-9de5bf1d-e565-48fd-97b2-12a990096a53> (abgerufen: 28.02.2023).
- 37 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/einwanderung-integration-2146120> (abgerufen: 05.03.2023).
- 38 <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/mehr-teilhabe--mehr-konflikte-6759745.html> (abgerufen: 06.03.2023).
- 39 [213](https://mediendienst-integration.de/artikel/die-polizei-wird-</a></p></div><div data-bbox=)

vielfaeltiger.html (abgerufen: 17.12.2020).

- 40 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article178098818/Schlechte-Deutsch-kennnisse-Zwei-von-drei-Polizeischuelern-kassieren-im-Diktat-die-Note-6.html> (abgerufen: 17.12.2020).
- 41 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-jeder-vierte-einfache-soldat-hat-migrationshintergrund-14321511.html> (abgerufen: 17.12.2020).
- 42 <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Was-ist-mit-der-Berliner-Polizei-los-id43204961.html> (abgerufen: 17.12.2020).

## **8. Erdoğan's Machtinstrument – türkische Wähler in Deutschland**

- 1 <https://taz.de/Wahlverhalten-der-Deutschtuerken!/5449200/>  
(abgerufen: 13.04.2021).
- 2 <https://taz.de/Wahlverhalten-der-Deutschtuerken!/5449200/>  
(abgerufen: 13.04.2021).
- 3 <https://www.dw.com/de/bundestagswahl-wie-w%C3%A4hlen-die-deutscht%C3%BCrken/a-40221698> (abgerufen: 14.04.2021).
- 4 <https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Bundestagswahlen/2017/>  
(abgerufen: 14.04.2021).
- 5 <https://www.abendblatt.de/politik/article211081479/Erdogans-bisherige-Auftritte-in-Deutschland.html> (abgerufen: 14.04.2021).
- 6 Erdoğan, Murat: Wahlverhalten türkeistämmiger Wähler bei der Bundestagswahl am 22. September 2013, o.D., o.O., S. 20.
- 7 z. B. hier: <https://www.dielinke-brandenburg.de/detail/news/kundgebung-freiheit-fuer-kurdistan/> (abgerufen: 15.04.2021).
- 8 [https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/953986-Die-ethnische-Wahl.html?em\\_cnt\\_page=1](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/953986-Die-ethnische-Wahl.html?em_cnt_page=1) (abgerufen: 15.04.2021).
- 9 <https://www.nzz.ch/feuilleton/alain-finkielkraut-spricht-ueber->

- antisemitismus-und-cancel-culture-ld.1648713?reduced=true  
(abgerufen: 01.11.2021).
- 10 ebd.
- 11 Ethnic Market and Media Research (Hrsg.): Politisch-Soziale-Situation  
türkeistämmiger Migranten in Deutschland. Ergebnisse der CATI-  
Studie vom Oktober bis Dezember 2017, Berlin 2017, S. 45.
- 12 [https://www.bayernkurier.de/inland/14819-in-deutschland-links-zu-  
hause-religioes-konservativ/](https://www.bayernkurier.de/inland/14819-in-deutschland-links-zu-<br/>hause-religioes-konservativ/) (abgerufen: 01.11.2021).
- 13 [https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/plus234372910/Partei-  
nachwuchs-Eklige-weisse-Mehrheitsgesellschaft-Die-Gruene-Jugend-  
und-ihr-Deutschlandbild.html](https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/plus234372910/Partei-<br/>nachwuchs-Eklige-weisse-Mehrheitsgesellschaft-Die-Gruene-Jugend-<br/>und-ihr-Deutschlandbild.html) (abgerufen: 01.03.2023).
- 14 [https://www.bayernkurier.de/inland/14819-in-deutschland-links-  
zuhause-religioes-konservativ/](https://www.bayernkurier.de/inland/14819-in-deutschland-links-<br/>zuhause-religioes-konservativ/)
- 15 [https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/ampelkoalition-  
bringt-neues-einbuengerungsrecht-auf-den-weg,TOCphiq](https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/ampelkoalition-<br/>bringt-neues-einbuengerungsrecht-auf-den-weg,TOCphiq)  
(abgerufen: 02.03.2023).
- 16 [https://www.welt.de/politik/deutschland/article242346021/Faasers-  
Reformplaene-Tuerkische-Gemeinde-begruesst-neues-Staatsbuenger-  
schaftsrecht-CDU-befuerchtet-verramschte-Paesse.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article242346021/Faasers-<br/>Reformplaene-Tuerkische-Gemeinde-begruesst-neues-Staatsbuenger-<br/>schaftsrecht-CDU-befuerchtet-verramschte-Paesse.html)  
(abgerufen: 02.03.2023).
- 17 [https://www.badische-zeitung.de/kanzlerin-merkel-wuerdigt-tuerkei-  
in-der-fluechtlingsfrage--112706148.html](https://www.badische-zeitung.de/kanzlerin-merkel-wuerdigt-tuerkei-<br/>in-der-fluechtlingsfrage--112706148.html) (abgerufen: 15.06.2021).
- 18 [https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-sofagate-vorfall-in-ankara-  
jetzt-streiten-sich-von-der-leyen-und-michel/27088608.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-sofagate-vorfall-in-ankara-<br/>jetzt-streiten-sich-von-der-leyen-und-michel/27088608.html)  
(abgerufen: 15.06.2021).
- 19 CATI-Studie, S. 54.
- 20 [https://www.handelsblatt.com/video/unternehmen/scharfe-  
kritik-an-oezdemir-erdogan-tritt-verbal-nach/13692610.html](https://www.handelsblatt.com/video/unternehmen/scharfe-<br/>kritik-an-oezdemir-erdogan-tritt-verbal-nach/13692610.html)  
(abgerufen: 02.03.2023).

## 9. Europa am Scheideweg

- 1 <https://www.welt.de/geschichte/article142886294/Nur-wenige-Deutsche-wuerden-fuer-ihr-Land-kaempfen.html>  
(abgerufen: 13.10.2021).
- 2 <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/die-strenge-stausberg/article138434594/Hurra-Viele-neue-Jobs-durch-Gender-Terror.html>  
(abgerufen: 13.10.2021).
- 3 <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/ich-sehe-eine-gegenreaktion-kommen/> (abgerufen: 30.10.2021).
- 4 <https://www.tagesschau.de/inland/graue-woelfe-111.html> (  
abgerufen: 24.10.2021).
- 5 <https://www.tagesspiegel.de/politik/protokoll-zum-g20-gipfel-die-nacht-in-der-die-schanze-brannte/20031060.html>  
(abgerufen: 25.10.2021).
- 6 <https://www.dw.com/de/deutschland-dr%C3%A4ngt-konfliktparteien-auf-verhandlungen-zu-berg-karabach/a-55346446>  
(abgerufen: 12.10.2021).
- 7 <https://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/20210428-studie-mld-2020.html;jsessionid=A83A849137B16FC88178EA2D5D8372BA.internet281?nn=282772>  
(abgerufen: 25.10.2021).
- 8 <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/spahns-spitzwege/steinmeier-und-die-gastarbeiter-tuerkei/> (abgerufen: 19.11.2021).



## Bildnachweise

Seite 17	picture-alliance/AUSSTEHEND
Seite 15	picture-alliance/akg-images/Werner Forman
Seite 31	picture alliance/CPA Media
Seite 36	Adobe Stock/ caifas
Seite 44	picture-alliance/dpa/Andreas Altwein
Seite 48	picture alliance/AA / Mehmet Ali Ozcan
Seite 71	Adobe Stock/Matthias Krüttgen
Seite 80	Adobe Stock/ alexandarilich
Seite 96	Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv
Seite 123	picture-alliance/dpa/Henning Kaiser
Seite 133	IMAGO/ Hartenfelser
Seite 137	IMAGO/ Lars Berg
Seite 142	picture alliance/dpa/Sebastian Gollnow
Seite 146	KSTA/Max Grönert
Seite 156	picture alliance/dpa/Boris Roessler
Seite 162	picture-alliance/dpa/Guido Bergmann
Seite 169	Adobe Stock/ RedUmbrella&Donkey

Grafiken, soweit nicht anders angegeben, selbst erstellt



Dieses Buch wurde aus Mitteln des 400er-Budgets  
von Bernhard Zimniok,  
Mitglied des Europäischen Parlaments, finanziert.  
Es ist nicht zum Verkauf bestimmt.

IMPRESSUM:  
Fraktion Identität und Demokratie  
Europäisches Parlament  
Zweig 7K 010  
Rue Wiertz 60  
1047 Brüssel  
Belgien



